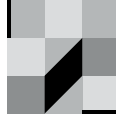




Bundesministerium  
für Verkehr, Bau  
und Stadtentwicklung



Bundesamt  
für Bauwesen und  
Raumordnung

BBSR-Online-Publikation, Nr. 12/2009

## Fallstudien familienfreundlicher Städte

Ergebnisse der ExWoSt-Studie „Strategien und Aktionsfelder  
für städtisches Wohnen von Familien“

### Impressum

#### Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-  
und Raumforschung (BBSR)  
im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung (BBR)

#### Bearbeitung

empirica, Bonn (Auftragnehmer)  
Bernhard Faller, Iris Fryczewski, Katrin Kleinhans,  
Annamaria Schwedt, Katrin Wilbert, Thomas Abraham  
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn  
Iris Ammann (Leitung)

#### Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

#### Zitierhinweise

BMVBS / BBSR (Hrsg.): Fallstudien familienfreundlicher Städte.  
BBSR-Online-Publikation 12/2009.  
urn:nbn:de:0093-ON1209RG21

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist  
nicht unbedingt mit der der Herausgeber identisch.

ISSN 1868-0097  
urn:nbn:de:0093-ON1209RG21

© BMVBS / BBSR Mai 2009

Ein Projekt des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Hintergrund und Methodik</b>	<b>1</b>
1.1 Einbindung in die Gesamtstudie	1
1.2 Fragestellungen	1
1.3 Methodik	2
<b>2. Zusammenfassende Querschnittsauswertung</b>	<b>4</b>
2.1 Grundcharakteristika der untersuchten Städte	4
2.2 Schlaglichter zum Wandel im Verständnis und in der Einbettung der kommunalen Familienpolitik	9
2.3 Bandbreite der Maßnahmen und Ziele	15
2.4 Bessere Alltagsbedingungen für Familien schaffen (Schwerpunkt Kinderbetreuung)	15
2.5 Erfolgsbedingungen und Steuerung der kommunalen Familienpolitik	18
2.6 Das Wohnen im Kontext der kommunalen Familienpolitik	23
<b>3. Fallstudien</b>	<b>26</b>
3.1 Aachen	26
3.2 Erlangen	40
3.3 Fulda	58
3.4 Frankfurt am Main	68
3.5 Hamburg	80
3.6 Kiel	94
3.7 Mainz	107
3.8 Würzburg	119
<b>4. Anhang: Gesprächspartner</b>	<b>133</b>

## **1. Hintergrund und Methodik**

### **1.1 Einbindung in die Gesamtstudie**

Der vorliegende Bericht ist Teil einer umfassenden Untersuchung zum Thema „Strategien und Aktionsfelder für das Wohnen von Familien in der Stadt“. Die Studie hat insgesamt das Ziel, deutlich zu machen, durch welche Maßnahmen und Strategien die Städte ihre Familienfreundlichkeit erhöhen können. Der Fokus liegt dabei auf den Großstädten und der vor allem in den Großstädten feststellbaren Problematik einer Abwanderung von Familien in das Umland.

Ein Strang der Gesamtuntersuchung besteht in der Analyse der Erfolgsbedingungen für eine familienorientierte Wohnungspolitik in den Großstädten. Dabei kann die Wohnungspolitik nicht isoliert betrachtet werden, denn oftmals ist sie Bestandteil oder in ihrem Erfolg auch abhängig von Maßnahmen einer breiter ansetzenden kommunalen Familienpolitik. Insofern sind die Nachbarthemen einer familienorientierten Wohnungspolitik mit in den Blick zu nehmen (z. B. Optimierung der Kinderbetreuung).

Bei der Untersuchung der „Erfolgsbedingungen kommunaler Wohnungspolitik für Familien“ stehen nicht einzelne Maßnahmen im Mittelpunkt. Stattdessen wird das Zustandekommen einer familienorientierten Wohnungspolitik in seinen Grundbedingungen untersucht.

### **1.2 Fragestellungen**

Mit der genannten Aufgabenstellung verbinden sich vor allem die folgenden Fragestellungen:

- Seit wann und über welche (inhaltlichen, konzeptionellen und organisatorischen) Stationen ist die Familienpolitik bzw. familienorientierte Wohnungspolitik jeweils entstanden?
- Wie greifen verschiedene Bausteine der Familienpolitik bzw. der familienorientierten Wohnungspolitik ineinander?

- Wie stark ist der politische Rückhalt? Wie ist der politische Rückhalt zustande gekommen (z.B. Ratsbeschlüsse)? Mussten hierbei besondere politische Kontroversen bewältigt werden, die ggf. als Stolperstein in der Politikformulierung und Umsetzung hätten wirken können?
- Wie bedeutsam ist das Engagement von Einzelpersonen? Welche sind das? Wie bringen sie sich ein?
- Wie ist die Familienpolitik und insbesondere die familienorientierte Wohnungspolitik in der Stadtverwaltung organisiert?
- Sind externe Partner oder die Bürgerschaft in besonderer Weise eingebunden? Wie im Einzelfall, in welcher Rolle?
- Gab es besondere analytische und konzeptionelle Grundlagen und wie haben sie zum Erfolg beigetragen?
- Inwiefern gab es Veränderungen im Wanderungsverhalten von Familien und ihren Wohnverhältnissen? Welche sonstigen Wirkungen werden durch die zuvor dargestellten Maßnahmen erzielt?

### 1.3 Methodik

Die genannten Fragen werden durch eine fallstudienartige Betrachtung ausgewählter Städte beantwortet. Die Städteauswahl basiert dabei im Wesentlichen auf Voruntersuchungen im Rahmen der Hauptstudie. Hier wurden ca. 80 interessierte Städte<sup>1</sup> nach ihrem wohnungspolitischen Engagement für Familien befragt. Dazu wurden jeweils ein bis drei leitfadengestützte Telefongespräche geführt. Die Ergebnisse wurden in kurzen Steckbriefen dokumentiert. Für die hier vorliegende Studie wurden anschließend acht Städte ausgewählt, die mindestens eins der nachfolgend aufgeführten Kriterien erfüllten:

- Eine besondere Vielfalt von familienpolitischen Maßnahmen.

---

<sup>1</sup> Im Rahmen der Hauptstudie wurden circa 160 Städte mit mehr als 60.000 Einwohnern angeschrieben und gebeten Ansprechpartner zum Thema zu nennen. Auf diesem Wege haben sich 80 Städte bereit erklärt, an der Studie teilzunehmen. Die Bereitschaft der ohnehin wenigen ostdeutschen Großstädte war sehr gering ausgeprägt, so dass im Ergebnis für diese vertiefenden Fallstudien keine Stadt aus Ostdeutschland ausgewählt werden konnte.

- Eine relativ klar erkennbare strategisch-konzeptionelle Ausrichtung der Familienpolitik (ggf. in Verbindung mit einer guten analytischen Untermauerung).
- Ein erkennbar dauerhaftes Engagement in der familienorientierten Wohnungspolitik.

Auf diesem Weg wurden die Städte Kiel, Hamburg, Aachen, Mainz, Frankfurt/M., Fulda, Würzburg und Erlangen ausgewählt. Mit dieser Auswahl verbindet sich nicht der Anspruch, systematisch die Best-Practice-Städte einer familienorientierten Wohnungspolitik gefunden zu haben. Vielmehr war es das Ziel, durch intensive Vor-Ort-Recherchen sowohl die Chancen der Politikformulierung und Umsetzung zu beleuchten als auch besondere Herausforderungen zu identifizieren.

Die Fallstudien basieren jeweils auf folgenden Bausteinen:

- Auswertung der Steckbriefe aus der ersten Untersuchungsphase.
- Aufbereitung und Analyse grundlegender Daten (Bevölkerungsentwicklung, Wanderung, Bautätigkeit).
- Expertengespräche mit führenden Verwaltungsmitarbeitern, Kommunalpolitikern und städtischen Gesellschaften, wobei sowohl der Sozialbereich (Jugend, Familien, Kinder) als auch der Planungs- bzw. Baubereich systematisch angesprochen wurden. Dabei wurden in Absprache mit den Städten Einzel- oder auch Gruppengespräche durchgeführt.
- Ergänzende Materialrecherche und Auswertung von Gutachten, Konzepten, Beschlussvorlagen etc.

Die Ergebnisse aus den Gesprächen wurden zu Fallstudien aufbereitet und werden mit den Kommunen abgestimmt. Dies ist Voraussetzung der angestrebten Veröffentlichung. Insofern haben die Städtefallstudien primär deskriptiven Charakter. Die kritische Analyse der Ergebnisse bleibt im Wesentlichen der Querschnittsbetrachtung vorbehalten.

## 2. Zusammenfassende Querschnittsauswertung

### 2.1 Grundcharakteristika der untersuchten Städte

#### 2.1.1 Eine erste Einordnung

Die Auswahl der hier vorgestellten Städte erfolgte nach den in Kapitel 1.3 dargestellten Kriterien. Nach den durchgeführten Analysen lässt sich folgende Einordnung vornehmen:

- Hamburg (1,74 Mio. EW) und Frankfurt/M. (652.000 EW) unterscheiden sich zwar in ihrer Größe und räumlichen Ausgangssituation. In beiden Fällen ist aber eine deutlich negative Wanderungsbilanz mit dem Umland sichtbar. Beide Großstädte kennzeichnet insbesondere die Vielfalt der familienpolitischen Maßnahmen und Ansätze, mit zum Teil guter analytischer Fundierung. Eine besonders konsistente strategische Ausrichtung der Maßnahmen zur Steigerung der Familienfreundlichkeit ist indes nicht charakteristisch. Insofern deuten sich hierin die Stärken und die Schwächen einer vielschichtigen Großstadtkommune an. Das Eigenleben der unterschiedlichen Fachverwaltungen ist angesichts der jeweiligen Größe recht stark ausgeprägt. Hamburg ist in den letzten Jahren dabei, den Querschnittscharakter der Familienpolitik durch entsprechende behördenübergreifende Ansätze stärker herauszustellen. In diesem Zuge wurde beispielsweise auch die Behörde für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) gegründet, bei der sämtliche Zuständigkeiten rund um das Thema Familien angesiedelt sind. In der Summe der vielfältigen Einzelmaßnahmen jedoch überzeugen diese beiden Städte in ihrer Familienorientierung. In ihrem Maßnahmenpektrum finden sich zahlreiche nachahmenswerte Ansätze zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit.
- In Kiel (234.000 EW) und Erlangen (104.000 EW) ist das familienpolitische Engagement sehr stark mit der Person des Oberbürgermeisters bzw. der Oberbürgermeisterin verknüpft. In den überschaubaren Konstellationen einer mittleren Großstadt war es davon ausgehend möglich, relativ stringente und umfassende Konzepte zu formulieren und umzusetzen. Ausgangspunkt in Kiel war zum einen die persönliche Affinität zum Thema und zum anderen die sehr schlechte Platzierung in einem Städteranking zur Kinderfreundlichkeit deutscher Großstädte, was in der politischen Interpretation angesichts des bevorstehenden demografischen Wandels als Langfristherausforde-

rung der Stadt sehr ernst genommen wurde. In Erlangen ist die Familienpolitik unmittelbarer mit den Fragen der Wirtschaftsentwicklung verbunden und aus dieser Richtung auch unterstützt. Die Attraktivität der Stadt für junge Familien wird als ein Schlüssel zur Rekrutierung qualifizierter Mitarbeiter gesehen. Das familienpolitische Engagement der Stadt ist dabei in einem engen Schulterschluss zu Siemens zu sehen.

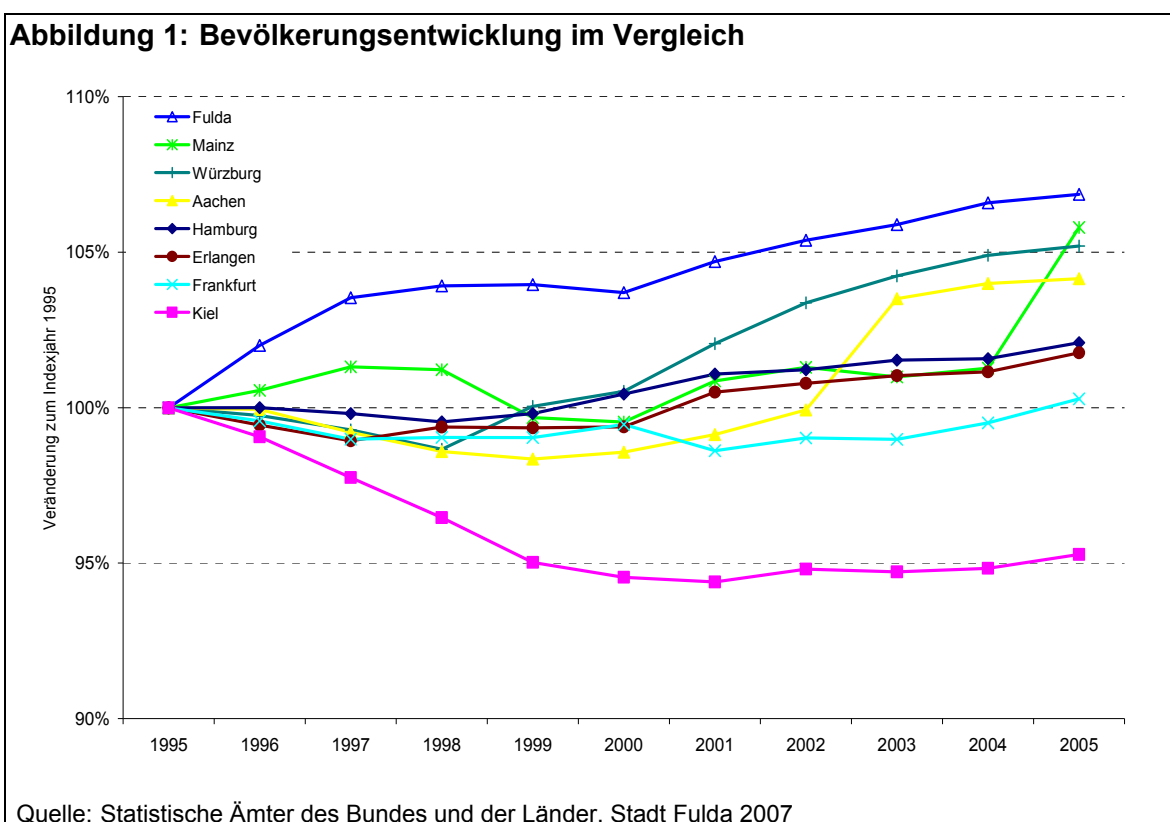
- Aachen (258.000 EW) und Würzburg (134.000 EW) kennzeichnet ein längeres familienpolitisches Engagement. Ausgangspunkt war in beiden Fällen u.a. ein Bundeswettbewerb „familienfreundliche Stadt“ in den 1990er Jahren. Davon ausgehend wurde das Thema kontinuierlich weiterentwickelt, ohne jedoch die konzeptionelle Stringenz von Erlangen oder Kiel zu erreichen. Charakteristisch ist eher ein unverbundenes Nebeneinander von Maßnahmen, wobei zwar fachübergreifende Koordinationsaufgaben wahrgenommen werden, diese jedoch kaum Steuerungswirkungen entfalten. Beide Städte sehen als Universitätsstädte ein besonderes Potenzial in den zuziehenden Studenten, die es nach Studienabschluss durch ein geeignetes Arbeitsplatzangebot und auch Wohnungsangebot zu halten gilt.
- Fulda (64.500 EW) ist die kleinste der untersuchten Städte. Von daher sind die Probleme eines großstädtischen Wohnungsmarktes nicht so präsent. Allerdings hat Fulda mit einer kontinuierlich betriebenen systematischen Baulandpolitik die Weichen schon lange auf einen preiswerten und entspannten Wohnungsmarkt gestellt (u.a. Zwischenerwerbsstrategie), so dass sich auch die Familien gut versorgen können. Insofern ist ein familienfreundlicher Wohnungsmarkt hier eher als Normalität denn als neues politisches Ziel zu begreifen. Fulda konzentriert sich heute ebenso stark auf eine gute infrastrukturelle Ausstattung, um auch auf die Alltagsbedürfnisse der Familien ausreichend reagieren zu können und kann dabei auf eine mittlerweile jahrzehntelange und in der Stadt tief verwurzelte familienpolitische Tradition zurückgreifen.

### **2.1.2 Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbilanzen der ausgewählten Städte**

Die Bevölkerungsentwicklung der untersuchten Städte weist (noch) nicht eindeutig auf einen Erfolg der Familienpolitik und familienorientierten Baulandpolitik hin. Einerseits ist es in vielen Städten noch zu früh um die Ergebnisse der Familienpolitik anhand steigender Einwohnerzahlen eindeutig nachweisen zu können. Andererseits sind die Ursachen

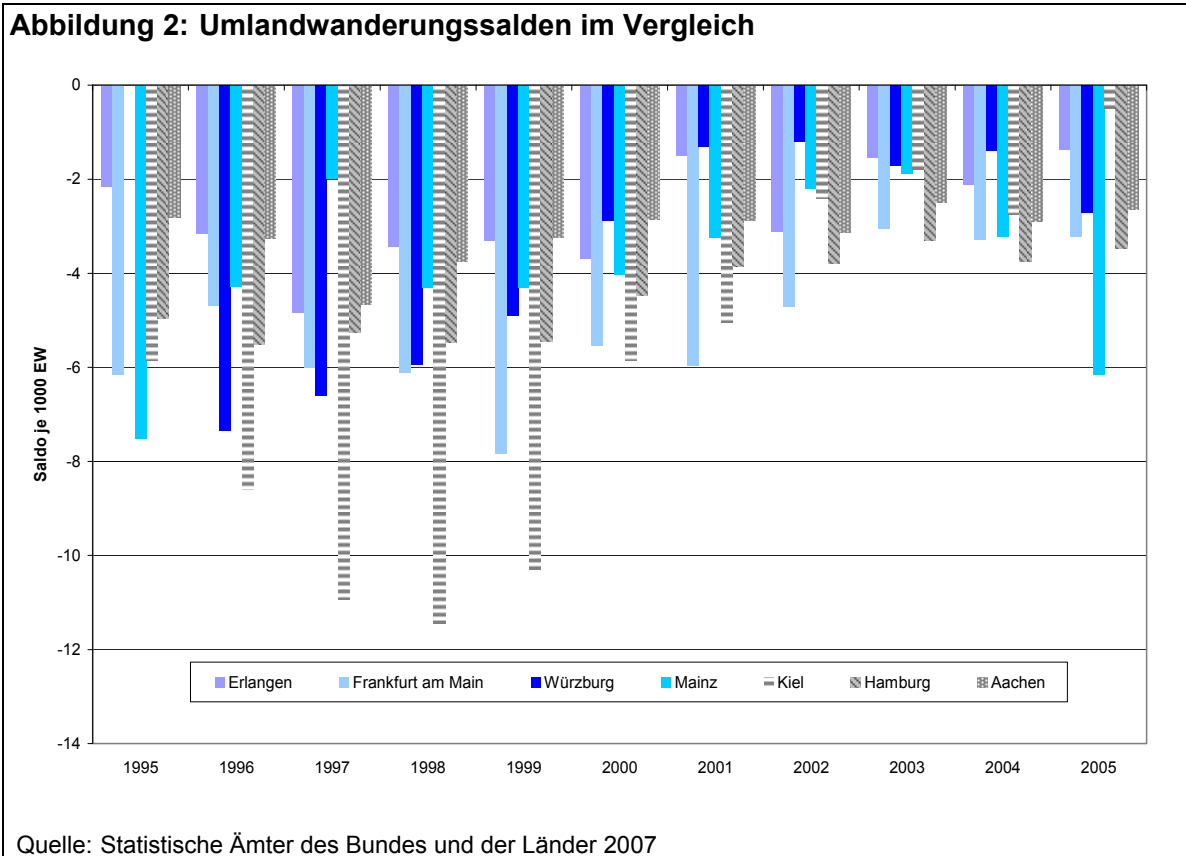
veränderter Einwohnerzahlen nicht monokausal und können die Erfolge deshalb nicht ausschließlich der Familien- und Baulandpolitik zugeschrieben werden.

In den meisten der untersuchten Städte ist die Bevölkerung zwischen 1995 und etwa der Jahrtausendwende insgesamt mehr oder weniger konstant geblieben. Lediglich Kiel hat in diesem Zeitraum gut 5% seiner Einwohner verloren, konnte diesen Trend in den Folgejahren allerdings stoppen. Städte mit Bevölkerungswachstum seit der Jahrtausendwende sind vor allem Fulda, Würzburg, Aachen und Mainz (Einführung der Zweitwohnsitzsteuer ist zu berücksichtigen), aber auch Hamburg und Erlangen wachsen seitdem stetig (vgl. Abbildung 1). Allerdings ist die Zahl der unter 18-Jährigen in den meisten Städten insgesamt rückläufig. Ausnahmen bilden lediglich Frankfurt/M. und Hamburg.

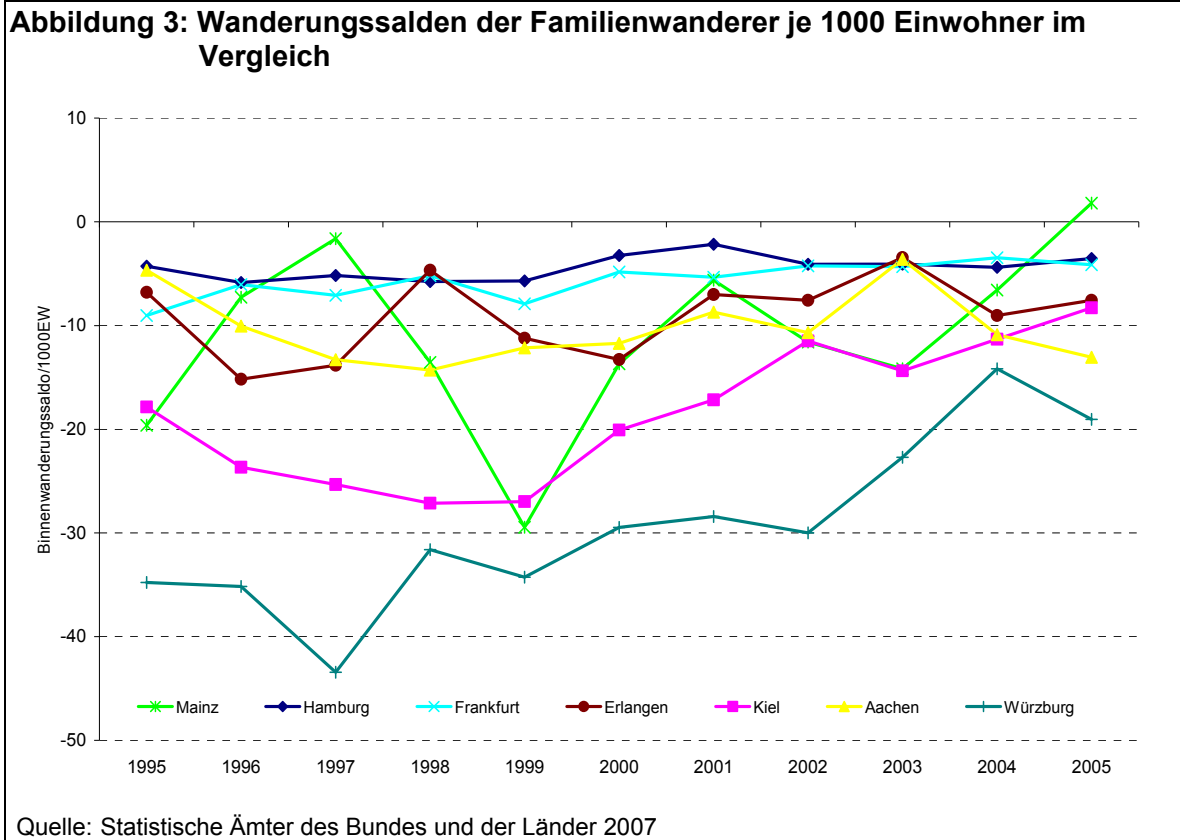


Positiv für die betrachteten Städte – und analog zu dem erwähnten Einwohnerwachstum der letzten Jahren – ist die Abschwächung der Umlandabwanderung in den letzten zehn Jahren in praktisch allen Städten, wenngleich insgesamt immer noch mehr Menschen ins Umland ziehen als vom Umland in die jeweiligen Städte (vgl. Abbildung 2). Den größten Rückgang der Umlandabwanderung konnte Kiel erreichen. Während dort Ende der neunziger Jahre im Saldo noch mehr als 10 Personen pro 1.000 Einwohner mehr ins Umland

zogen als umgekehrt aus dem Umland in die Stadt, konnte die Stadt 2005 einen beinahe ausgeglichenen Wanderungssaldo erreichen. In den meisten anderen Städten hat sich das Wanderungssaldo mit dem Umland zumindest auf einem weit niedrigeren Niveau als noch Ende der neunziger Jahre eingependelt (überwiegend zwischen knapp 2 und gut 3 Personen pro 1.000 EW).



Dieser positive Trend ist jedoch in weiten Teilen auf die konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen und nur bedingt Erfolg der Familienpolitik. In Zeiten rückläufiger Konjunktur wie Anfang des Jahrzehnts sind Haushalte deutlich verhaltener in ihrer Entscheidung zum Kauf eines Eigenheims, so dass die Umlandwanderung geringer ausfällt. Selbst bei gleich bleibender oder sinkender statt steigender Baulandbereitstellung werden somit die Wanderungssalden weniger negativ ausfallen. Gleichwohl unterscheidet sich die Entwicklung der Wanderungsbilanzen der einzelnen Städte deutlich: So fällt Aachen durch einen besonders starken Rückgang der Wanderungssalden je 1000 Einwohner (insgesamt) auf und die Städte Kiel und Würzburg holen besonders stark bei den Familienwanderern (unter 18-Jährige und plus 30- bis unter 50-Jährige) auf (vgl. Abbildung 3). Hier dürfte die individuelle Bauland- und Familienpolitik sicherlich zur positiven Entwicklung beitragen.



## **2.2 Schlaglichter zum Wandel im Verständnis und in der Einbettung der kommunalen Familienpolitik**

Mit unterschiedlicher Vehemenz betonen die meisten der befragten Städte, dass die kommunale Familienpolitik kein neues Politikfeld ist (Ausnahme z.B. Kiel). Dabei wird zuerst auf die kommunale Zuständigkeit für die Einrichtungen der Kinderbetreuung verwiesen. Unabhängig davon hat sich das Verständnis der Familienpolitik in den letzten 15 bis 20 Jahren aber in fast allen Städten – insbesondere auch durch gesamtgesellschaftliche Prozesse - spürbar verändert (Ausnahme z.B. Fulda). Die Veränderungen betreffen folgende Aspekte:

### **2.2.1 Gesellschaftlicher Wandel**

Die herausragende Triebkraft einer veränderten Wahrnehmung der kommunalen familienpolitischen Aufgaben ist der Wandel im Familienbild und dabei insbesondere die veränderte Wahrnehmung der Rolle der Frau. Die gestiegene gesellschaftliche und politische Akzeptanz der berufstätigen Mutter hat dabei vor allem zu neuen Anforderungen an die Einrichtungen der Kinderbetreuung geführt. In diesen Zusammenhang gehören die Ausdehnung der Betreuungszeiten und insbesondere das vermehrte Angebot an Ganztagesangeboten sowie nicht zuletzt auch der Ausbau an Betreuungsplätzen für Kleinkinder (unter 3 Jahre).

Dieser Prozess ist derzeit noch im Gange, wobei sowohl im politischen Raum als auch in der Finanzierung Hindernisse zu überwinden sind. Insbesondere konservative Kreise kritisieren nach wie vor die ausgedehnte Betreuung außerhalb der Familie. Als Beschleuniger beim Ausbau des entsprechenden Betreuungsangebotes haben in der Vergangenheit die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen (z. B. Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz) gewirkt (z.B. Aachen, Mainz), wobei Hamburg mit seinem Angebot noch über die gesetzlichen Vorgaben hinaus reicht.

Unterstützung kommt hier auch aus der Wirtschaft, die gerade aufgrund der absehbaren Qualifikationsengpässe daran interessiert ist, die Arbeitsmarktreserven einer erhöhten Frauenerwerbsquote zu nutzen. Besonders deutlich wird dies in Erlangen mit der Firma Siemens, welche bereits seit Jahrzehnten eigene Betriebskindergärten führt und insbesondere in den letzten Jahren verstärkt auch das Angebot ausweitet (z.B. Ferienbetreuung auch für Kinder von nicht betriebszugehörigen Mitarbeitern). In Kiel können Eltern,

deren Arbeitgeber einen Vertrag mit Company Kids Kiel abgeschlossen hat, ihre Kinder in Notfall- und Problemsituationen in eine betriebliche Back-Up-Betreuung geben.

### **2.2.2 Mehr partizipative und zivilgesellschaftliche Ansätze**

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich auch das Verständnis des Staates gewandelt. Zunächst rückte die Partizipation im Sinne einer stärkeren bürgerschaftlichen Einflussnahme auf das politisch-administrative System in den Mittelpunkt. Dies wird mittlerweile mehr und mehr von einem stärker zivilgesellschaftlichen Gedankengut abgelöst (z.B. Erlangen). Damit verbindet sich die Vorstellung einer höheren bürgerschaftlichen Selbstverantwortung und somit auch einer gewissen Ausdünnung des staatlichen Aufgabenbereiches. Dieser stärkere Einbezug privater Kräfte ist dabei gleichzeitig eine Reaktion auf die fiskalischen Nöte des öffentlichen Sektors. Im Bereich der Familienpolitik schlägt dieser Wandel in vielen Bereichen durch. An erster Stelle steht dabei die große Zahl von „Lokalen Bündnissen für Familie“, deren Programmatik sehr stark auf den Einbezug von bürgerschaftlichen und unternehmerischen Engagements zielt. Aber auch in vielen Einzelmaßnahmen drückt sich dieser Wandel aus:

- Eher dem partizipativen Gedanken folgen Stadtteilspaziergänge (um z. B. Gefahrenstellen auf dem Schulweg zu erfassen), Spielplatzgestaltung mit Kindern und sonstige beteiligungsorientierte Planungsverfahren (z.B. Aachen, Fulda, Frankfurt/M., Würzburg).
- Die trägerübergreifende Optimierung des Angebotes bei sozialen Infrastrukturen gewinnt an Bedeutung. Gleichzeitig wächst das Engagement der Unternehmen, wieder betriebseigene Einrichtungen aufzubauen (z.B. Erlangen, Kiel).
- Der Einbezug von ehrenamtlicher Tätigkeit findet in verschiedenen Bereichen statt. Hierzu gehören zum Beispiel Spielplatzpatenschaften, die Vermittlung von Leihomas, ehrenamtliche Hausaufgabenbetreuung oder auch Netzwerke von Betreuungspersonen für Notfälle (z. B. Krankheitsfälle). So fördert z.B. Erlangen ganz gezielt das ehrenamtliche Engagement durch eine Ehrenamtsbeauftragte, ein jährliches Fest und sog. „Activ-Cards“, d.h. vergünstigte Eintrittspreise für Ehrenämter. Bereits seit Mitte der 1980er Jahre agiert das Würzburger Informationszentrum für Kinder, Jugendliche und Familien („Kids, Jiz und Fiz“) unter dem Motto Information, Beteiligung, Mitarbeit (Info über Spielangebote, Vermittlung von Mitarbeit im Ferienprogramm etc.).

### 2.2.3 Demografie und Umlandwanderung

Auch die Wahrnehmung der stadtentwicklungspolitischen Aufgaben verläuft in langen Wellen. In den 1980er Jahren hat man sich ausgehend von einem gestiegenen ökologischen Bewusstsein primär mit der Innenentwicklung beschäftigt. Es folgte gegen Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre ein neuer Wachstumsschub, der vor allem von der Zuwanderung aus Osteuropa und der deutschen Vereinigung („Vereinigungsboom“) getragen war. In beiden Phasen blieb die kontinuierlich verlaufende und vor allem auch von Familien getragene Suburbanisierung unbeachtet.

Erst seit Mitte/Ende der 1990er Jahre wurde die Umlandwanderung wieder zum Thema. Die aufkeimende Diskussion über den demografischen Wandel und auch die anhaltenden fiskalischen Nöte der Kommunen waren dabei ein Bezugspunkt. In vielen Städten wurden die Wanderungsbeziehungen analysiert und Wanderungsmotivuntersuchungen durchgeführt, die vor allem zeigten, dass die eigentums- und einfamilienhausorientierten Mittelschichten in das Umland der Städte zogen (z.B. Mainz, Würzburg, Hamburg). Dieser Verlust wurde dabei nicht allein familienpolitisch thematisiert, sondern vor allem stadtentwicklungspolitisch als fiskalische sowie sozial- und alterstrukturelle Auszehrung der Stadt.

Anfang der 2000er Jahre blieb die konjunkturelle Lage zunächst stabil und viele (insbesondere westdeutsche) Regionen verzeichneten ein Beschäftigungsplus. Angesichts der hohen Sockelarbeitslosigkeit und der Veränderungen in der Gewerbesteuer blieb die kommunale Haushaltsslage jedoch weiter angespannt. Obwohl die Baukonjunktur bereits seit 1998 steil nach unten zeigte, blieb der Einfamilienhausbau (zum Teil auch nach vergrößertem Baulandangebot) stabil. Damit behielt auch die Umlandwanderung ihre Bedeutung und die fortgesetzte Diskussion zum demografischen Wandel und den davon ausgehenden Belastungen sorgte weiter dafür, dass ein ausgeweitetes Angebot an Einfamilienhäusern und anderen Wohnformen für Familien an der Tagesordnung blieb.

In den letzten Jahren zeichnet sich eine Wende in der Wahrnehmung des Themas ab. Ausgangspunkt ist eine spürbare Abflachung der Umlandwanderung in vielen Stadtregionen (z.B. Hamburg, Erlangen, Würzburg). Dies wird einerseits als ein Wandel der Präferenzen in Richtung auf urbanes Wohnen interpretiert (Renaissance der Innenstadt). Andererseits ist die rückläufige Umlandwanderung zugleich Ausdruck der geringen Bautätigkeit und der von manchen Städten zielgerichtet verbesserten Angebotssituation. In der einseitigen Wahrnehmung als Wandel der Präferenzen liegt insofern auch das Risiko, die Dynamik der zukünftigen Umlandwanderung zu unterschätzen und die Verbesserung der Angebotsverhältnisse in den Städten als politische Aufgabe zu vernachlässigen.

### 2.2.4 Integration und/oder Humankapital

Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich zunächst als Folge einer kaum verarbeiteten Zuwanderungswelle eine zunehmende Desintegration und auch räumliche Segregation (insbesondere in den Städten) eingestellt. Zur Charakterisierung der damit einhergehenden kleinräumig oftmals problematischen Situation hat sich der Begriff „überforderte Nachbarschaften“ etabliert. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ war eine Reaktion auf diese Entwicklung. Zugleich hat sich im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe eine Sozialraumorientierung durchgesetzt (z.B. Kiel, Fulda). In beiden Reaktionen verbirgt sich u. a. der Versuch, die Schwächen der fachlich segmentierten Verwaltungen durch räumliche Bündelung zu überwinden. Teilweise hat sich gerade durch die programmatische Forderung nach ressortübergreifender Zusammenarbeit im Bereich Soziale Stadt die verwaltungsinterne Zusammenarbeit insgesamt verbessert und gefestigt (z.B. Würzburg).

Aber auch nach dem Abebben der Zuwanderung hat das Thema neue Nahrung erhalten. Die strukturelle und zusätzlich konjunkturell verstärkte Wachstumsschwäche und die damit verbundene Arbeitslosigkeit war dabei ein zentraler Strang, mit dem jedoch viele andere Entwicklungen verwoben sind. So wird mittlerweile das Bildungssystem als „hausgemachter“ Teil des Problems erkannt. Darüber hinaus haben die zunehmende internationale Arbeitsteilung und das reduzierte Angebot einfacher Arbeitsplätze Einfluss auf die Wahrnehmung dieses Themas. Je nach politischer Einfärbung werden die Versuche zur Reform der Sozialstaates als Teil der Lösung oder aber als Teil des Problems verstanden.

Dabei trifft das beschriebene Problembündel nicht allein, aber in besonderer Weise die Familien. Die „Bildungsmisere“ grenzt ganz offensichtlich an die familienpolitischen Themen. Aber auch die oft zitierten Sozialstatistiken zeigen, dass Kinder und Familien in besonderem Maße sozialhilfeabhängig sind und unter die Armutsgrenzen rutschen. Mit der Zahl der Kinder wächst (statistisch gesehen) das Armutsrisiko. In besonderem Maße gilt dies für die Alleinerziehendenhaushalte.<sup>2</sup>

In der Armuts- und Integrationsdebatte mischen sich immer altruistische Gerechtigkeitsgrundsätze mit einem (aufgeklärten) Selbstinteresse der Mehrheiten. Während die Gerechtigkeitsmotive in ihrer Bedeutung relativ konstant zu sein scheinen, wächst derzeit eher das Selbstinteresse als Motiv:

- Der 11. September und andere terroristische Attentate, die Unruhen in den französischen Vorstädten, die anhaltenden Konflikte mit den islamisch geprägten Ländern haben eine Vorstellung vom Konflikt- und Schädigungspotenzial der Parallelwelten erzeugt, die zusätzlicher Antrieb für eine (kommunale) Integrationspolitik sind bzw. sein können.
- Die fiskalischen Engpässe lassen traditionelle, primär auf Einkommenstransfers zielende Gerechtigkeitskonzepte an Grenzen stoßen. Hier entsteht eine neue Balance zwischen „fördern“ und „fordern“, die sich zum Beispiel auch in den Zumutbarkeitsregeln für die Gewährung von Arbeitslosengeld niederschlägt. Auch die Anforderungen an die kulturelle Integration über die Sprache werden nach oben geschraubt.
- Aus der Diskussion der demografischen Entwicklung bekommt die Integrationsdebatte eine zusätzliche Facette. Schon heute sind in manchen Berufsfeldern Qualifikationsengpässe sichtbar. In der Zukunft wird der qualifizierte Nachwuchs zur Mangelware. Dabei entstehen Lücken, die bei fortschreitender Alterung und entsprechend reduzierter Mobilität kaum durch Zuwanderungen aus anderen Regionen geschlossen werden können. Insofern erstarkt das Interesse der örtlichen Wirtschaft, vermehrt die Bildungsreserven aus der lokalen Bevölkerung zu mobilisieren.

Die hier beschriebenen Veränderungen sind bislang primär in der politischen Debatte angekommen, fließen jedoch noch nicht oder nur ansatzweise in veränderte kommunale Praktiken ein. Insgesamt muss man jedoch erwarten, dass die Integrationspolitik in den Kommunen an Bedeutung gewinnt und dass dabei die Familien aufgrund ihrer spürbaren Benachteiligung und ihrer Bedeutung für die Zukunft eine besondere Stellung haben werden. Einige Städte sind derzeit dabei, ihre Integrationspolitik durch entsprechende Integrationskonzepte neu zu fassen (z. B. Hamburg, Herford).

### **2.2.5 Familienpolitik als mittelschichtenorientierte Struktur- und Geburtenpolitik**

Eine weitere Facette des Wandels in der Wahrnehmung der Familienpolitik ist die Verabschiedung einer fast ausschließlich sozialpolitisch geprägten Familienpolitik. Abgesehen von den Fragen der Grundversorgung mit Infrastruktur war auch die Familienpolitik in der Vergangenheit primär darauf gerichtet, Einkommenstransfers für wirtschaftlich schwache

---

<sup>2</sup> Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bezogen im Jahr 2004 gut 26 % aller allein erziehenden Frauen Sozialhilfe.

Haushalte und andere Hilfe z. B. in besonders schwierigen Erziehungsfragen zu mobilisieren.

Hier sind es vor allem zwei Diskussionsstränge, die derzeit die politische Wahrnehmung (in den Städten) verändern:

- Einmal wird die Familienfreundlichkeit der Städte als eine Facette einer regionalen Lebensqualität verstanden, die eine Voraussetzung für den Zuzug und Verbleib qualifizierter Arbeitskräfte ist (z.B. Erlangen, Aachen, Kiel, Würzburg). Der intensivere Wettbewerb der Regionen um eine günstige Sozial-, Alters- und letztlich auch Qualifikationsstruktur ist die dahinter stehende Triebfeder. Da in der Perspektive der jungen Haushalte eine besondere Schwierigkeit darin besteht, die Erwerbsbiografie mit der Familienbiografie in Einklang zu bringen, kann eine Region besonders interessant sein, die in dieser Hinsicht gute Bedingungen bietet.
- Die besonders hohe Kinderlosigkeit der Akademiker ist in den letzten Jahren immer wieder diskutiert worden. Mit dem Grad der Ausbildung steigen offenbar die Anreize, zugunsten einer erfolgreichen Erwerbsbiografie auf die Familiengründung zu verzichten. Dabei ergibt sich der Verzicht wahrscheinlich ungeplant aus einer mehrfachen Verzögerung („nicht der richtige Zeitpunkt“). Ökonomisch gesprochen sind die Opportunitätskosten der Familiengründung gerade bei den Akademikern<sup>3</sup> zu hoch. Dies hat finanzielle Komponenten (z. B. Einkommenseinbußen durch Verzicht auf Erwerbstätigkeit bzw. Karriereknick), darüber hinaus ist dies auch eine Frage der relativen gesellschaftlichen Anerkennung der Kindererziehung.

Im Ergebnis führen beide Stränge dazu, dass die Lebensbedingungen der Mittelschichtenfamilien (wie auch immer abgegrenzt) stärker in den Mittelpunkt rücken. Die neuen Regelungen zum Elterngeld weisen zum Beispiel in diese Richtung. Aber auch die Bemühungen verschiedener Städte, die Schullandschaft zu qualifizieren, sind nicht nur eine Reaktion auf PISA, sondern auch eine Reaktion auf das Bedürfnis der Mittelschichten nach optimalen Bildungsvoraussetzungen für die Kinder (z. B. in Wolfsburg). Auch ein großer Teil der Arbeit in den lokalen Bündnissen für Familien wird von dieser Zielgruppe getragen und entspricht folglich auch primär ihren Bedürfnissen.

---

<sup>3</sup> Es liegt auf der Hand, dass der Begriff „Akademiker“ nur die sozialstatistisch geprägte Verkürzung für eine aussichtsreiche Erwerbsbiografie ist. Studien aus Schweden kommen auch zu dem Ergebnis, dass die Kinderlosigkeit nicht nur mit dem Bildungsrad variiert, sondern vor allem auch mit dem Wirtschafts- bzw. Tätigkeitsbereich und den jeweils spezifischen Arbeits- und Karrierebedingungen.

### **2.3 Bandbreite der Maßnahmen und Ziele**

Die grob skizzierten Dimensionen des Wandels im Verständnis familienpolitischer Aufgaben in den Kommunen und insbesondere Großstädten zeigen, dass es eine Vielfalt von unterschiedlichen Ansatzpunkten und Orientierungen in der Familienpolitik gibt. Diese lassen sich grob, aber nicht eindeutig, in drei Kategorien einteilen.

### **2.4 Bessere Alltagsbedingungen für Familien schaffen (Schwerpunkt Kinderbetreuung)**

Abgesehen von einer teilweise rückwärtsgewandten Diskussion über die Sinnhaftigkeit einer Fremdbetreuung gibt es in den Städten einen breiten Konsens über die Notwendigkeit zum Ausbau der Kinderbetreuung, um insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erhöhen und den Familien Wahlfreiheiten für ihre individuelle Lebensführung zu ermöglichen. Dabei gibt es zunächst vier Entwicklungsrichtungen, die mit mehr oder minder großer Intensität in allen acht näher untersuchten Städten verfolgt werden:

- Ausweitung der Betreuungszeiten (mehr Übermittagsangebote, Ganztagsangebote etc.).
- Ausweitung der Betreuungsangebote für die verschiedenen Altersklassen (insbesondere Kinder unter 3 Jahren).
- Aufbau von zusätzlichen Angeboten für besondere Situationen (Ganztagsangebote in der Ferienbetreuung, Unterstützung im Krankheitsfall oder bei Dienstreisen).
- Bemühungen zur Qualifizierung (pädagogische Konzepte, baulich, Ausstattung) der Angebote, damit die Betreuungsangebote nicht den Charakter einer bloßen Verwahrung haben, sondern die persönliche Entwicklung des Kindes sinnvoll unterstützen.

Zur Mobilisierung der zusätzlichen Angebote werden unterschiedliche Wege beschritten. Die klassischen öffentlichen Angebote stoßen oft an Grenzen, wenngleich auch hier der Mitteleinsatz erhöht wird. Insofern findet sich in vielen Städten ein zunehmendes Neben- und teilweise auch Miteinander von öffentlichen, betrieblichen und ehrenamtlichen bzw. informellen Angeboten der Selbstorganisation. Der Rahmen für die Mischung unterschiedlichen Finanzierungs- und Angebotsformen ist in der Regel stark durch die länderspezifischen Vorgaben beeinflusst. Allein Hamburg verfolgt hier einen für Deutschland neuen Weg, indem Betreuungsgutscheine an die Eltern ausgegeben werden und damit

der Markt „liberalisiert“ wird. Beabsichtigt ist, die Nachfrageseite zu stärken, so dass sich die Angebote flexibler als bisher auf die Bedürfnisse der Eltern/Kinder einstellen. Entsprechende Ergebnisse sind bereits sichtbar.

Zunehmend werden auch die Möglichkeiten einer quartiersnahen oder stadtteilbezogenen Bündelung von Angeboten der Betreuung und Beratung propagiert und ansatzweise umgesetzt. Dabei werden auch andere Zielgruppen einbezogen, so dass generationenübergreifende Einrichtungen entstehen. Durch die Bündelung unterschiedlicher Angebote kommt es dabei auch zu einer Bündelung unterschiedlicher Träger und zu entsprechenden Abgrenzungserfordernissen. Auch hierin besteht eine Herausforderung in der Umsetzung. Bislang wurden diese Ansätze primär mit Blick auf Quartiere der „Sozialen Stadt“ diskutiert und partiell umgesetzt (z. B. Stuttgart). In Dortmund bestehen seit einiger Zeit Planungen für eine flächendeckende Umsetzung. Auch die Modellprojekte „Familienhäuser“ in NRW (z.B. Aachen), „Familienzentren“ (Hamburg) und die „Mehrgenerationenhäuser“ (z.B. Mainz, Kiel, Fulda) des Bundes weisen in diese Richtung.

#### **2.4.1 Die Bereitschaft zur Familiengründung erhöhen**

Die oben skizzierten Ansätze, die Alltagsorganisation der Familien zu erleichtern und auf diesem Wege Wahlfreiheiten für die Lebensführung und unterschiedliche Arbeitsteilungen von Mann und Frau zu eröffnen, wirken indirekt auch auf die Motivation zur Familiengründung. Denn das Wissen um eine funktionierende Kinderbetreuung erleichtert sicher die Entscheidung zugunsten der Familiengründung, insbesondere bei den Paaren, für die eine Abwägung zwischen Beruf und Familie eine zentrale Bedeutung hat.

Allerdings spielen in die Kinder-Entscheidung viele andere Faktoren hinein. Einige Faktoren sind kaum zu beeinflussen, weil sie in der individuellen Psychologie und dem Verständnis der Partnerschaft begründet liegen. Andere Rahmenbedingungen können jedoch dazu führen, dass innerhalb dieser Quasikonstanten die Entscheidung für Kinder leichter fällt. Auch hier setzten die Städte jeweils an.

Die öffentliche Debatte über Kinder- und Familienfreundlichkeit wird dabei auch als Selbstzweck verstanden. Denn sie führt zu einer gesellschaftlichen Aufwertung der Elternschaft und der Erziehungsleistung. Angesichts der zunehmend individuellen Lebensformen geht es dabei gleichzeitig darum, gesellschaftliche Offenheit für unterschiedliche Modelle der Eltern- und Partnerschaft zu verdeutlichen. Eine Einengung auf festgelegte (traditionelle) Rollenmodelle und Lebensformen würde die veränderte Lebenswirklichkeit

ignorieren und letztlich die Kinderlosigkeit stärken. So wie der latent drohende Vorwurf, „Rabenmutter“ zu sein, die Fremdbetreuung in ein schlechtes Licht rückt und damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Frage stellt.

Eine Verschiebung der gesellschaftlichen Wahrnehmung in Richtung „Kinder erwünscht“ kann aber auch durch recht konkrete Maßnahmen unterstützt werden. Diese Maßnahmen zu propagieren, liegt von daher auch im Interesse einiger Städte. Dies kann zum Beispiel die Entwicklung einer kinderfreundlichen Hausordnung sein (z.B. Aachen), die Verwaltern und Eigentümern empfohlen wird. Darüber hinaus können die Betreiber von öffentlichen Einrichtungen (z. B. Museen, Verkehrsbetriebe) oder auch Restaurants durch Beratung angeregt werden, mehr auf die Bedürfnisse von Kindern und Familien einzugehen. Auch Lehrangebote für Kinder an der Universität („Kinderuni“ z.B. Würzburg, Freiburg, Frankfurt/M., Berlin, Kindermuseum Fulda etc.) und die Kieler Initiative, dass sämtliche Grundschul Kinder der Stadt das Segeln lernen, sind öffentlichkeitswirksame Ideen, die Kinder in der Stadt stärker in das Bewusstsein rücken.

In der Wahrnehmung der Städte kommt dem Thema einer „Familienfreundlichen Arbeitswelt“ eine besondere Bedeutung zu. Auch hier ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie das zentrale Anliegen. Dabei geht es einmal um die Frage, ob ein zeitweiser Ausstieg in die Elternzeit Nachteile für die berufliche Weiterentwicklung hat (Karriereknick). Dies würde die Bereitschaft zur Elternschaft untergraben. Damit sind einerseits Regelungen für den Ausstieg, Wiedereinstieg (Arbeitszeitregelungen) und auch für die Fortbildung zwischendurch angesprochen. Wichtig ist darüber hinaus auch das Betriebsklima. Hier entscheidet sich, ob der einzelne Mitarbeiter das Gefühl hat, dass seine familienbedingte Abwesenheit oder reduzierte Flexibilität von den Kollegen/internen Konkurrenten ausgenutzt wird oder wohlwollend mitgetragen wird. Viele Städte versuchen hier als Arbeitgeber mit gutem Beispiel voranzugehen oder auch in Kooperation mit in dieser Hinsicht fortschrittlichen Unternehmen entsprechende Maßnahmen zu entwickeln und zu propagieren. So fördert z.B. die Stadt Erlangen flexible Arbeitszeiten, Telearbeitsplätze und berufliche Weiterbildungsmaßnahmen während der Elternzeit, weist bei Stellenanzeigen ausdrücklich auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hin und lädt sich in Erziehungszeiten befindliche Mitarbeiter persönlich zum Wiedereinstieg in den Beruf ein.

#### **2.4.2 Den spezifischen Wettbewerbsnachteil der Städte ausgleichen**

Die dritte und in dieser Studie wohl wichtigste Zieldimension besteht darin, die Abwanderung von Familien in das Umland abzuschwächen. In dieser Abwanderung drückt sich

aus, dass die Städte und insbesondere die Großstädte in der Wahrnehmung der Familien einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Umlandstandorten haben.

Nachdem eine große Zahl von Städten Wandermotivuntersuchungen durchgeführt hat, besteht weitgehend Konsens, dass die Verfügbarkeit und die Preise für familieneignete Wohnungen der Hauptabwanderungsgrund sind. Dabei steht der Wunsch nach dem Einfamilienhaus im Vordergrund, das allerdings unterschiedliche Ausprägungen haben kann (vom freistehenden Haus bis zum urbanen Stadthaus). Unterschiede ergeben sich zwischen den Städten aufgrund der jeweils spezifischen Ausgangssituation, wobei die Attraktivität der städtebaulichen Strukturen und die Preisunterschiede zum Umland ausschlaggebend sind. In allen Studien kommt zum Ausdruck, dass der überwiegende Teil der Abwanderer den Verbleib in der Stadt vorgezogen hätte.

Die Reaktionen der Städte auf die gemeinsame Erkenntnis sind jedoch unterschiedlich. Generell wurde der Einfamilienhausanteil in den Wohnungsbaufertigstellungen erhöht, zum Teil wurde dabei das Spektrum der angebotenen Objekte verbreitert (z. B. Aachen, Fulda, Mainz, Karlsruhe). Die Intensität, mit der die Erkenntnisse in die Baulandpolitik einfließen, ist jedoch unterschiedlich (siehe hierzu Kap. 3.5).

Ein anderer Ansatz zeigt sich in Wolfsburg. Hier ist das Gefälle im Wohnungsmarkt nicht zuletzt aufgrund des bisherigen baulandpolitischen Engagements weitgehend eingeebnet. Stattdessen setzt man in Wolfsburg an den Vorteilen einer Großstadt im Bereich der Infrastruktur an. Die dichte Angebots- und Trägerlandschaft mit einer inhaltlichen Vielfalt soll stärker als bisher ausdifferenziert werden und als Wettbewerbsvorteil genutzt werden.<sup>4</sup> Für die Familien mit Schulkindern ergibt sich so zum Beispiel der Vorteil, aus unterschiedlichen Schulangeboten mit jeweils besonderen pädagogischen Konzepten wählen zu können.

## **2.5 Erfolgsbedingungen und Steuerung der kommunalen Familienpolitik**

### **2.5.1 Persönliches Engagement und Querschnittsorientierung**

Familienpolitik ist Querschnittspolitik. Es gibt nicht den „einen“ zentralen Ansatzpunkt zur Erhöhung der Familienfreundlichkeit. Da die Verwaltung nach Fachressorts organisiert

---

<sup>4</sup> Dies Thema wird in einem gesonderten Teilgutachten vertieft.

ist, besteht immer die Gefahr, dass Querschnittsthemen in den Ritzen der Ressortgrenzen verloren gehen. Insofern erfordert die Familienpolitik einen ressortübergreifenden Ansatz. Wie die Beispielstädte zeigen, muss dies nicht immer mit einer Verankerung beim Oberbürgermeister verbunden werden, wenngleich dies vorteilhaft erscheint. Die größten Fortschritte wurden in den Städten erzielt, in denen sich der Oberbürgermeister persönlich für das Thema engagiert (z.B. Erlangen, Kiel, Fulda, Würzburg).

Das Wesen der Querschnittsorientierung liegt darin, in engem Dialog mit den umsetzungsorientierten Fachressorts familien- und kinderspezifischen Belangen Beachtung zu verschaffen und entsprechende Projekte in den Fachressorts anzuregen. In den hier untersuchten Städten wurde hierzu in der Regel eine, je nach Stadt unterschiedlich ausgestattete, Koordinierungsstelle eingerichtet (z.B. Frankfurt/M.: Kinderbüro mit 8 Mitarbeitern). Wenn in der Querschnittsorientierung etwas erreicht werden soll, ist die Koordination im Sinne einer Vermeidung von Reibungsverlusten zu wenig. Familienpolitisch voran zu kommen, bedeutet dann vor allem im Dialog mit den Zuständigen neue Maßnahmen zu entwickeln. Dies erfordert nicht nur den Rückhalt „von oben“, sondern in der Alltagskommunikation mit den Fachressorts vor allem die nötige Sensibilität für die Belange des jeweiligen Ressorts. Eine querschnittsorientierte Koordinierungsstelle darf nicht als „Aufpasser“ oder als verlängerter Arm des Oberbürgermeisters wahrgenommen werden, um erfolgreich zu sein. Auf der anderen Seite ist jedoch die Nähe zur Spitze wichtig, um die Bedeutung des Themas nach Innen und nach Außen zu dokumentieren oder im Konfliktfall Entscheidungen herbeiführen zu können. Auch sichert die Einrichtung einer Stabstelle die nötige Unabhängigkeit von einzelnen Ressorts und Neutralität (Bsp. Erlangen, Würzburg, Kiel).

Aus der Mittlerstellung zwischen Stadtspitze und Fachressorts entsteht die zentrale Aufgabe der Koordinierungsstellen. Dabei sind die gefragten Qualitäten kaum in einer einfachen Stellenbeschreibung festzuhalten. Die resultierende Gratwanderung erfordert nicht nur fachliche, sondern in der Moderation, Kommunikation und Motivation der Beteiligten vor allem auch persönliche Qualifikationen. Entscheidend ist dabei, dass ein hohes fachliches Engagement und Durchhaltevermögen trotz der Nähe zur Stadtspitze als sachorientiert erkennbar wird. Kleinere Städte profitieren hier von einer größeren Nähe der einzelnen Ressorts zueinander. Der kurze Dienstweg ermöglicht dort weitaus einfacher eine fachübergreifende Abstimmung und Koordination als in großen und weniger überschaubaren Verwaltungen.

### **2.5.2 Strategische Fokussierung und Einsatz von Steuerungs- und Evaluations-techniken**

Schon die Bedeutung des persönlichen Engagements der Stadtspitze bzw. des Oberbürgermeisters verdeutlicht, dass schon aus Kapazitätsgründen an dieser Stelle eine strategische Fokussierung oder Konzentration erforderlich ist. Dies ist im kommunalpolitischen Alltag eine besondere Schwierigkeit, denn es gibt immer eine Vielzahl von Interessen und Gruppen zu bedienen, so dass eine Neigung entsteht, eine große Vielfalt von Zielen (zum Teil trotz innerer Widersprüche zwischen den Zielen) gleichberechtigt nebeneinander zu stellen. In den untersuchten Städten wird demgegenüber deutlich, dass eine klare strategische Fokussierung auf ein Thema (hier Familien) fast zwingend ist, um wirklich gemeinsame Anstrengungen über die Grenzen von Politik und Verwaltung bis hin zu externen Akteuren zu erzeugen und im Ergebnis spürbare Veränderungen einzuleiten. Dort, wo die strategische Fokussierung in den Untersuchungsstädten bislang nicht ausreichend erkennbar ist, wird sie von den interviewten Protagonisten der Familienpolitik eingefordert (z. B. Aachen).

Die strategische Fokussierung kann je nach Stadt ganz unterschiedliche Ausprägungen annehmen. In den kleineren Großstädten findet sie vor allem in den Köpfen des Stadtoberhauptes statt. Auch im Sinne der Steuerung reicht es offenbar, wenn der Oberbürgermeister hier durch sein persönliches Engagement konsequent eine familienpolitische Linie verfolgt. Dieser Eindruck ist insbesondere in Erlangen und Kiel entstanden. In den kleineren Großstädten ist das Eigenleben der Verwaltungen und politischer Strömungen (zumindest bei einigermaßen zuverlässigen Mehrheiten) scheinbar noch ohne abstrakte Steuerungstechniken zu beherrschen. Allerdings kommen auch hier Steuerungstechniken zum Einsatz. Dabei reicht offenbar die Verbindlichkeit konkreter Vereinbarungen, die unter Vorsitz des OBs in den Dienstbesprechungen erzielt wurden. Die Steuerung erfolgt durch konsequentes Nachverfolgen und Nachhalten in den Folgeterminen (z. B. Erlangen, Fulda, Hamburg). Einfache Monitoringsysteme sollten dabei die Fortschritte oder auch entstehende Schwierigkeiten dokumentieren, wie dies zum Beispiel in Kiel auf der Basis eines Indikatorenkatalogs erfolgt.

Mit der Stadtgröße entsteht eine politische und administrative Unübersichtlichkeit, in der sich ein Eigenleben entfalten kann, so dass der gemeinsame Nenner (Familienpolitik) sich nicht ohne weiteres durchsetzen kann. Hier setzt die strategische Fokussierung Vorarbeiten und besondere Arbeitstechniken voraus. Hierzu gehört der Prozess einer querschnittsorientierten Zielfindung (mit den dazugehörigen Instrumenten/Maßnahmen), die darauf basierende Entwicklung von Zielvorgaben und schließlich die Kontrolle der Zieler-

reichung, was wiederum eine Operationalisierung und den Aufbau entsprechender Monitoringsysteme erfordert. Mit dem Aufbau eines solchen Monitoringsystems ist zurzeit der Vergleichsring der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) beschäftigt, an dem u.a. die Städte Erlangen, Kiel und Wolfsburg teilnehmen.

### **2.5.3 Externe Anstöße kompensieren Selbststeuerungsdefizite**

Die kommunale Familienpolitik ist nicht losgelöst von der gesellschaftlichen familienpolitischen Debatte zur Familienpolitik. Das kommunale Engagement leitet sich vielfach hieraus ab. Allerdings scheinen die Anstöße aus diesen Debatten vielfach nicht auszureichen, um tatsächlich Veränderungen einzuleiten. Mit Ausnahme der großen Großstädte (Frankfurt/M. und Hamburg) und der seit langem familienpolitisch orientierten Stadt Fulda (allerdings hatte auch hier das Internationale Jahr des Kindes 1979 eine verstärkende Funktion) waren jeweils externe Anstöße als Auslöser für ein besonderes familienpolitisches Engagement (mit)entscheidend. Hierzu zählen:

- Landes- oder Bundeswettbewerbe zum Thema Familien- und Kinderfreundlichkeit (nicht zufällig sind mit Aachen und Würzburg zwei der im Rahmen dieser Studie ausgewählten Städte Sieger eines entsprechenden Bundeswettbewerbs in den neunziger Jahre),
- Realisierungswettbewerbe und Modellvorhaben so wie der in 2006 durchgeführte Bundeswettbewerb zum Aufbau von Mehrgenerationenhäusern (Bsp. Mainz) oder der Wettbewerb zur modellhaften Erprobung von Familienzentren in NRW (Bsp. Aachen). In diese Richtung können auch die ExWoSt-Vorhaben des BMVBS/BBR bei entsprechender Schwerpunktsetzung wirken.
- Sonstige Bundes- und Landesinitiativen wie die Lokalen Bündnisse für Familien, die im Grundsatz nur eine Programmatik liefern und geringfügige Unterstützungsleistungen in Organisationsfragen mobilisieren.
- Rankings (z.B. in öffentlichkeitswirksamen Zeitschriften) oder interkommunale Vergleichsringe/Benchmarks (z.B. Erlangen, Kiel), die im günstigen Fall auf vorhandene Stärken aufmerksam oder im ungünstigen Fall entsprechenden Nachholbedarf sichtbar machen (z. B. Kiel).
- Gesetzliche Vorgaben wie zum Beispiel der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz oder die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen.

- Studien, welche mit ihren Ergebnissen neue Denk- und Sichtweisen etablieren (z.B. Mainz).
- Wechsel und/oder sonstige individuelle Auslöser für eine Neuorientierung in der politischen Spitze (z.B. Kiel)

Diese externen Anstöße wirken besonders gut, wenn sie auf eine latente Bereitschaft zum Engagement stoßen, die auf der Basis bisheriger kommunalpolitischer Diskussionen entstanden ist (z.B. Kiel). Die insgesamt hohe Bedeutung der familienpolitischen Mobilisierung von Außen offenbart jedoch eine gravierende Schwäche der Städte. Offenbar reicht die eigene analytisch-konzeptionelle Kraft häufig nicht aus, spezifische Schwächen zu erkennen, hieraus Ziele und schließlich auch umsetzbare Maßnahmen abzuleiten. Die Selbststeuerungskräfte selbst mittlerer Großstädte sind offenbar unzureichend. Die Städte beklagen auch einen eklatanten Mangel an Raum und Personal für die fundierte Auseinandersetzung mit Fragen der Stadtentwicklung. Umso wichtiger sind das persönliche Engagement von Einzelnen und die Anstöße von Außen.

#### **2.5.4 Externe Partner und schnelle Erfolge**

Die Familienpolitik ist wie viele andere Politikfelder heute auf externe Partner angewiesen. Dies kann – wie die Erfahrungen aus den untersuchten Städten zeigen – ganz unterschiedliche Formen und Funktionen annehmen:

- Externe Partner können die Städte herausfordern, indem sie öffentliches Engagement einfordern und auf wichtige Zusammenhänge aufmerksam machen
- Externe Partner können sich im eigenen Interesse engagieren und Maßnahmen mitfinanzieren oder ideell mittragen (Unternehmenssponsoring, Schirmherrschaften etc.).
- Externe Partner können letztlich durch den Aufbau familienfreundlicher Strukturen (z. B. Work-Life-Balance, Kindereinrichtungen) mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Programmatik der lokalen Bündnisse für Familie zielt in besonderer Weise in diese Richtung. Dies spiegelt sich in unterschiedlicher Intensität in allen untersuchten Städten wider. Der Einbezug externer Partner ermöglicht und zwingt zugleich zu schnellen Erfolgen, denn ohne absehbare Erfolge ist die freiwillige Mitarbeit Externer nicht zu mobilisieren. Auf der anderen Seite ist die Arbeitsweise von beteiligten Unternehmen oft zielgerichteter und umsetzungsorientierter als die Arbeitsweise der Kommunalverwaltung.

### **2.5.5 „Marktforschung“ zu familienspezifischen Themen**

In allen Städten hat sich gezeigt, dass konkrete empirische Studien zur Lebenssituation und den Wünschen der Familien eine hohe Bedeutung für die Mobilisierung und die konzeptionelle Ausrichtung der Familienpolitik haben können. So waren die Wohnungsmarktstudien in Mainz oder Aachen Ausgangspunkt einer Neuausrichtung der wohnungsmarktorientierten Stadtplanung. Ein ähnlicher Stellenwert wird entsprechenden Studien in Hamburg und Kiel beigemessen. Besonders die häufig durchgeführten Wandermotivuntersuchungen haben mit Blick auf die Familien eine besondere Wirkung gezeigt.

Aber auch die Bedarfsermittlung für familienspezifische Dienstleistungen (z. B. Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen, Akzeptanz pädagogischer Konzepte, Erfahrungen und Bewertung von vorhandenen Angeboten) oder auch umfassende Befragungen zur Lebenssituation (z. B. kommunale Familienberichte) haben – wenn es denn entsprechende Ergebnisse gab – jeweils einen hohen Beitrag zur Politikformulierung geleistet. Oft beklagten die befragten Verwaltungsexperten, dass keine Mittel für derartige Analysen mobilisiert werden können. Insofern sind die Städte auch hier oft auf externe Partner angewiesen. Lediglich wenn ein Thema eine hohe politische Brisanz erreicht hat, können die erforderlichen Haushaltsmittel mobilisiert werden.

## **2.6 Das Wohnen im Kontext der kommunalen Familienpolitik**

Das folgende Kapitel wird an dieser Stelle bewusst knapp formuliert, weil es zugleich ein Kernbestandteil der Hauptstudie ist und dort die wohnungspolitischen Ansätze umfassender dargestellt werden, um ihnen in ihrer Reichweite gerecht zu werden.

### **2.6.1 Wohnungspolitik ist in der kommunalen Familienpolitik unterrepräsentiert**

Gemessen an dem relativ umfassenden familienpolitischen Engagement bleibt das Thema familienfreundlicher Wohnungsmarkt in der kommunalen Praxis recht unbedeutend. Auch in der großen Zahl von lokalen Bündnissen finden sich nur wenige Ansätze zum Thema Wohnen, was in eklatantem Widerspruch zur Bedeutung des Themas steht. Denn in entsprechenden Umfragen wird dem Thema von den Familien in der Regel eine hohe oder gar höchste Bedeutung eingeräumt (z.B. Mainz).

Allerdings sperrt sich das Thema Wohnen zumindest partiell gegen die dominant partnerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Ansätze in der Familienpolitik. Da Wohnungspolitik in hohem Maße mit klassischen hoheitlichen Aufgaben (z. B. Baugenehmigungen, Bebauungspläne, Richtlinien im Rahmen der Wohnungsbauförderung) zu tun hat, denen im Einzelfall komplexe Abwägungen zugrunde liegen, sind hier in höherem Maße die traditionellen Entscheidungswege und Entscheidungsorgane gefordert. Normalerweise sind diese Verfahren zudem sehr langwierig, so dass sie nicht geeignet sind für eine Behandlung in informellen, zivilgesellschaftlichen Strukturen wie z.B. den lokalen Bündnissen für Familie. In Einzelfällen – z.B. bei einem erhöhten Handlungsdruck durch eine besonders starke Umlandwanderung – werden unkonventionelle Ideen wie in Kiel umgesetzt, wo mit zwei Nachbargemeinden nach dem Vorbild interkommunal geplanter Gewerbegebiete ein Neubaugebiet realisiert wird. Kosten und anfallende Steuereinnahmen werden hier zu je einem Drittel geteilt.

Das städtische Wohnungsangebot ist das Ergebnis von Bewirtschaftungs- und Investitionsentscheidungen, die mit recht langem Zeithorizont getroffen werden. Entscheidend sind die Renditeüberlegungen des Eigentümers bzw. Investors sowie der rechtliche Rahmen. Da die Investitionen eines Jahres immer nur punktuell den Gesamtbestand beeinflussen, sind lange Fristen erforderlich, um eine spürbare Veränderung des Wohnungsangebotes einer Stadt zu erzeugen. Mit Ausnahme der Stadt Fulda, die seit vielen Jahren eine kommunale Zwischenerwerbsstrategie umsetzt und genügend Wohnbaulandreserven vorhält und evtl. Hamburg, die eine klare Wachstumsstrategie verfolgen, lassen sich bislang jedoch in den meisten untersuchten Städten keine entsprechende Langfriststrategie zur Beeinflussung des Wohnungsmarktes beobachten.

### **2.6.2 Kommunale Wohnungspolitik bleibt in Einzelprojekten verhaftet**

Die Städte agieren wohnungspolitisch und stadtplanerisch in der Mehrzahl auf der Ebene von Einzelprojekten, wobei hier in den vergangenen Jahren ein Übergang zu familienorientierten Neubauangeboten stattgefunden hat (z.B. Mainz, Erlangen, Aachen, Würzburg). Auch der Umbau von Bestandssiedlungen wird zwar von vielen Gesprächspartnern als ein wichtiges Thema beschrieben, hat jedoch in der kommunalen planerischen Praxis bislang kaum eine Bedeutung. Auch hier sind es punktuelle Maßnahmen, die in der Regel Wohnungsgesellschaften im eigenen Interesse beginnen.

Die in Einzelprojekten verhaftete Wohnungs- und Baulandpolitik hat verschiedene Ursachen. Zum Teil bleibt ein stadtplanerisches Denken dominant, das die gestalterischen

Aufgaben im Einzelfall als alleiniges Ziel begreift. Zum Teil sind es aber auch politische Grenzen, die immer wieder dazu führen, dass baulandpolitische Zielsetzungen aufgrund der damit verbundenen Konflikte (Ökologie, Nachbarschaften, Finanzierung) nicht konsequent formuliert und verfolgt werden. Aber auch innerhalb dieser Grenzen gibt es in den Städten Versuche, aus den Einzelprojekten heraus gesamtstädtische Wirkungen zu entfalten:

- Bei entsprechender Größe können Einzelprojekte spürbar das Preisniveau im Gesamtmarkt beeinflussen. Das haben die großen Entwicklungsmaßnahmen während der neunziger Jahre in Freiburg gezeigt. Auch die großen Maßnahmen in Erlangen und Fulda sind hierzu geeignet.
- Zum Teil werden die Einzelprojekte (wie z. B. in Mainz, Erlangen oder Aachen) auch gezielt genutzt, um neue qualitative Standards am Markt zu etablieren. Dies ist jedoch mit erheblichem Aufwand verbunden, der weit über das übliche Maß hinausgeht. So werden zum Beispiel besondere Werkstattverfahren (Würzburg), Planungsseminare (Fulda), Gestaltungsbeiräte (Erlangen), aufwändige Einzelberatungen von Bauherrn (Mainz) oder auch begleitende Ausstellungen (Aachen) durchgeführt. Auch über die Begleitung von Baugruppen verknüpft sich u.a. die Hoffnung, neue Standards am Markt zu etablieren (z.B. Hamburg). In der Einschätzung der Gesprächspartner sind diese Verfahren zwar geeignet, neue Qualitäten im Einzelfall auf den Weg zu bringen, müssten jedoch über mehrere Baugebiete durchgehalten werden, um marktwirksam zu werden. Hier setzen Zweifel an, wenn die kommunale Politik diese Verfahren nicht ohne weiteres mit trägt und weil sie einen zusätzlichen Personalaufwand bedeuten, der im Kontrast zu den dauerhaften Einsparbemühungen in den Kommunalverwaltungen steht.

Insgesamt krankt die familienorientierte wie auch die anderweitig orientierte Wohnungspolitik noch an einem nicht bewältigten Wandel. Bislang wurden wohnungspolitische Zielsetzungen hauptsächlich über Subventionen zu erreichen versucht. Eine Marktstrukturpolitik, die sich systematisch der Marktkräfte bedient, um wohnungspolitische Ziele mit wenig oder gar ohne Subventionen zu erreichen, steht noch an den Anfängen und muss sich darüber hinaus auch mit eventuell bescheideneren Zielen und langfristigeren Vorgehensweisen zufrieden geben. Wie eine kommunale familienorientierte Wohnungspolitik in Zukunft aussehen kann und welcher Instrumente sie sich bedienen kann, wird in der Hauptstudie zu diskutieren sein.

### **3. Fallstudien**

#### **3.1 Aachen**

##### **3.1.1 Entwicklung der Familienpolitik**

Familienpolitik hat in Aachen eine lange Tradition. Es existiert bereits seit langer Zeit eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen.

Beispielsweise verleiht die Stadt Aachen seit 1992 jährlich das Prädikat „Kinderfreundlich“, welches in 2006 durch das Prädikat „Familienfreundlich“ abgelöst wurde. Ausgezeichnet werden Vereine, private Initiativen oder Geschäfte, die sich aktiv für eine verbesserte Lebensqualität von Kindern und Familien einsetzen.

Bereits seit 1992 gibt es in Aachen einen kommunalen Kinderbeauftragten bzw. die Kontaktstelle für Kinder. Die Stelle wurde nach der Verabschiedung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes von 1990 eingerichtet und soll die Wünsche und Bedürfnisse von Kindern in der Stadt vertreten und diesen als Anlaufstelle dienen. Gleichzeitig wurde aufgrund dieses Bundesgesetzes auch ein Unterausschuss „Kinderfreundliches Aachen“ des Jugendhilfeausschusses gegründet, welcher z.B. eine kinderfreundliche Hausordnung in Wohnanlagen einführte und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Stadtentwicklungsprozessen sicherstellte.

In diesem Zeitraum zeichnete sich Familienpolitik in Aachen vor allem durch die kinderfreundliche Gestaltung der Innenstadt (z.B. Spielpunkte im Straßenraum, vernetzter Radwegeplan unter Beteiligung von Kindern) und des Wohnumfeldes sowie durch ein dichtes Netz an sozialer Infrastruktur für Kinder und Familien aus.

Ein Ratsbeschluss legte darüber hinaus fest, dass kommunale Grundstücke an Familien mit Kindern günstiger abzugeben sind. Diese Sozialrabatte richten sich nach dem Bruttojahreseinkommen der Familien und umfassen einen Abschlag von 10% je Kind auf den Grundstückspreis.

Bis Mitte der 1990er Jahre war jedoch jeder Fachbereich selbst verantwortlich für die Unterstützung von Familien, ein übergeordnetes familienpolitisches Konzept gab es bis

dahin noch nicht. Aufgrund dieser fehlenden Abstimmung war sich die Stadt zu dieser Zeit aber auch noch nicht bewusst über den Umfang ihrer familienpolitischen Aktivitäten.

Auslöser für den Beginn der eigentlichen konsistenten Familienpolitik in Aachen war die Bewerbung im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 1996/1997. Zu diesem Anlass wurden erstmals alle familienrelevanten Maßnahmen der Stadt zusammengetragen. Aachen erhielt insbesondere aufgrund seiner integrierten Siedlungsentwicklung in den Bereichen Wohnumfeldgestaltung, Wohnungs- und Verkehrspolitik den ersten Platz. Dieses Zusammentragen aller städtischen Maßnahmen für Familien und die Auszeichnung setzten den entscheidenden Impuls für ein neues familienpolitisches Bewusstsein und weitere abgestimmte Maßnahmen in den Folgejahren.

Nachdem im Jahr 1996 der bundesweite Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz eingeführt wurde, war Aachen bestrebt, als eine der ersten Städte in NRW diesen Rechtsanspruch umzusetzen, indem kurzfristig ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten realisiert wurde. Dies war weniger eine Reaktion auf einen spezifischen Mangel – da die Ausgangsversorgung bereits gut war – als vielmehr eine kommunalpolitische Zielsetzung als familienfreundliche Stadt.

Ein im Jahr 1997 durchgeführtes extern vergebenes Gutachten<sup>5</sup> zur bisherigen und zukünftigen Wohnungsmarktentwicklung zeigte die Folgen der demographischen Entwicklung auf und war Grundstein zahlreicher Veränderungen in der Wohnungs- und Baulandpolitik. Die Verhinderung der Abwanderung von Familien gewann an Bedeutung. So wurde 1998 ein Handlungsprogramm Wohnungsbau verabschiedet und auf Initiative der Wohnungsbauförderungsanstalt NRW eine kontinuierliche kommunale Wohnungsmarktbeobachtung eingeführt. 1999 wurde ein Baulückenprogramm im Stadtentwicklungsausschuss verabschiedet. Im Ergebnis soll die Wohnraumversorgung insbesondere für Familien verbessert werden. Aktuell ist ein Baulandmanagementbeschluss – das sog. „25er Modell“ – geplant (vgl. Kapitel 3.1.4), welches der Stadt mehr Flexibilität bei der Versorgung von Zielgruppen wie Familien ermöglichen soll.

Insgesamt wurde Ende der 1990er Jahre die gesellschaftliche Diskussion um den demographischen Wandel auch in den kommunalen Parteien stark diskutiert. In diesem Zusammenhang erhielt das Thema Familie weiter Vorschub. Insbesondere der Aspekt der

---

<sup>5</sup> GEWOS: Aachen. -Wohnungsbedarfsanalyse und -prognose bis 2015. Hamburg 1997.

Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und damit die Verbesserung der Alltagssituation von Familien wurde wichtiger. In jüngster Zeit gewinnen dabei vor allem die Themen offene Ganztagschule und Ausbau der Versorgung von Kindern unter 3 Jahren an Bedeutung.

Im Jahr 2002 wurde schließlich ein Leitbild 2020<sup>6</sup> vom Stadtrat verabschiedet. Neben anderen auf Europa und Bildung/Wissenschaft gerichteten Zielen wird auch explizit die Steigerung der Attraktivität der Stadt für Familien genannt.

Als Folge der auf den 1997 gewonnenen Wettbewerb stattgefundenen und der den Leitbildprozess begleitenden Diskussionen wurden Kriterien für Kinder- und Familienfreundlichkeit im Städtebau entwickelt. Nach kontroversen Diskussionen über die Definition und eine praxisorientierte Operationalisierung und die Frage, ob ein neues Regelwerk wirklich notwendig sei, erfolgte 2003 ein entsprechender Ratsbeschluss zur Einführung dieser Kriterien. Zunächst gab es eine Erprobungsphase, in der sich einige Kriterien als zu starr erwiesen und in der nicht alle Akteure überzeugt werden konnten. Derzeit werden die Kriterien deshalb überarbeitet und aktualisiert und um kriminalpräventive Aspekte ergänzt.

Nach dem Regierungswechsel im Anschluss an die Kommunalwahlen 2004 wurde auch in der Koalitionsvereinbarung der beiden neuen Regierungsparteien die Förderung von Familien und eine aktive Bodenvorratspolitik festgeschrieben. Seitdem sind auch die enge Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts und eine gegenseitige Abstimmung insbesondere die Familienpolitik betreffend selbstverständlich.

Vor dem Hintergrund dieser vorausgegangenen Diskussionen und Aktivitäten traf die bundesweite Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf fruchtbaren Boden und führte schließlich auch in Aachen 2005 zur Gründung eines entsprechenden Bündnisses für Familien<sup>7</sup>. Dieses verlieh der Familienpolitik in Aachen einen erneuten Schub und brachte alle unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure zu diesem Thema an einen Tisch.

---

<sup>6</sup> Stadt Aachen: Europa. Eine Stadt macht Zukunft. Aachen. Leitbild 2020. Aachen 2002. Online unter: [http://www.aachen.de/de/stadt\\_buerger/pdfs\\_stadt\\_buerger/pdfs\\_ap/leitbild2020.pdf](http://www.aachen.de/de/stadt_buerger/pdfs_stadt_buerger/pdfs_ap/leitbild2020.pdf) (11.10.2007)

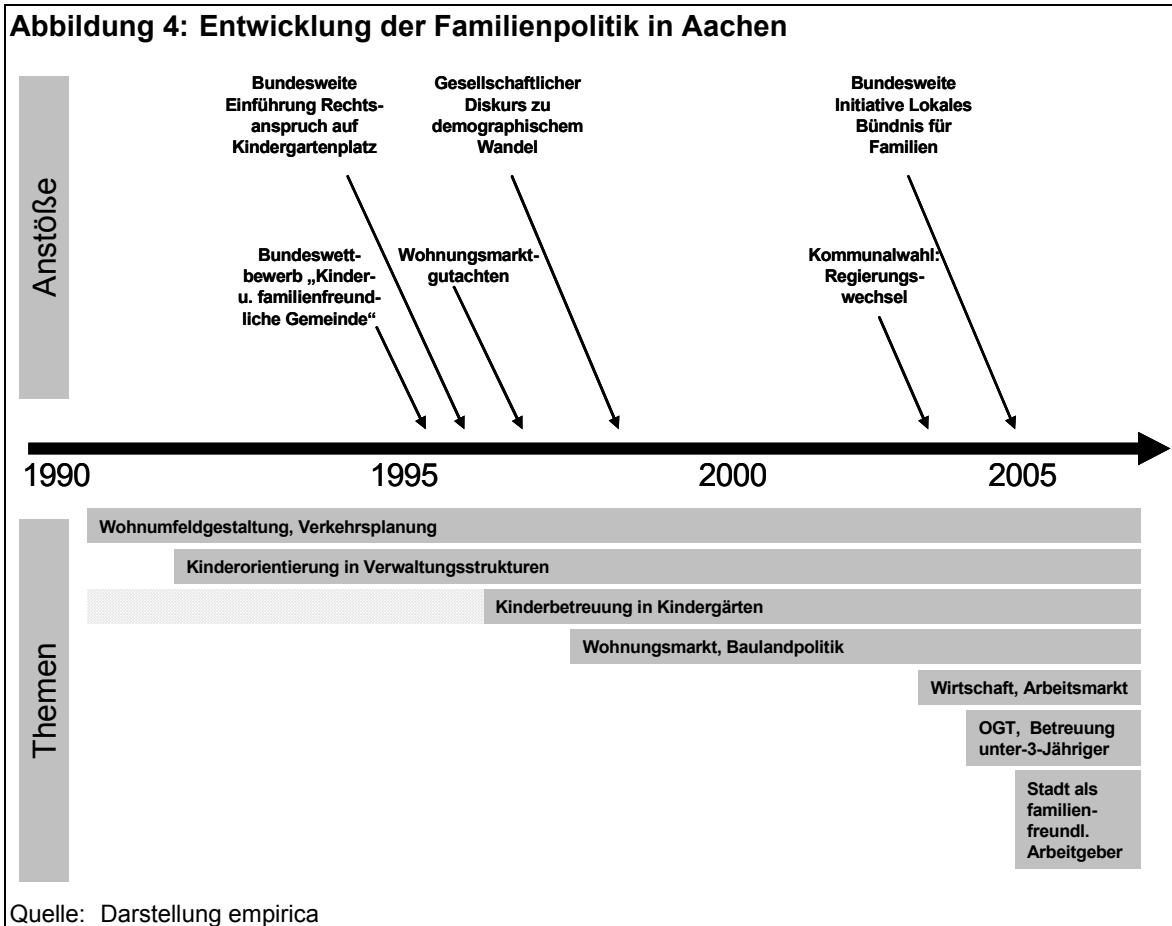
<sup>7</sup> Stadt Aachen (2007): Lokales Bündnis für Familien in Aachen. [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/familie/buendnis\\_familie/buendnis\\_familie\\_ac.html](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/familie/buendnis_familie/buendnis_familie_ac.html) (11.10.2007)

Mittlerweile geht die Stadt auch selbst als gutes Beispiel voran. Sie wurde 2006 von der Hertie-Stiftung als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert und hat drei Jahre Zeit für die Umsetzung weiterer Maßnahmen und eine erneute Überprüfung. Außerdem umfasst der Aufgabenbereich aller leitenden Angestellten heutzutage auch die Förderung von Familien, was bereits in den Stellenausschreibungen formuliert wird. Auch im städtischen Haushalt spiegelt sich die Prioritätensetzung wider: Trotz Haushaltssanierungszwang gibt es einen Ratsbeschluss gegen die Kürzung im Bereich Kinder und Familien. So werden z.B. frei werdende Stellen in Kindergärten im Gegensatz zu anderen Bereichen wieder neu besetzt.

Eine andere aktuelle Maßnahme ist die Erarbeitung eines integrierten Marketingkonzeptes in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung, in welchem die Familienfreundlichkeit Aachens als besonderer Standortfaktor hervorgehoben wird. Damit wird Familienfreundlichkeit als eine Stärke Aachens nun auch nach außen kommuniziert, um Familien an die Stadt zu binden.

Im Ergebnis wird Familienpolitik in Aachen heute als Querschnittsaufgabe gesehen und verknüpft alle Ressorts und Themenfelder, wie z.B. Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung, Wohnungswesen, Baulandpolitik, Verkehrswesen und soziale und kulturelle Infrastruktur. Insbesondere die wechselseitige Abhängigkeit von Ökonomie und Demographie steht in Aachen im Vordergrund. Wirtschaftspolitik wird als Familienpolitik angesehen und umgekehrt. Über eine Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes soll auch die demographische Situation langfristig stabilisiert werden. Damit erhält Familienpolitik insbesondere seit 2002 auch eine strategische Dimension zur Vermeidung zukünftiger Probleme. In Zukunft wird es verstärkt auch um die Themen Integration und eine Verknüpfung von Wissenschaftsstadt und Familien gehen und damit das Thema Bildung in den Mittelpunkt rücken.

Insgesamt stellte die Kombination aus gesellschaftlichen Diskursen, gesetzlichen Rahmenbedingungen und Anreizen (z.B. Wettbewerb) sowie externen Studien die entscheidenden Impulse zur Initiierung einer umfassenden Familienpolitik in Aachen dar. Themen wurden weniger aufgrund größerer interner Problemlagen oder eigener strategischer Überlegungen aufgegriffen, als vielmehr durch externe Impulse initiiert.



Probleme bei der Einführung und Umsetzung der Familienpolitik ergaben sich in Aachen insbesondere in der Überzeugung aller Mitarbeiter und Umstellung alter Gewohnheiten in der Verwaltung. Dem wurde durch wiederholte Überzeugungsarbeit in Form von Gesprächen und Arbeitsgruppen begegnet. Dadurch konnten auch unterschiedliche Auffassungen von Familienfreundlichkeit geklärt werden, so dass man sich letztendlich auf eine gemeinsame Festlegung einigen konnte. Auch stellt der enge finanzielle Spielraum eine Schwierigkeit bei der Finanzierung von familienfreundlichen Maßnahmen dar, jedoch können diese durch Einsparungen in anderen Bereichen finanziert werden.

### 3.1.2 Analytische und konzeptionelle Grundlagen

Studien und konzeptionelle Grundlagenpapiere spielten in der Entwicklung der Familienpolitik neben weiteren externen Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle. Insbesondere das Thema Wohnungsmarkt wurde bisher umfassend aufbereitet und ist ein wichtiger

Baustein in der Familienpolitik. So wurde 1997 ein Gutachten<sup>8</sup> zur Wohnungsbedarfsanalyse und –prognose bis 2015 von einem externen Büro erarbeitet. Im Ergebnis wurde ein erheblicher Neubaubedarf an Eigenheimen ermittelt. Daraufhin wurde 1998 ein Handlungsprogramm Wohnungsbau verabschiedet, welches die Empfehlungen der Studie weitgehend umsetzen sollte und weitere Schritte vorgab:

So wurde 1998 eine kommunale Wohnungsmarktbeobachtung und 1999 ein Baulückenprogramm eingeführt. Seit 2000 erscheinen jährliche Wohnungsmarktberichte<sup>9</sup>, sofern es Neuerungen auf dem Wohnungsmarkt gibt. Ebenfalls seit 2000 gibt es ein Wohnungsmarktbarometer, welches eine Umfrage unter Wohnungsmarktexperten umfasst und deren Ergebnisse auf Tagungen präsentiert und in Broschürenform veröffentlicht werden. Weiterhin wird seit 2002 jährlich eine Zeitungsanalyse zum Wohnungsangebot durchgeführt und in einer eigenen Broschüre veröffentlicht sowie ein Immobilienbericht<sup>10</sup> zu den stadteigenen Immobilien herausgegeben.

In der Summe führen diese Maßnahmen zu einer hohen Transparenz auf dem Wohnungsmarkt, welche eine Voraussetzung für zielgruppenspezifische und problemorientierte Projekte darstellt. Beispielsweise wurde dadurch ein Mangel an Wohnungen für sozial schwache Familien deutlich. Grund ist das Auslaufen der Preisbindung eines großen Teils der öffentlich geförderten Wohnungen, so dass hier mit Preissteigerungen zu rechnen ist. Deshalb gab es im Jahr 2003 einen Beschluss des Liegenschafts- und Planungsausschusses, in allen Planverfahren zum Wohnungsneubau anteilig 20% öffentlich geförderten Wohnungsbau zu integrieren. Falls dies in einem bestimmten Projekt nicht passend sein sollte, gibt es zum Beispiel alternativ die Möglichkeit, an anderer Stelle Belegungsrechte zu vereinbaren.

Eine weitere konzeptionelle Grundlage stellt das Leitbild 2020<sup>11</sup> aus dem Jahr 2002 dar. Darin heißt es u.a. „Aachen will für Familien noch attraktiver werden“, und zwar insbesondere durch die Förderung privaten Wohnungseigentums und die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Einrichtungen und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Gleichzeitig spielen aber auch z.B. der soziale Ausgleich und die Integration von Randgruppen eine wichtige Rolle. Damit richtet sich Familienpolitik in Aachen sowohl an sozial schwa-

---

<sup>8</sup> GEWOS: Aachen. -Wohnungsbedarfsanalyse und –prognose bis 2015. Hamburg 1997.

<sup>9</sup> z.B. Stadt Aachen: Der Wohnungsmarkt in Aachen 2004. Aachen 2004.

<sup>10</sup> z.B. Stadt Aachen: Immobilienbericht 2005. Aachen 2005.

<sup>11</sup> Stadt Aachen: Europa. Eine Stadt macht Zukunft, a.a.O.

che als auch einkommensstärkere Familien. Von diesem Leitbild wurde 2004 ein Leitkonzept<sup>12</sup> mit strategischen Rahmenaussagen abgeleitet, welches die Basis für die weitere Ausarbeitung zu einem Leitplan bildet.

Zeitgleich wurde 2002 durch ein externes Büro ein Innenstadtkonzept als Handlungsprogramm von einem externen Büro erarbeitet mit dem Ziel, das Leben in der Innenstadt attraktiver zu gestalten. Vorgesehene Maßnahmen umfassen z.B. die weitere Ausweitung von öffentlichen Spielplätzen und die Förderung wohnungsnaher Freiräume, die Schaffung von Spiel- und Aufenthaltsangeboten für Kinder und Jugendliche im Bereich der Haupteinkaufsstraße und die Sicherung der familiengerechten Wohnplätze in der Stadt.

Insgesamt fördern damit die analytischen und konzeptionellen Grundlagen die weitere zielgruppenorientierte und abgestimmte Durchführung von Maßnahmen.

### 3.1.3 Organisationsstruktur

Hauptsteuerungsgremium ist der Verwaltungsvorstand bestehend aus den verschiedenen Dezernenten, welche einmal pro Woche in diesem Gremium zusammenkommen. Der Verwaltungsvorstand koordiniert, steuert, gibt Vorgaben und trifft Entscheidungen oder bereitet diese vor. Entscheidungsgrundlagen sind z.B. die Arbeiten des strategischen Immobilienmanagements oder der kommunalen Wohnungsmarktbeobachtung. Grundlegende Entscheidungen werden letztendlich im Stadtrat bzw. Fraktionsrat der beiden Regierungsparteien entschieden.

Mit der Stabsfunktion „Strategische Managementunterstützung (SMU)“ ist die Zielsetzung verbunden, die beiden Hauptthemen Aachens – Arbeitsmarktpolitik und Demographischer Wandel/Familienpolitik – zu operationalisieren und Handlungsempfehlungen für die Kommunalpolitik und Verwaltung zu erarbeiten. Damit fokussiert die Stadt in Zukunft ihre Ressourcen und Strukturen auf diese beiden Oberziele.

Darüber hinaus gibt es aber auch in den letzten Jahren eine informelle Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung. So finden regelmäßige Abstimmungsrunden, Veranstaltungen und Kommunikationsprozesse zum Thema Bauen und Wohnen statt: Seit 2002 existiert

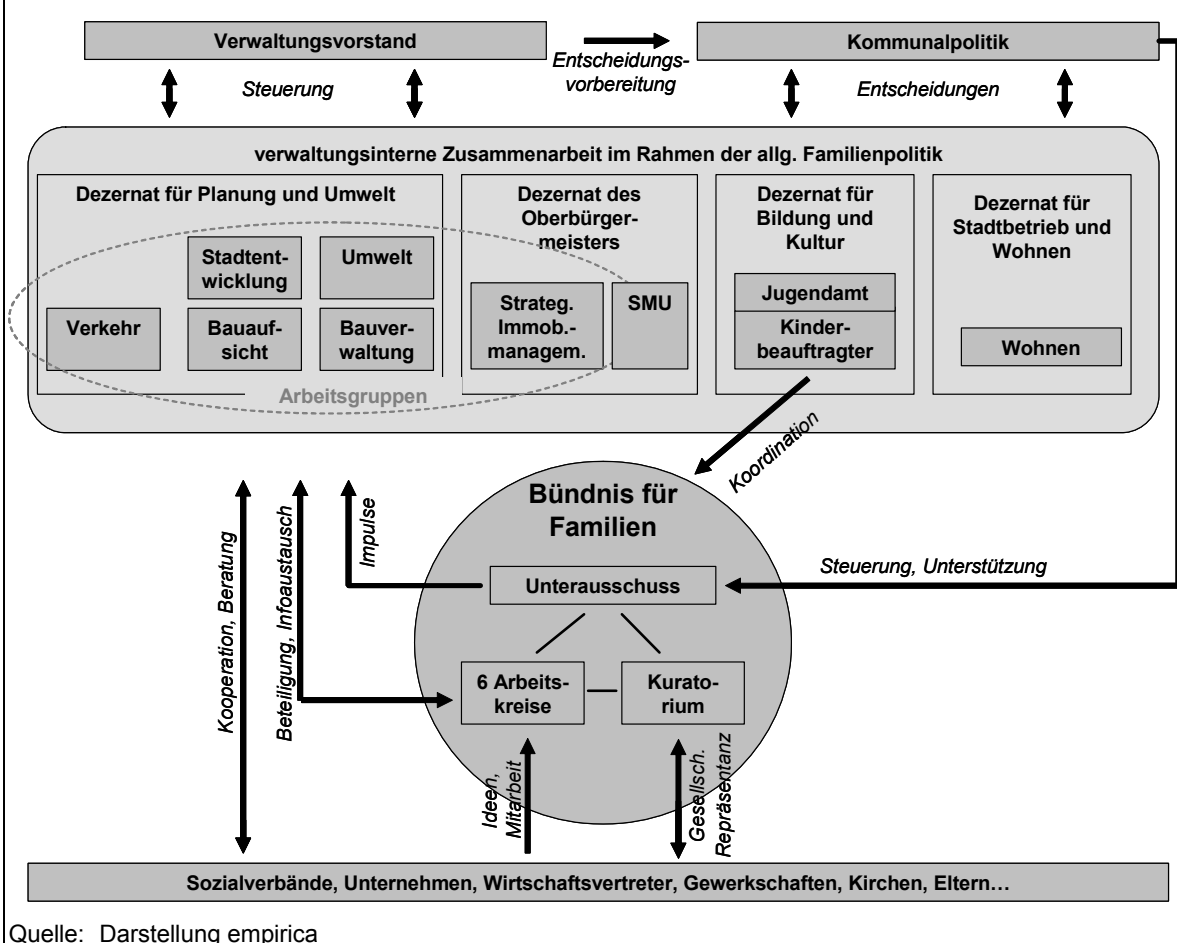
---

<sup>12</sup> Stadt Aachen u. Büro 5 Maastricht: Leitkonzept Aachen – „Verräumlichung der Zielaussagen“. Aachen, Maastricht 2004.

eine Arbeitsgruppe „Strategische Planungen Wohnbauflächen“, an der das städtische Immobilienmanagement, das Planungsamt und der Fachbereich Wohnen teilnehmen. Ergebnisse ihrer Arbeit sind z.B. die Initiierung von Veranstaltungen oder die Vorlage für den Beschluss, dass der Anteil geförderter Wohnungen in Bebauungsplänen 20% betragen soll. An größeren Veranstaltungen fand z.B. 2005 zum ersten Mal ein Aachener Immobilienforum statt. Ebenfalls in 2005 wurde im Rahmen des Forums Baulandmanagement eine Veranstaltung mit rund 120 Gästen zum Thema „Zukunft des Wohnungsmarktes in Aachen“ durchgeführt. Diese stellte den Auftakt für weitere halbjährlich stattfindende Runde Tische zusammen mit dem Oberbürgermeister und relevanten Akteuren zu diesem Thema dar. Ergebnis des letzten Treffens waren zwei Arbeitsaufträge: erstens die Erarbeitung eines Zukunftskonzeptes für den städtischen Wohnungsbesitz und zweitens die Erarbeitung eines Konzeptes zum Ankauf von Belegungsrechten auf dem freien Markt. Damit sichert sich die Stadt Möglichkeiten zur familienorientierten Steuerung des Wohnungsmarktes.

Außerdem wurden kürzlich projektbezogene Abstimmungsrunden mit allen projektrelevanten Ämtern eingeführt, dazu zählen bspw. das Stadtplanungsamt, Bauordnungsamt, strategisches Immobilienmanagement, Gebäudemanagement und der Fachbereich Umwelt. Auch Vertreter der Kriminalpolizei werden einbezogen, um die Entstehung von Angsträumen von vornherein zu vermeiden. Durch diese informellen Abstimmungsprozesse können Verfahren wesentlich beschleunigt und Aspekte wie z.B. Familienfreundlichkeit im persönlichen Gespräch abgestimmt werden.

**Abbildung 5: Organisationsstruktur der Familienpolitik in Aachen**



Seit 2005 gibt es schließlich das Bündnis für Familien. Koordiniert wird das Bündnis durch den Kinderbeauftragten aus dem Dezernat für Bildung und Kultur. 26 Vertreter aus der Gesellschaft (Hochschulen, Kirchen, IHK, HWK, Gewerkschaft, Agentur für Arbeit...) bilden das Kuratorium. Dieses tagt 2-3x pro Jahr und soll die gesellschaftliche Repräsentanz sicherstellen und Türöffner zu den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sein. Ein Unterausschuss bestehend aus Vertretern der Kommunalpolitik soll das Bündnis steuern und Impulse in die Verwaltung tragen; allerdings hat dieses Gremium erst einmal getagt bisher. Die eigentliche Arbeit des Bündnisses findet in den 6 Arbeitsgruppen statt. Die Arbeitsgruppen sind offen für alle Interessierte und setzen sich z.B. aus Sozialverbänden, Wirtschaftsvertretern, Kirchen oder Eltern zusammen.

Familienpolitik erfolgt in Aachen im Rahmen eines weitgehend informellen Netzwerks und durch enge Absprache zwischen den verschiedenen Ressorts. Vor allem beim Kinderbeauftragten laufen alle familienrelevanten Aktivitäten zusammen, familienfreundliche Planungen werden aber auch in kleineren Arbeitsgruppen ohne den Kinderbeauftragten ab-

gesprächen. Insofern kann in Aachen von einer Steuerung durch Koordination und Kooperation der einzelnen Akteure gesprochen werden.

### **3.1.4 Schwerpunkte der Familienpolitik**

Aktuell konzentriert sich Familienpolitik in Aachen sowohl auf die Verbesserung der Alltagssituation von Familien als auch auf die Reduzierung der Abwanderung von Familien durch eine Stärkung des Wohnstandortes Aachen:

#### **Wohnungs- und Baulandpolitik**

Die Koalitionsvereinbarung von 2004 setzt sich als Ziel, in Aachen verstärkt eine aktive Wohnungspolitik und vorausschauende Bodenvorratspolitik zu betreiben, um sowohl für einkommensschwächere Haushalte als auch Familien mit mittlerem Einkommen Wohnraum und Grundstücke bereit zu halten.

Im aktuellen Baugebiet Grauenhofer Weg werden rund 150 Eigenheime speziell für Familien mit Kindern angeboten. Es zeichnet sich durch einen hohen Qualitätsanspruch und die Festlegung von Energiestandards aus. Außerdem gibt es Preisnachlässe für Familien mit Kindern.

Zur Realisierung der Qualitätsstandards wurden ein Architekturwettbewerb und eine Messe durchgeführt. Nach einem Bewerbungsverfahren verschiedener Architekturbüros wurden Konzepte für eine realistische Bebauung entwickelt. Schwerpunkte der Beurteilung durch eine Jury waren die Berücksichtigung städtebaulicher, architektonischer, gestalterischer, funktionaler, energetischer und wirtschaftlicher Grundsätze. Die vorgestellten Architekturkonzepte sollen mit den späteren Nutzern diskutiert werden. Die Stadt sieht sich in der „Katalysatorrolle zur Verbesserung der Baukultur“. Die Messe ermöglicht es Architekten und Investoren, sich zukünftigen Bauherren vorzustellen und diesen wiederum, anhand von Gestaltungsbeispielen neue Ideen für ihr Eigenheim zu sammeln. Gleichzeitig wird somit eine Veränderung der Baukultur und Nachfragestruktur gefördert.

Für das letzte große geplante Baugebiet Richtericherdell mit rund 870 Wohneinheiten führt die Stadt eine Entwicklungsmaßnahme durch und plant wieder einen Wettbewerb zur Sicherung von Qualitätsstandards. Gleichzeitig ist die Entwicklung von Clustern geplant um überschaubare und damit familienfreundliche Nachbarschaften zu fördern.

Aktuell ist ein Baulandmanagementbeschluss geplant. Dieser beinhaltet für Grundstücke ab 5.000qm, die für Wohnbebauung vorgesehen sind, eine Teilübertragung von 25% der Flächen zu ihrem anfänglichen Verkehrswert an die Stadt. Ziel ist es, bei allen größeren Bauvorhaben Einfluss zu gewinnen, um bestimmte für die Stadt wichtige Zielgruppen zu versorgen. Damit kommt es gleichzeitig zu einer Prioritätenverschiebung der Stadt: Wenn private Investoren ein Grundstück entwickeln möchten, welches nicht im primären Interesse der Stadt liegt, wird zukünftig nur gegen einen Ausgleich ein Bebauungsplan erstellt. Da es sich dabei aber eher um Einzelfälle handeln wird, ist dieses neue Instrumentarium vor allem als Ergänzung der bisherigen Baulandpolitik anzusehen.

Darüber hinaus gibt es eine Kontaktstelle „Neue Wohnformen“ im Fachbereich Wohnen, welche eng mit Sozialamt, Immobilienmanagement und externen Fachleuten zusammenarbeitet. Ihre Aufgaben liegen in der Vernetzung von Interessensgruppen, der Anregung neuer Wohnprojekte, dem Aufbau einer Infothek und einer Datenbank zur Vermittlung von Kontakten zwischen Bauwilligen, Wohninteressierten, Architekten, Investoren und Beratungseinrichtungen etc.

Für sozial schwache Familien befinden sich derzeit rund 19.000 Mietwohnungen in der Preisbindung, davon werden aber allein in den nächsten 5 Jahren rund 6.000 Wohnungen aus der Bindung herausfallen. Deshalb hat die Stadt in den 1990er Jahren massiv selbst in den sozialen Wohnungsbau investiert und fördert diesen auch heute noch.

### **Kinderbetreuung**

Kinderbetreuung gewann insbesondere in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre an Bedeutung und soll auch in Zukunft weiter ausgebaut werden. Bereits heute gibt es für 30% der Kinder eine Nachmittagsbetreuung in einer offenen Ganztagschule, dieser Anteil soll in den nächsten Jahren auf 50% gesteigert werden. Allein Ende 2007 werden 40 der 43 Grundschulen auf eine offene Ganztagschule umgestellt sein und damit 40% aller Schüler mit Ganztagsbetreuung versorgt sein. Damit liegt Aachen deutlich über der landesweiten Vorgabe von 20%. Auch die Kindergartenplatzversorgung ist mit 105% überdurchschnittlich gut. Die Koalitionsvereinbarung von 2004 sieht darüber hinaus vor, dass frei werdende Mittel aus Kindergärten - z.B. durch Rückgang der Kinderzahl - für die Betreuung von unter-3-Jährigen sowie für Qualitätsverbesserungen verwendet werden sollen.

## **Kinderfreundliche Hausordnung**

Das Entfallen und Spielen von Kindern im wohnungsnahen Umfeld wird häufig durch sich belästigt fühlende Nachbarn unterbunden. Deshalb hat die Gewoge, eine stadteigene Wohnungsbaugesellschaft, in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und dem Kinderschutzbund eine kinderfreundliche Hausordnung entwickelt, welche in ihren Beständen zur Anwendung kommt. Darin wird nun das Recht von Kindern zum Spielen im unmittelbaren Umfeld der Wohnungen festgeschrieben, so dass Rechtfertigungen nicht mehr von spielenden Kindern gefordert werden, sondern von denjenigen, die das Spielen unterbunden sehen wollen.

## **Kriterienkatalog „Kinder und Familienfreundliche Stadtplanung“**

Der Stadtrat verabschiedete 2003 einen Beispielkatalog mit Kriterien für einen kinder- und familienfreundlichen Städtebau. Dieser soll der Planungsebene frühzeitig Anhaltspunkte geben und darüber hinaus als strukturierte Vorlage für Dokumentationen, Erläuterungsberichte und Begründungen dienen. Mit Hilfe der Rasterstruktur sollen städtebauliche Projekte im Teilbereich „Kinder- und Familienfreundlichkeit“ nach einheitlichen Gesichtspunkten überprüfbar sein. Das Gliederungsraster bezieht sich z.B. auf grundsätzliche Anforderungen, die sich aus dem konkreten städtebaulichen Ziel ergeben (Lage, Gebietstyp, Struktur), auf die Erlebnisvielfalt im Gebiet oder auf kinder- und jugendspezifische Einrichtungen.

## **Bündnis für Familien**

Das 2005 gegründete Bündnis für Familien zielt vor allem auf die Bewältigung des demographischen Wandels, auf die Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien und Veränderung des gesellschaftlichen Klimas zur Stärkung von Familien, auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung. Die Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit Themen wie Erziehung, Bildung, Betreuung, Arbeitswelt, Freizeit, Wohnen, Verkehr, Migration und verschiedene Generationen. Folgende Ergebnisse konnte das Bündnis bereits erzielen:

- Einrichtung einer ausführlichen Familienseite unter der Homepage der Stadt mit einer Bündelung von Informationen und Angeboten für Familien und Kinder
- Einrichtung von Familienzentren
- Öffnung von Schulhöfen z.T. auch nachmittags

- Einführung eines Mehrgenerationenhauses
- Einführung einer Familienkarte
- Verleihung des Prädikats „Familienfreundlich“ an Betriebe etc.
- Projekt „starke Großeltern – starke Kinder“
- Audit familienfreundliche Stadtverwaltung
- Förderung von Familienpatenschaften

### 3.1.5 Fazit

Aachen zeichnet sich durch langjährige und sehr unterschiedliche Aktivitäten in der Familienpolitik aus. Wirkliche Dynamik erhielt das Thema besonders durch externe Anstöße (z.B. Wettbewerb, Studien) und eine veränderte Wahrnehmung der Aspekte demographischer Wandel und Umland-Wanderung. Dementsprechend stehen für Aachen die Ziele Verbesserung der Alltagssituation für Familien und die Qualifizierung des Wohnstandortes Aachen im Vordergrund. Die unterschiedlichen familienrelevanten Aktivitäten werden seit Ende der 1990er Jahre zusammengeführt und koordiniert. Informelle Arbeitsgruppen zwischen verschiedenen Ressorts sowie innerhalb des Bündnisses für Familien setzen familienpolitische Ziele um. Eine systematische, konsequent zentrale Steuerung muss noch verfestigt werden. Hervorhebenswerte Projekte sind z.B. die kinderfreundliche Hausordnung, die gute Homepage für Familien<sup>13</sup>, die überdurchschnittliche Kinderbetreuung und das geplante integrierte Marketingkonzept zur Betonung u.a. der Familienfreundlichkeit als Standortfaktor.

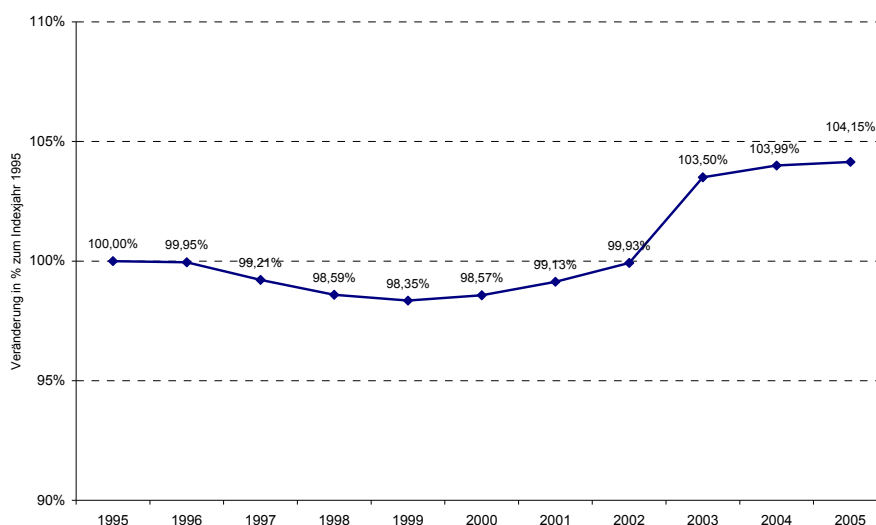
---

<sup>13</sup> Stadt Aachen (2007): Familie in Aachen. [www.familie-aachen.de](http://www.familie-aachen.de) (11.10.2007)

**Grundinformationen Aachen**

Aachen zählt derzeit zu den wachsenden Großstädten. Mit 258.000 Einwohnern ist es Oberzentrum im Dreiländereck an der Grenze zu Belgien und den Niederlanden. Während die Bevölkerung Mitte der 1990er Jahre rückläufig war, wächst die Stadt seit dem Jahr 2000 wieder (vgl. Abbildung 6 **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Für die Zukunft prognostiziert das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik einen weiteren Anstieg auf rund 283.000 Einwohner im Jahr 2025. Zentraler Standortfaktor und Pull-Faktor für Zuziehende ist die Universität mit rund 40.000 Studierenden und zahlreichen hochqualifizierten Arbeitsplätzen. Der Anteil der Studierenden an der Bevölkerung Aachens beträgt rund 15%, fast ebenso hoch ist ihr Anteil an allen Zuwanderungen. Die 18- bis unter 30-Jährigen sind die einzige Bevölkerungsgruppe mit einem positiven Wanderungssaldo. Gegenüber dem Umland verliert Aachen an Einwohnern, insbesondere in der Altersgruppe der 30-40-Jährigen. Allerdings ist seit 1998 der Abwanderungsüberschuss rückläufig. Dies wird mit einer zunehmenden Angleichung des Stadt-Umland Preisgefälles erklärt, wobei der Preis in der Stadt durch vermehrte Baulandausweisung gesunken, im Umland hingegen gestiegen ist.

**Abbildung 6: Bevölkerungsentwicklung 1995 bis 2005 (1995 = 100)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2007

## **3.2 Erlangen**

### **3.2.1 Entwicklung der Familienpolitik**

Familienpolitik in Erlangen reicht bereits mehrere Jahrzehnte zurück, erhielt aber erst in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit und Dynamik.

Bereits in den 1970er Jahren erfolgte aufgrund der demographischen Entwicklung und einem veränderten Familienbewusstsein ein Kindergartenbauboom. Dieses neue Bewusstsein wurde sowohl durch die Tatsache hervorgerufen, dass Erlangen aufgrund zahlreicher Eingemeindungen nun Großstadt war und sich damit anderen Herausforderungen stellen musste, als auch durch eine Änderung der politischen Mehrheiten von CSU zu SPD. Durch diesen verstärkten Bau von Kindergärten konnte bereits lange vor Einführung des Rechtsanspruches ein sehr hoher Versorgungsgrad erzielt werden.

Weitere kinder- und familienzuspezifische Themen waren in den 1970er und 80er Jahren die Unterstützung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen (Gründung von Spiel- und Lernstuben), Verkehrspolitik (insb. Ausbau von Fahrradwegen) und alternative Kinder- und Jugendförderung (z.B. die Gründung von Spielfarmen, Jugendclubs etc.). 1986 wurde bereits das erste Mütterzentrum gebaut. In den 1980er Jahren erhielt Erlangen bei einem Bayern-weiten Wettbewerb bereits einen zweiten Preis als kinder- und familienfreundliche Stadt.

Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre kamen als neue Schwerpunkte in der Familienpolitik die Themen Bauen und Wohnumfeld hinzu. Es wurde der Stadt bewusst, dass die durch die Universität und Siemens angezogenen hochqualifizierten Arbeitskräfte nur durch ein ausreichendes und zielgruppenspezifisches Baulandangebot in der Stadt gehalten werden konnten. Damit lag der Fokus vor allem auf Familien mit mittlerem und hohem Einkommen. Insbesondere bei der Entwicklungsmaßnahme Büchenbach wurden familienfreundliche Kriterien in Form eines neu aufgestellten Kriterienkatalogs berücksichtigt. Auch in der zweiten großen späteren Neubaumaßnahme, dem Röthelheimpark, wurde besonderer Wert auf eine hohe Qualität insbesondere für Familien gelegt.

Diese erste Phase der Familienpolitik zeichnete sich durch zahlreiche – allerdings noch nicht in einem konzeptionellen Zusammenhang stehende - Einzelmaßnahmen auf einem insgesamt überdurchschnittlichen Niveau aus. Grund für das frühzeitige Engagement der

Stadt für Familien waren zunächst interne Gründe, wie z.B. eine sehr hohe Fluktuation der Einwohner (10% pro Jahr), eine hohe Umlandwanderung oder auch die Handlungsbereitschaft vieler Unternehmen, insbesondere Siemens, welche sich schon frühzeitig für ihre Mitarbeiter und deren Familien einsetzten (z.B. durch Wohnungsbau oder betriebseigene Kindergärten) und dadurch auch für eine ständige Präsenz des Themas bei der Stadt sorgten. Ausgangspunkt vieler sozialer Maßnahmen für Familien waren in dieser Zeit private oder kirchliche Initiativen, welche einen Bedarf erkannten und eine Unterstützung durch die Stadt einforderten.

Mitte der 1990er Jahre kam es allerdings aufgrund einer angespannten finanziellen Lage zu einer Stagnation des Themas und einige soziale Einrichtungen und Angebote - auch von Seiten der Unternehmen - wurden reduziert.

Trotzdem kam es auch in dieser Zeit zu einzelnen Neuerungen, insbesondere erhielten Kinder und Jugendliche mehr Gewicht in der Kommunalpolitik, z.B. durch die Gründung eines Jugendparlaments und die Einrichtung einer Kindersprechstunde beim Oberbürgermeister im Jahr 1996.

Die zweite Phase der Familienpolitik wurde durch gesamtgesellschaftliche Diskurse - wie z.B. zum demographischen Wandel oder zur veränderten Rolle der Frau - Ende der 1990er Jahre vorbereitet und begann ab ca. 2001/2002. Auf Grund dieser gesellschaftlichen Anstöße sowie wachsender Nachfrage von berufstätigen Müttern rückte verstärkt die Ganztagesbetreuung von Kindern und damit die Einrichtung von Ganztageschulen und festen Betreuungszeiten in den Mittelpunkt der Diskussionen und Aktivitäten. So bot z.B. die AWO seit 2001 mit Cofinanzierung durch die Stadt eine Kinderferienbetreuung an. Seit 2003 hat Siemens die Finanzierung übernommen und steigt damit als größter Arbeitgeber Erlangens wieder verstärkt in soziale Projekte ein. Dazu zählt auch der Aufbau von betrieblichen Krippen für unter-3-Jährige. Diese unternehmerische Erkenntnis über die Bedeutung eines möglichst frühzeitigen Wiedereinstiegs von Müttern in den Beruf führte zusammen mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs auch bei der Stadt Erlangen zu einer familienpolitischen Weiterentwicklung, so dass das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den letzten Jahren oberste Priorität einnimmt.

Ebenso wie in den 1990er Jahren spielt aber auch das Thema Baulandpolitik weiterhin eine wichtige Rolle, um Familien in der Stadt zu halten. Erklärtes Ziel ist die Dämpfung des Preisanstiegs für Wohnbaugrundstücke. Dies konnte durch die kontinuierliche Baulandausweisung in Büchenbach und ab 1995 auch im Röthelheimpark erreicht werden.

Durch ein hohes Neubau-Angebot an Einfamilienhäusern soll der Druck auf das Preisniveau beibehalten werden. Allerdings handelt es sich beim Röthelheimpark als militärische Konversionsfläche eher um einen „Glücksfall“, welcher nicht strategisch geplant war.

Ab 2001 nahm sich schließlich der Oberbürgermeister persönlich des Themas Familienpolitik an und setzte sich als Ziel, Erlangen zur familienfreundlichsten Großstadt Bayerns zu machen. Dieses persönliche Engagement des Oberbürgermeisters zusammen mit dem Engagement von Siemens und anderen Unternehmen verlieh der Familienpolitik in Erlangen die entscheidende Dynamik und Aufbruchstimmung und ist als Beginn einer konzeptionell abgestimmten und stringent gesteuerten Familienpolitik anzusehen. In 2001 fand bereits die erste größere Auftaktveranstaltung mit dem Titel „Kinder- und familienfreundliches Erlangen“ statt<sup>14</sup>, zu welcher alle Akteure aus den unterschiedlichen Fachbereichen und Institutionen eingeladen waren. Hier wurden auch die Ergebnisse einer zuvor durchgeführten Ämterbefragung vorgestellt, im Rahmen derer alle Fachbereiche Vorschläge zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit in ihrem Aufgabenfeld abgeben sollten. Diese Verantwortlichkeit jedes einzelnen Fachbereichs zieht sich bis heute durch und führte zu zahlreichen Veränderungen sowohl in der internen Personalführung und –organisation als auch bei externen Maßnahmen. Dies geht so weit, dass alle Amtsleiter seit diesem Jahr im Rahmen der Jahresplanung aufzeigen müssen, inwiefern sie Familien fördern. Außerdem finden mittlerweile in unregelmäßigen Abständen Amtsleitertreffen zum Thema familienfreundliches Erlangen statt und es wurde eine ämterübergreifende Koordinierungsgruppe gegründet, durch welche Familienpolitik nochmals in einen übergreifenden Gesamtzusammenhang gestellt wird.

Um das Ziel der familienfreundlichsten Großstadt Bayerns zu erreichen, nimmt die Stadt eine Verschiebung im kommunalen Haushalt zu Gunsten von Familienpolitik vor. Außerdem profitiert sie heute von ihrem Sparkurs der 1990er Jahre sowie der guten Wirtschafts- und Arbeitsplatzentwicklung in Erlangen, welche über zusätzliche Steuereinnahmen mehr Spielraum für die Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen einräumt. Gleichzeitig möchte die Stadt auch als gutes Beispiel vorangehen und führt konsequent in ihrer eigenen Verwaltung familienfreundliche Strukturen ein (z.B. Telearbeit, flexible Arbeitszeiten, Fortbildung für Mütter im Erziehungsurlaub). Für die alternierende Telearbeit, welche Müttern die Fortführung ihrer Berufstätigkeit erleichtert, wurde Erlangen 2005

---

<sup>14</sup> Stadtjugendamt Erlangen: Kinder- und familienfreundliches Erlangen. Dokumentation der Auftaktveranstaltung 1. Dezember 2001. – Erlangen 2002.

im Rahmen des Wettbewerbs „Innovative Verwaltung“ der bayrischen Staatskanzlei ausgezeichnet.

In 2004 trat Erlangen darüber hinaus dem Vergleichsring familienfreundliche Stadt der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) bei, dessen Ziel die gemeinsame Erarbeitung von Indikatoren zur Messung von Familienfreundlichkeit und der anschließende Vergleich der Städte untereinander ist. Dies ermöglicht der Stadt, ihre eigenen Stärken realistisch zu bewerten und weitere Handlungsfelder zu erkennen.

Auf Initiative des Erlanger Kinderschutzbundes wurde 2005 eine ehrenamtliche Kinderbeauftragte für die Stadt ernannt. Im selben Jahr wurde auch das Erlanger Bündnis für Familien gegründet, in dessen Rahmen erstmals ein übergreifendes Konzept zur Familienpolitik niedergeschrieben wurde.<sup>15</sup>

2005 wurde das Bayerische Kinderbildungs- und –betreuungsgesetz (BayKiBiG) eingeführt, welches verbindliche Erziehungs- und Bildungsziele für Horte vorgibt. Daraufhin hat das Stadtjugendamt Erlangen ein Rahmenkonzept für Horte und Lernstuben entwickelt, das spezifische Ziel- und Rahmenvorgaben festlegt.<sup>16</sup>

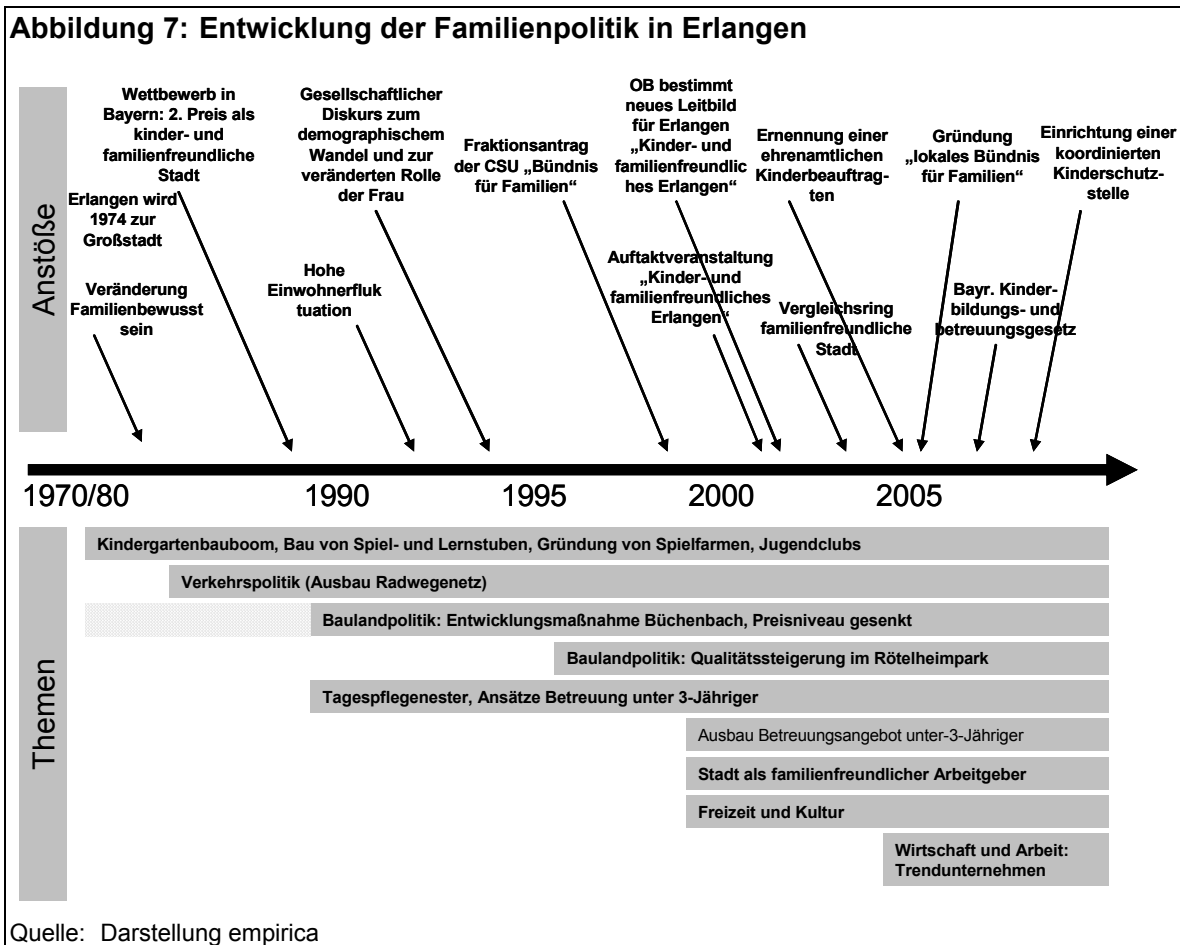
Seit 2007 ist Erlangen Modellstandort im Projekt des Bayerischen Sozialministeriums „Guter Start ins Kinderleben“. Die Einrichtung einer koordinierten Kinderschutzstelle mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten als Frühwarnsystem gegen Kindesmisshandlungen ergänzt das Leitbild von Erlangen als kinder- und familienfreundliche Stadt.

Diese Aktivitäten treffen auf ein überdurchschnittlich hohes ehrenamtliches Engagement seitens der Bürgerschaft und insbesondere Familien, welches wiederum gezielt von der Stadt z.B. durch eine Ehrenamtsbeauftragte gefördert wird. Damit gewinnen auch zivilgesellschaftliche Ansätze in Erlangen an Bedeutung.

Das Bewusstsein über die Bedeutung von Familienpolitik existiert heute über alle politischen Grenzen hinweg. Seit einiger Zeit ist die gewachsene Bedeutung der Familienpolitik auch für die Bürger wahrnehmbar, da die Presse auf Initiative der Stadt mittlerweile regelmäßig über die familienbezogenen Aktivitäten informiert und allgemeine familienrelevanten Themen aufgreift.

---

<sup>15</sup> Erlanger Bündnis für Familien. Dokumentation der Auftaktveranstaltung am 09. Juli 2005. Online unter: [http://www.erlanger-familienbuenndnis.de/files/Doku\\_Buendnis\\_alles\\_farbe.pdf](http://www.erlanger-familienbuenndnis.de/files/Doku_Buendnis_alles_farbe.pdf) (Oktober 2007)



### 3.2.2 Analytische und konzeptionelle Grundlagen

Studien und Befragungen spielten in der Entwicklung der Familienpolitik in Erlangen keine große Rolle. Allerdings führte eine in den 1980er Jahren, in der Zeit der allgemeinen Stadtfucht und Verkehrsproblematik, durchgeführte Untersuchung zu Stadtumlandwanderung zur Umsetzung der Entwicklungsmaßnahme Büchenbach West. Nachdem sich der Oberbürgermeister der Stadt Erlangen bereits persönlich dem Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit angenommen hat, wurden mehrere Befragungen zum Thema durchgeführt.

2001 führte die Stadt Erlangen eine Verwaltungsbefragung mit dem Thema „Kinder- und familienfreundliche Verwaltung“ durch. Das Ziel dieser Befragung war alle Ämter einzu-

<sup>16</sup> Stadtjugendamt Erlangen: Bildung, Erziehung und Betreuung von Schulkindern in den städtischen Horten und Lernstuben. – Erlangen 2006.

beziehen, die sich im weitesten Sinne mit den Belangen von Familien befassen und weitere Verbesserungsmöglichkeiten zu erkennen. Diese wurden auch in den Folgejahren systematisch umgesetzt (z.B. Telearbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten).<sup>17</sup>

Ebenfalls seit 2001 werden in Erlangen jährlich Bürgerbefragungen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten durchgeführt. 2003 bewerteten die Erlanger Bürger verschiedene Kriterien einer kinder- und familienfreundlichen Großstadt. Aus den Ergebnissen wurde der weitere Handlungsbedarf abgeleitet.

Die Beteiligung im Jahr 2004 der Stadt Erlangen am KGSt-Vergleichsring „Familienfreundliche Stadt“, führte zur intensiven Bearbeitung der dort festgelegten 7 Handlungsfelder<sup>18</sup>. Diese vom KGSt-Vergleichsring festgelegten Handlungsfelder für eine familienfreundliche Stadt dienten ferner als Bearbeitungsgrundlage des Arbeitskreises Familie für den 1. Verwaltungsshop 2005.

### **3.2.3 Organisationsstruktur**

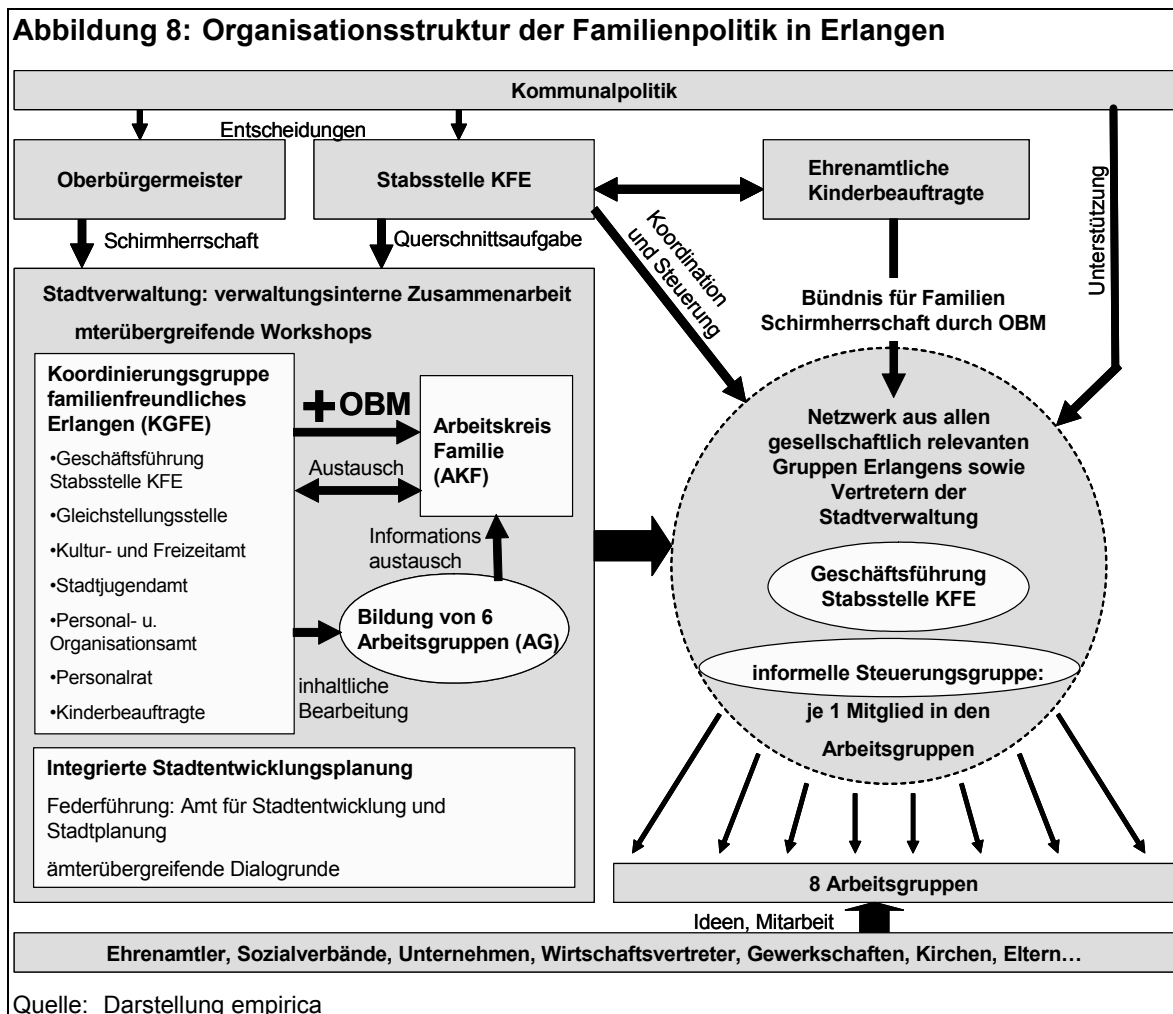
Bereits 1999 stellte die CSU Fraktion einen Antrag für ein lokales „Bündnis für Familien“. Aber erst nach der Wiederwahl des Oberbürgermeisters 2002 wurde die Kinder- und Familienfreundlichkeit in Erlangen als Leitbild in der Verwaltung verbindlich durch einen Projektauftrag festgeschrieben. Im Projektauftrag wurden Ziele (intern und extern) formuliert sowie die Aufgaben und Kompetenzen der Projektbeteiligten festgelegt. Auf Basis dieses formellen Projektauftrages wurde 2002 die Koordinierungsgruppe Familienfreundliches Erlangen (KGFE) sowie der Arbeitskreis Familie (AK Familie) gegründet, um eine bessere Vernetzung innerhalb der Verwaltung sicherzustellen.

Die Leitung der beiden Gruppen übernahm anfangs das Stadtjugendamt. 2005 richtete der Oberbürgermeister eine Stabsstelle „Kinder- und familienfreundliches Erlangen“ (Stabsstelle KFE) ein. Die Leiterin der Stabsstelle KFE übernahm anschließend die Leitung der KGFE sowie des AK Familie. Die Stabsstelle ist dem Bürgermeisteramt zugeordnet und kann somit Querschnittsaufgaben übernehmen und neutral agieren. Die Aufgaben der Stabsstelle liegen in der Vorbereitung, Leitung und Koordination von Sitzungen (insb. der KGFE und des AK Familie), in der Sammlung von weiteren interessanten The-

---

<sup>17</sup> Statistik aktuell, 3/2003. Online unter: <http://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-474/> (Oktober 2007)

men im Bereich der Familienfreundlichkeit, in der Organisation von Kontakten (auch nach außen zu Unternehmen, Sozialverbänden etc.), Fundraising, Vorbereitung von Workshops, Budgetverwaltung sowie in der Geschäftsführung des Erlanger Bündnisses für Familien und der Leitung von einzelnen AGs im Rahmen des Bündnisses.



Die KGFE setzt sich zusammen aus Vertretern des Kultur- und Freizeitamtes, des Stadtjugendamtes, der Gleichstellungsbeauftragten, des Personal- und Organisationsamtes, des Personalrates sowie der ehrenamtlichen Kinderbeauftragten. Die Leitung übernimmt seit 2005 die Stabsstelle KFE. Bisher ist keine Erweiterung der Gruppe auf andere Ämter

<sup>18</sup> 1. Sozialer Zusammenhalt und demokratische Teilhabe, 2. Erziehung, Bildung und Betreuung, 3. Freizeit, Kultur, Sport und Erholung, 4. Umwelt und Gesundheit, 5. Wohnen, Bauen und Verkehr, 6. Wirtschaft und Arbeit, 7. Finanzielle Entlastung von Familien

geplant, da der Zeitaufwand doch sehr groß ist und die Arbeitsfähigkeit der Gruppe nicht beeinträchtigt werden soll. Bei Bedarf werden verschiedene Fachämter je nach Themenschwerpunkt hinzugeholt. Die Koordinierungsgruppe trifft sich ca. 1 pro Monat und erarbeitet gemeinsam Projektideen. Anfänglich war der inhaltliche Fokus der Koordinierungsgruppe mehr auf Maßnahmen nach innen gerichtet (z.B. Weiterentwicklung der Stadtverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber), aktuell geht der Fokus vermehrt nach außen. Der Arbeitskreis Familie besteht aus den Vertretern der Koordinierungsgruppe plus Oberbürgermeister. Die Aufgabe des AK Familie liegt demnach lediglich im Informationsaustausch mit dem Oberbürgermeister. Treffen finden vierteljährlich statt.

Das Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit wird in der Erlanger Stadtverwaltung des Weiteren durch ämterübergreifende Workshops und Amtsleitertreffen zum Thema „familienfreundliches Erlangen“ verankert.

Eine weitere Vernetzung zum Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit innerhalb der Verwaltung wird durch informelle Dialogrunden im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklungsplanung umgesetzt. Die Idee entstand nach dem ämterübergreifenden Workshop im Jahr 2005. Die Dialogrunde, bestehend aus allen relevanten Fachämtern (Stadt-, Sozial-, Jugendhilfe-, Schul- und Kulturplanung), ersetzt die schriftliche Beteiligung der Ämter bei Bebauungsplanverfahren. Die Leitung liegt heute beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung. In den gemeinsamen, projektbezogenen Diskussionsrunden wird die Umsetzung der Kinder- und Familienfreundlichkeit bei jedem B-Plan-Verfahren aufs Neue erörtert.

Das Erlanger Bündnis für Familien wurde 2005 gegründet und ist ein Netzwerk aus allen gesellschaftlich relevanten Gruppen Erlangens sowie Vertretern der Stadtverwaltung. Ursprünglich war ein Kuratorium als oberste Steuerungsfunktion des Bündnisses angedacht, aber es fand sich niemand, der die ehrenamtliche Arbeit als Vorstand annehmen wollte. Daher besteht das Bündnis heute aus informellen Strukturen, so dass es den Vorteil hat, dass sich jeder unkompliziert engagieren kann. Die Geschäftsführung hat die Stadt Erlangen durch die Stabsstelle KFE übernommen. Der Oberbürgermeister übernimmt die Schirmherrschaft (Präsentation nach außen). Eine Steuerungsgruppe aus Vertretern aller wesentlichen gesellschaftlichen Gruppierungen und verschiedenen Bereiche der Stadtverwaltung sowie Wirtschaftsverbände und Unternehmen hält die Fäden des Netzwerks zusammen. Zu den Aufgaben der Steuerungsgruppe gehört die Koordination, Steuerung und Kontrolle des Bündnisses. Sie trifft sich 6 bis 8 Mal pro Jahr. Aktuell haben sich 8 Arbeitsgruppen im Bündnis gebildet. Diese Arbeitsgruppen setzen sich aus je

einem Mitglied der Steuerungsgruppe sowie interessierten Bürgern, Verbänden oder Unternehmen etc. zusammen.

2005 ernannte Erlangen eine ehrenamtliche Kinderbeauftragte, die unabhängig sowohl nach innen als auch nach außen agieren kann. Die Stadt stellt jedoch die notwendige Infrastruktur bereit und gewährt der Kinderbeauftragten das Recht auf Antragstellung und Redebeiträge im Stadtrat. Der Vorteil einer ehrenamtlichen Besetzung ist neben der Kosteneinsparung die Unabhängigkeit und dadurch eine größere Bürgernähe. Ihre Aufgaben liegen in der Mittlerfunktion zwischen Verwaltung und Bürgern, gleichzeitig ist sie eine wichtige Ansprechpartnerin für Kinder und vertritt deren Interessen.

Insgesamt zeichnet sich Erlangen in den letzten Jahren aufgrund der stringenten Umsetzung der familienpolitischen Ziele in eine Vielzahl von formalen und informellen Organisationsstrukturen durch eine systematische Steuerung des Prozesses aus, welche über eine reine Koordinationsfunktion weit hinausgeht.

### **3.2.4 Schwerpunkte der Familienpolitik**

Aktuell spielen in Erlangen im Besonderen drei Themenfelder in der Familienpolitik eine große Rolle: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Ausbau des Freizeitangebotes für Kinder und Jugendliche sowie das Thema Wohnungsmarkt und Baulandpolitik. Die ersten beiden Maßnahmen verfolgen das Ziel, den Lebensalltag der Familien in Erlangen zu verbessern. Wobei die dritte Maßnahme der verstärkten Baulandausweisung zum Ziel hat, dass weniger Familien ins Umland abwandern.

#### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, werden in Erlangen mehrere Projekte vorangetrieben:

- Ausbau der Kinderkrippen und –hortplätze
- alternative Angebote zur Betreuung der unter 3-Jährigen
- ganzjährige Kinderferienbetreuung für alle Grundschul Kinder
- Stadt als familienfreundlicher Arbeitgeber

Erlangen hat schon seit den 70er Jahren eine Vollversorgung mit Kindergartenplätzen. Zusätzlich wurden ebenfalls schon Anfang der 70er Jahre sonderpädagogische Einrichtungen für benachteiligte Kinder, die so genannten „Spiel- (3 bis 6-Jährige) und Lernstuben (6 bis 16-Jährige)“ geschaffen, die als Ergänzung zur Erziehung in überforderten Familien gedacht waren. Bis 2001 wurden diese Einrichtungen von der Stadt Erlangen finanziert. Mittlerweile beteiligt sich das Land mit finanziellen Mitteln. Heute liegt der Schwerpunkt auf der Bereitstellung von unterschiedlich langen Betreuungszeiten sowie einer ausreichenden Anzahl an Ganztagsplätzen. Alle Grundschulen bieten eine Mindestbetreuung von 7:00 bis 15:00 Uhr an. Für die außerschulische Betreuung stehen Hortplätze zur Verfügung, zusammen mit den Spiel- und Lernstuben wird ein Versorgungsgrad von 22% erreicht, der bis 2010 auf 30% ausgebaut werden soll.

Aktuell weist Erlangen einen Versorgungsgrad für unter 3-Jährige von 15,5% auf. Neben den Krippenplätzen (9%) gibt es in Erlangen weitere alternative Betreuungsangebote wie beispielsweise Tagespflegenester, familienpädagogische Einrichtungen oder die Möglichkeit der Betreuung von unter 3-Jährigen in Kindergärten. Insgesamt soll der Versorgungsgrad bis 2010 auf 25% ausgebaut werden. Hinzu kommen noch die betrieblichen Betreuungsplätze von z.B. Siemens oder der Universität, die allerdings nicht nur Erlanger Kindern offen stehen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Stadt Erlangen ist die ganzjährige Ferienbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Derzeit bietet Erlangen eine flächendeckende Betreuung für alle Grundschul Kinder (bis 10 Jahre) in allen Ferien an (37,50 € pro Woche). In den Sommerferien übernimmt die Siemens AG die Ferienbetreuung für vier Wochen. Die restlichen zwei Wochen übernimmt das Kinderveranstaltungsbüro des Kultur- und Freizeitamtes mit einem vielfältigen Unterhaltungsangebot. Hier haben die Kinder die Möglichkeit, sich einzelne Veranstaltungen auszusuchen und zu „buchen“ (max. 5,-€ pro Veranstaltung). Die Ferienbetreuung ist ein subventioniertes Angebot von der Stadt Erlangen und verschiedenen Sponsoren. Die Betreuungszeiten liegen in einer Spanne von 7:30 bis 18:00 Uhr.

Ein weiterer Beitrag zum Ausbau der Betreuungsangebote stellt das Känguru-Projekt (Projektidee des Bündnisses für Familien) dar. Hier wird kurzfristig und kurzzeitig die Übernahme der Betreuung von erkrankten Kindern erwerbstätiger Eltern durch ehrenamtliche Helfer organisiert (5 bis 6,-€ pro Stunde). Das Projekt wird in Kooperation mit der Firma Siemens und der SBK (Krankenkasse von Siemens) realisiert.

Erlangen will neben dem Ausbau an Betreuungsangeboten auch die Stadtverwaltung selbst als familienfreundlichen Arbeitgeber präsentieren und mit verschiedenen Maßnahmen seinen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Bereits seit den 80er Jahren wurden in der Stadtverwaltung Erlangen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen (z.B. Beurlaubungsbeschluss 1981, Frauenförderplan 1989). Seit 2001 werden die bisherigen Projekte systematisiert und optimiert sowie Informationsblätter erstellt, um das Thema stärker in der Verwaltung zu kommunizieren. Zurzeit werden vorwiegend drei Ziele verfolgt:

- dauerhafte Implementierung der Telearbeit
- Fortbildungsmöglichkeiten während der Beurlaubung
- flexible Arbeitszeitmodelle

Seit 1999 wird der Ausbau der Telearbeit vorangetrieben. Bereits 2005 erhält Erlangen im Rahmen des Wettbewerbs „Kinder- und familienfreundliche Verwaltung 2005“ der bayerischen Staatsregierung einen Preis. Mittlerweile erledigen 13 Mitarbeiter ihre Aufgaben anteilig in Telearbeit. Das flexible Arbeitszeitmodell wird vorrangig durch die traditionelle Teilzeitarbeit umgesetzt (Teilzeitquote 32%). Jedoch wird auch die klassische Teilzeitarbeit flexibilisiert durch „individuell-orientierte“ oder „kapazitäts-orientierte“ Arbeitszeiteinteilung. Hinzu kommt das Job-Sharing Angebot (zwei Kollegen teilen sich eine Planstelle) oder saisonbedingte Arbeitszeitverträge. Im Jahr 2007 soll der Schwerpunkt im Ausbau von Betreuungsangeboten für die Kinder von Angestellten liegen, die nicht in Erlangen wohnen.

### **Ausbau des Freizeitangebotes für Kinder und Jugendliche**

Der zweite Schwerpunkt der Erlanger Familienpolitik liegt im Ausbau der Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Bereits heute weist Erlangen ein überdurchschnittliches Angebot auf, das sich in vier Bereiche gliedern lässt:

- Freizeitzentren und Begegnungsstätten
- musikalischer Schwerpunkt in Erlangen
- Spielplätze
- Events und Festivals

Erlangen bietet mit dem Freizeitzentrum Frankenhof sowie verschiedenen Begegnungsorten in den einzelnen Stadtquartieren ein umfangreiches Unterhaltungsangebot für Kinder und Jugendliche. Das Freizeitzentrum Frankenhof wurde bereits 1963 ins Leben gerufen und ist eine multifunktionale Einrichtung für Kinder und Jugendliche. Hinzu kommen fünf Begegnungszentren bzw. Bürgertreffs als Stadtteileinrichtungen, die den Kindern und Jugendlichen ein vielfältiges Programm „vor Ort“ anbieten.

Erlangen bezeichnet sich selbst als „musikalischste Stadt Deutschland“ und belegt diesen Anspruch im Besonderen für Kinder und Jugendliche mit einem überdurchschnittlich großen Angebot rund um das Thema Musik. Die Musikförderung beginnt bereits in den Schulen. An verschiedenen Gymnasien sind sowohl der Gruppenunterricht als auch das Ausleihen von Instrumenten kostenlos. Als weiteres Angebot gibt es eine städtische Musik- und Singschule, mit den niedrigsten Musikschulbeiträgen in ganz Deutschland, sowie weitere vier private Musikschulen. In der Musikerziehungseinrichtung „Tönende Welt“ wird im Besonderen die frühkindliche Musikerziehung ab 2 Jahren gefördert. Erlanger Jugendliche engagieren sich zudem in der Erlanger Rockmusikinitiative (ERMI) im Kulturzentrum E-Werk, um die Rockmusik in Erlangen zu fördern. Die Stadt veranstaltet und finanziert (Kosten von 54.000€) alle 3 Jahre den Bundesjugendwettbewerb „Jugend musiziert“ sowie jährlich die Schlossgarten-Konzerte. Bisher betreibt Erlangen allerdings noch keinen Imageverkauf „Musik“, so dass vielen Erlanger Bürgern die Attraktivität des Angebotes noch nicht bewusst ist.

In Erlangen befinden sich 120 Spielplätze sowie ein extra Spielplatzbüro (angesiedelt im Kultur- und Freizeitamt). Dort sitzt ein Mitarbeiter, der sich ausschließlich um die Spielplatzbetreuung und -planung kümmert, Eltern und Jugendclubs berät sowie Partizipationsmodelle beim Neubau und der Renovierung von Spielplätzen organisiert. Zudem gibt es eine Reihe von Spielplatzpatenschaften. Das Angebot wird durch die pädagogische Sondereinrichtung der „Jugendfarm“ abgerundet. Die Jugendfarm ist ein Abenteuerspielplatz mit Tieren, betreut von pädagogischen Fachleuten. In den einzelnen Stadtteilen gibt es weitere Abenteuerspielplätze (z.B. Blockhausstadt), die von Sozialpädagogen betreut werden.

Erlangen zeichnet sich ferner durch ein umfangreiches Festivalangebot aus. Die Events werden größtenteils durch die Stadt finanziert und organisiert. Zu den Angeboten zählen das Kinderfilmfestival, das Figurentheater (Kosten für die Stadt von rd. 200.000€), der Comic-Salon (200.000€) sowie das Poeten-Fest (100.000€).

## Wohnen

In der Wohnungsmarkt- und Baulandpolitik beim Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit ist in Erlangen eine hohe Kontinuität zu erkennen. Neben einer aktiven Baulandausweisung unter zu Hilfenahme der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme, bietet Erlangen weiterhin verschiedene Vergünstigungsmaßnahmen für Familien an und verfolgt ferner besondere Qualitätsmerkmale in den neuen Wohnbaugebieten.

Bereits in den 80er Jahren wurde mit den Planungen für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Büchenbach-West (rd. 2.700 WE) begonnen.<sup>19</sup> Das Ziel dieser Stadtteilneuplanung lag in der aktiven Dämpfung der Bodenpreise und einer kinder- und familienfreundlichen Gestaltung des Wohngebietes, damit weniger Familien ins Umland abwandern. Beispielsweise wurde ein Kriterienkatalog mit folgenden Planungsvorgaben eingeführt: Spielplätze sollten von der Küche aus einsehbar sein, es sollten Spielstraßen geplant werden, es galt die Vermeidung von Angsträumen und eine gute Erschließbarkeit des Wohngebietes durch Kinder. Ferner wurden Kinder von Anfang an mit in die Planung einbezogen. Das Gebiet zeichnet sich weiterhin durch eine zentrale Achse mit wichtigen Infrastruktureinrichtungen und dem Schwerpunkt auf freistehenden Einfamilienhäusern aus. 2004 startete die Erweiterung Büchenbach-West II (rd. 350 WE), um den weiteren Bedarf an Wohnbauflächen zu decken. Das Preisniveau für erschlossenes Bauland liegt hier mit rd. 276,- Euro/qm zum großen Teil unter dem Niveau der Umlandgemeinden.

1995 wurde der Röthelheimpark als innerstädtische Neubaumaßnahme realisiert.<sup>20</sup> Im Gegensatz zu Büchenbach-West liegt der Schwerpunkt hier auf Geschosswohnungen und Reihenhäusern und nur vereinzelt freistehenden Einfamilienhäusern. Beim Röthelheimpark handelt es sich um eine ehemalige militärische Konversionsfläche, die günstig vom Bund erworben werden konnte. Jedoch war dies nicht strategisch geplant wie bei der Entwicklungsmaßnahme Büchenbach West, sondern eher ein „Glücksfall“. Das Baugebiet wird durch eine hohe städtebauliche und architektonische Qualität gekennzeichnet. Zur Umsetzung dieser Qualität schloss die Stadt mit den Bauträgern einen Vertrag mit Baugenehmigung und festgelegten Gestaltungsvorgaben ab. Während der Realisierung des Röthelheimparks wurde weiterhin eine Kinderfreundlichkeitsprüfung angewandt. Allerdings wurde dieses Prüfverfahren 2002 wieder abgeschafft, da das Amt für Stadt-

---

<sup>19</sup> Stadt Erlangen, Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung: Neuer Lebensraum in gewachsener Struktur. Ein Spaziergang durch den neuen Stadtteil Büchenbach. - Erlangen 2000

<sup>20</sup> Stadt Erlangen, Referat VI – Stadtplanung und Bauwesen; Projektgruppe Rötelpark (PRP): Der Rötelpark. Eine Konversion – ein neuer Stadtteil. – Erlangen 2001

entwicklung und Stadtplanung sich entschieden hat, die stark schematische Arbeitsweise (anhand einer Checkliste) wieder aufzugeben.

Der Röthelheimpark wird ferner durch eine starke Nutzungsmischung aus Büros, Gewerbe, Einzelhandel, Teilen der Universität und einer Vielzahl an sozialen Infrastruktureinrichtungen (z.B. Kindergärten, Kinder-, Jugend- und Kulturhaus, Freizeitanlage, Schulen etc.) bestimmt. Eine zentrale Grünachse und das angrenzende Naturschutzgebiet bieten Aufenthalts-, Spiel- und Erholungsmöglichkeiten. Durch eine quartiersweise Realisierung werden im Schnitt rund 50 WE pro Jahr fertig gestellt. Das Preisniveau der Objekte liegt nur wenig oberhalb des Preisniveaus von randstädtischen Gebieten wie z.B. Büchenbach (s.o.), so dass die Nachfrage hier deutlich höher liegt. Ein einfaches Reihenhaus ist beispielsweise für rund 260.000 € zu erwerben. Die Bodenpreise im Röthelheimpark liegen aktuell zwischen 280,- und 350,-Euro/qm und damit in etwa auf dem Niveau der Umlandgemeinden.

Zusammenfassend liegt die Familienfreundlichkeit dieses neuen Stadtteils in:

- kostengünstigen Haustypen
- einer klaren städtebaulichen Vision mit einem hohen gestalterischen Anspruch
- einer guten sozialen Infrastruktur
- großen Grünflächen und der Nähe zum Naturschutzgebiet
- kompakten, weitestgehend autofreien Wohnquartieren
- Spielbereichen unmittelbar an den Wohnwegen zusätzlich zu Spielplätzen.

In Erlangen existiert seit 1989 ein Punktesystem zur Bevorzugung von Familien bei der Vergabe von städtischen Grundstücken. Alleinerziehende erhalten Extrapunkte, ebenso junge Familien unter 40 Jahre. Ferner werden Punkte für jedes im Haushalt lebende Kind verteilt. Für kinderreiche Familien besteht zusätzlich eine extra Richtlinie für Fördermittel. Außerdem trat 2000 ein Sonderförderprogramm für Familien und Alleinstehende mit Kind(ern) zum Erwerb von Grundstücken in Teilen des Neubaugebietes Büchenbach West in Kraft (vorerst befristet bis 2007). Erbbaurechte vergibt die Stadt Erlangen nur in Ausnahmefällen. Diese Form der Förderung wurde besonders nach dem 2. Weltkrieg eingesetzt, wird heute aber nicht mehr favorisiert.

Neben der Mobilisierung und Bereitstellung von günstigen Wohnbauflächen (z.B. städtebauliche Entwicklungsmaßnahme in Büchenbach West I und II sowie militärische Konversionsfläche Röthelheimpark) sowie der Förderung von jungen Familien beim Grund-

stückserwerb setzt die Stadt Erlangen die Kinder- und Familienfreundlichkeit durch eine integrierte Vorgehensweise in der Stadtentwicklung um. Hierbei treffen sich alle relevanten Fachämter in einer informellen Dialogrunde und diskutieren projektbezogen die Kinder- und Familienfreundlichkeit der einzelnen Bebauungspläne.

Aktuell betreibt Erlangen allerdings keine strategische Baulandpolitik, sondern zehrt noch von den Baugebieten Büchenbach West II und Röthelheimpark.

### **Ehrenamt**

Die Umsetzung zahlreicher Maßnahmen zur Kinder- und Familienfreundlichkeit in Erlangen beruhen auf ehrenamtlichem Engagement. Dieses Ehrenamt ist in Erlangen im Vergleich zu anderen Städten überdurchschnittlich stark ausgeprägt. Die Stadt Erlangen fördert das ehrenamtliche Engagement zum einen durch das Benennen einer ehrenamtlich arbeitenden Ehrenamtsbeauftragten (z.B. Organisation von Runden Tischen) und zum anderen durch die Organisation einer jährlich stattfindenden Festveranstaltung. Als Dankeschön und Anreiz für Ehrenämter verteilt die Stadt Erlangen ferner so genannte „Aktiv-Cards“ an alle ehrenamtlich tätigen Vereine, Gruppen etc.. Mittels dieser Aktiv-Card erhält man vergünstigte Eintrittspreise in städtische Veranstaltungen.

### **Themen des Bündnisses für Familien**

Aktuell haben sich acht Arbeitskreise mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten im Erlanger Bündnis für Familien gebildet:

- **AK Ganzjährige Ferienbetreuung:** Durch diesen Arbeitskreis des Bündnisses für Familien kann eine ganzjährige Ferienbetreuung für alle Grundschüler in Erlangen angeboten werden.
- **AK Familienatlas:** Ziel dieses Arbeitskreises ist die stadtteilbezogene Bündelung aller Angebote und Adressen, die mit Familienbelangen zu tun haben. Diese Informationen sollen zum einen im Internet veröffentlicht werden, und zum anderen in Form einer Stadteilkarte dokumentiert werden.
- **AK Trendunternehmen:** Prämierung von Erlanger Unternehmen mit familienfreundlicher Personalpolitik. Die erste Veranstaltung fand im Jahr 2006 statt und soll alle zwei Jahre wiederholt werden.

- **AK Familienpatenschaften:** Das Angebot der Patenschaften richtet sich an Kinder, Jugendliche und Familien, die sich in Schwierigkeiten befinden. Der Pate begleitet Kinder aus Familien in besonderen Lagen und entlastet dadurch die Familie. Eine hauptamtliche Sozialpädagogin soll die Koordinierung übernehmen und beratend unterstützend sein. Die erforderlichen Finanzmittel konnten über Spender und Sponsoren inzwischen gesammelt werden (rund 20.000 €).
- **AK Familie und Gesundheit:** Im Internet werden Daten nach bestimmten Lebenslagen (z.B. Schwangerschaftsberatung, Vorsorgeuntersuchungen, gesundes Pausenbrot, Selbsthilfegruppen etc.) angeboten. Ferner soll ein Ernährungstraining für sozial benachteiligte Familien organisiert werden. Das ganze Angebot erfolgt in Zusammenarbeit mit Krankenkassen, Sportvereinen, Kinderschutzbund etc..
- **AK aktivierende Beteiligung von Familien im Stadtteil:** Dieser Arbeitskreis möchte Familien zum Einsatz in ihrem Stadtteil motivieren und als Gegenleistung deren Mitbestimmung fördern. Das Projekt steht noch in der Konzeptionierung.
- **AK finanzielle Entlastung von Familien mit Schulkindern:** Der Grundgedanke hierbei ist, dass Kinder im Schulalter sehr teuer sind. Daher sollen Familien stärker finanziell entlastet werden, z.B. durch die Anschaffung von Atlanten in den Schulen. Aktuell werden noch Sponsoren gesucht, allerdings wurde bereits eine kleine Umfrage zum Thema (Ausgaben für Schulkinder) gestartet.
- **AK Familien und Wirtschaft:** Dieser Arbeitskreis fördert die Kooperation zwischen kleinen Unternehmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

### 3.2.5 Fazit

Erlangen ist durch eine langjährige Familienpolitik gekennzeichnet. Während die vielfältigen Maßnahmen (z.B. Kinderbetreuung, Freizeitangebot für Kinder- und Jugendliche, Baulandausweisung) der letzten 30 bis 40 Jahre zwar koordiniert, aber doch eher parallel nebeneinander her liefen, kann man seit 2002 von einer strategischen Steuerung der Familienpolitik sprechen. Hierfür ist insbesondere das persönliche Engagement des Oberbürgermeisters verantwortlich, der sowohl eine Stabsstelle für Kinder- und Familienfreundlichkeit eingerichtet hat als auch eine ehrenamtliche Kinderbeauftragte verpflichtete und andere Organisationsstrukturen einführte. Als formeller Leitfaden für Kinder- und Familienfreundlichkeit dient ein verbindlicher Projektauftrag an alle Ämter der Stadtver-

waltung. Als weitere Erfolgsfaktoren in Erlangen können das überdurchschnittlich hohe ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung sowie der ansässigen Unternehmen (insb. Siemens) genannt werden. Zum einen spielt der hohe Anteil an Akademikern eine Rolle, zum anderen die spezielle Förderung des Ehrenamts durch die Stadt Erlangen.

Die vielfältigen Maßnahmen der Stadt Erlangen verfolgen zwei Ziele: einerseits die Abwanderung junger Familien ins Umland abzuschwächen und andererseits die Lebensbedingungen von Familien in Erlangen zu verbessern.

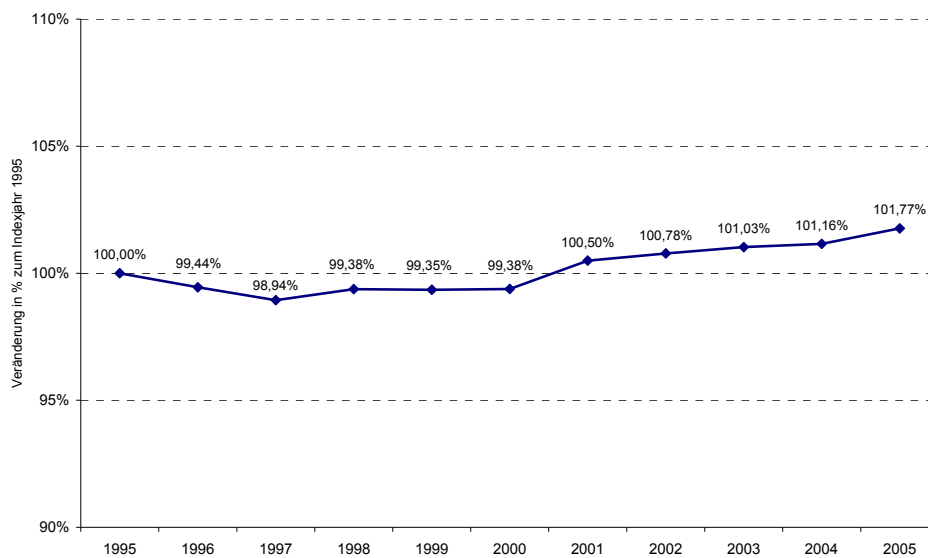
In Erlangen kommen in der Wohnungsmarkt- und Baulandpolitik drei Instrumente zum Einsatz. Erstens die Mobilisierung von kostengünstigem Bauland, zweitens die Baulandvergünstigung für Familien mit Förderprogrammen sowie drittens die Umsetzung bestimmter Qualitätsstandards (z.B. im Röthelheimpark). Dagegen kann die Realisierung der innerstädtischen Konversionsfläche nur als „Glücksfall“ anstatt als aktive Steuerung bezeichnet werden. Auch aktuell gibt es in Erlangen keine aktive Planung zur weiteren Baulandmobilisierung.

**Grundinformationen Erlangen**

Erlangen zählt zu den kleinen Großstädten mit nur knapp 104.000 Einwohnern. Die Universitätsstadt liegt in der Metropolregion Nürnberg und bildet zudem mit den rund 15 km südlich gelegenen Städten Nürnberg und Fürth einen Städteverbund. In Erlangen lebt ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Studenten und Akademikern. Dies führt zu einer hohen Mobilität vieler Einwohner und damit einer Dynamik auf dem Wohnungsmarkt.

Während die Bevölkerungsentwicklung Mitte der 1990er Jahre rückläufig war, wächst die Stadt seit dem Jahr 2000 wieder leicht an. Auch für die Zukunft wird aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung ein weiteres Bevölkerungswachstum erwartet. Dabei prägt vor allem der Elektrokonzern Siemens mit zahlreichen Niederlassungen den Arbeitsmarkt und damit auch die Bevölkerungsentwicklung. Ein weiterer Anziehungspunkt für Zuziehende ist die Universität mit rund 19.000 Studierenden und zahlreichen Arbeitsplätzen. Erlangen verzeichnet seit dem Jahr 2000 leichte Wanderungsgewinne. Hierfür ist im Besonderen die Altersgruppe der 18 bis unter 30-Jährigen verantwortlich, die die einzige Bevölkerungsgruppe mit einem deutlich positiven Wanderungssaldo darstellen. Gegenüber dem Umland verliert Erlangen allerdings an Einwohnern.

**Abbildung 9: Bevölkerungsentwicklung 1995 bis 2005 (1995 = 100)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2007

### 3.3 Fulda

#### 3.3.1 Entwicklung der Familienpolitik

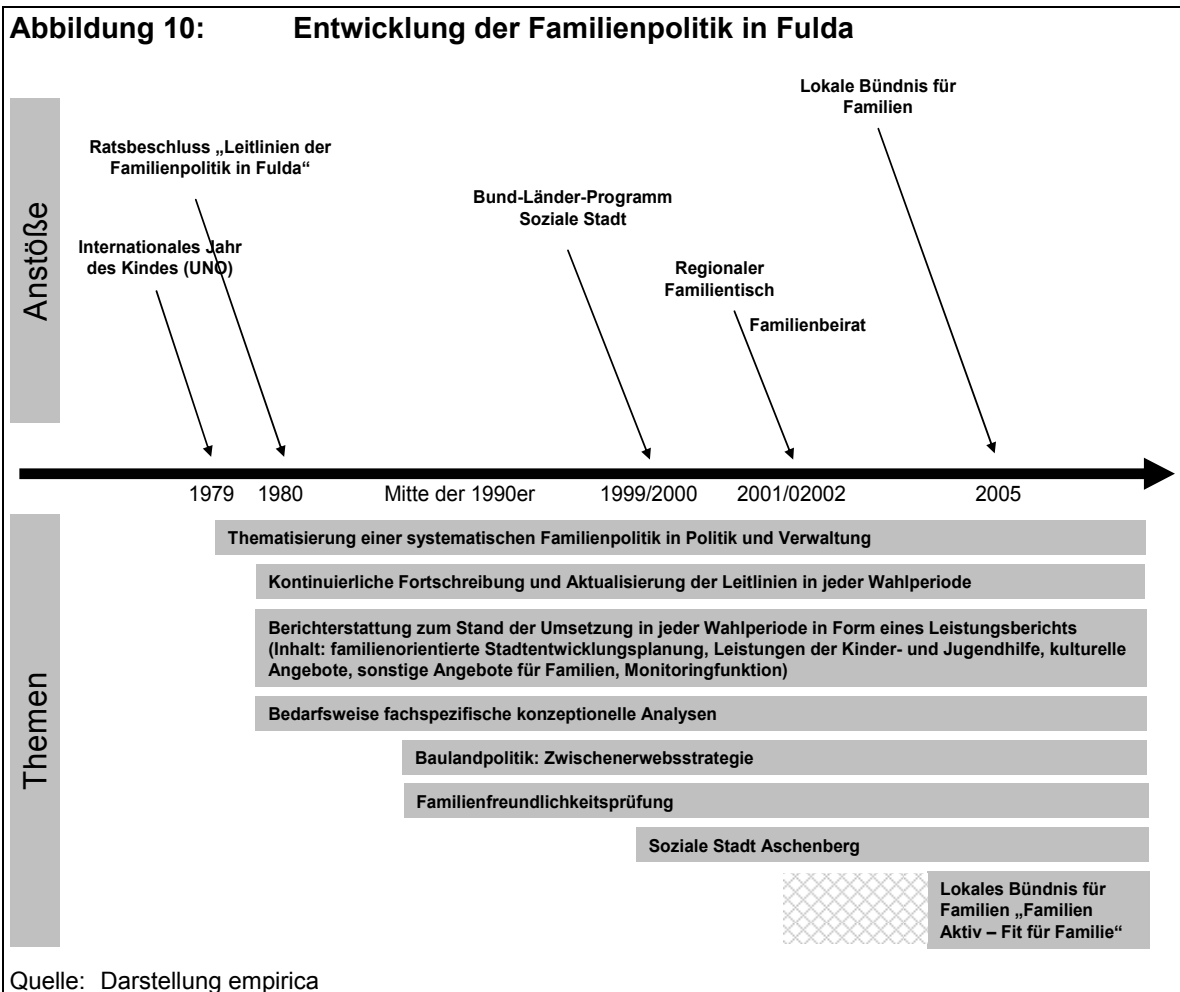
In Fulda dominiert ein wert-konservatives und katholisch geprägtes Milieu. Politisch verfügt die CDU seit der Nachkriegszeit praktisch ausnahmslos über die absolute Mehrheit im Stadtrat. Die damit verbundene Werteorientierung führte dazu, dass der Stadtrat das Thema Familienpolitik/-förderung seit Jahrzehnten als einen seiner wichtigsten Schwerpunkte betrachtet.

Im Jahr 1979 stellte die CDU-Stadtverordneten-Fraktion zum Anlass des internationalen Jahres des Kindes (UNO) den Antrag, in Fulda so genannte Leitlinien der Familienpolitik zu entwerfen. Hintergrund war die Frage, wie die Unterstützung und Förderung von Familien bisher gestaltet war, wo Schwerpunkte lagen und wo evtl. neue Akzente gesetzt werden sollten. Ein Grundsatzpapier der CDU und ihres Arbeitskreises „Jugend und Sport“ mündete in einer Vorlage des Magistrats, die die Stadtverordnetenversammlung 1980 einstimmig verabschiedete. Diese Leitlinien der Familienpolitik wurden inzwischen fortgeschrieben und aktualisiert, im Grundsatz aber immer beibehalten.

Die Stadt entwickelt ihre Ansätze kontinuierlich fort und kann mittlerweile auf eine lange familienpolitische Tradition zurückblicken. Inhaltlich stehen neben Wohnangeboten für Familien sämtliche weitere familienrelevante Bereiche im Mittelpunkt der Betrachtung, darunter Schulen („Stadt der Schulen“), aber auch z.B. Infrastruktur, Kinderbetreuung, Sicherheit, Frei-/Grünflächen.<sup>21</sup>

---

<sup>21</sup> Anders als in den anderen untersuchten Städten verfügt Fulda über eine lange familienpolitische Tradition. Das internationale Jahr des Kindes hatte eine deutlich zündende Funktion, jedoch bettet sich auch dieses somit erzeugte Engagement in die Gesamtorientierung der Stadt ein, die bis heute kontinuierlich anhält. Weil es somit kaum weitere einschneidende zeitlich zu manifestierende familienpolitische Ereignisse in Fulda gibt, wird auf die Darstellung einer Zeitachse in diesem Fall verzichtet.



### 3.3.2 Analytische und konzeptionelle Grundlagen

Grundlage der Leitlinien der Familienpolitik ist der Konsens in der Stadt, dass die Familie „...das wichtigste soziale Netz in unserer Gesellschaft [bildet]. Familienpolitik, dient dem Schutz der Familie und beschäftigt sich deshalb mit der Entwicklung einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft. (...)“<sup>22</sup>. Dieser Hintergrund bildet Motivation und gleichzeitig Zielsetzung der Familienpolitik.

Seit ihrer Entstehung im Jahr 1980 werden die Leitlinien fortgeschrieben und die Stadtverordnetenversammlung in jeder Wahlperiode einmal über deren Umsetzung in Form

<sup>22</sup> Magistrat der Stadt Fulda/ Amt für Jugend und Familie: Fulda informiert. Familien im Mittelpunkt. 1999.

eines Leistungsberichts unterrichtet. Dieser rund 60-seitige Bericht wird vom Amt für Jugend und Familie verfasst und beinhaltet, angelehnt an die Leitlinien, folgende Aspekte<sup>23</sup>:

#### **Familienorientierte Stadtentwicklungsplanung**

Familiengerechtes Wohnen  
 Familiengerechtes Wohnumfeld  
 Familienverträglichkeitsprüfungen in der Bauleitplanung  
 Spiel- und Lebensräume für Kinder und Jugendliche  
 Verkehrsplanung  
 Sanierung und Stadterneuerung (Berichtszeitraum 2000 bis 2004)

#### **Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe**

Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz  
 Zentrale Angebote der Jugendarbeit  
 Dezentrale Angebote der Jugendarbeit  
 Angebote der Jugendarbeit für spezielle Zielgruppen  
 Jugendverbandsarbeit  
 Neue Formen der Sozialarbeit  
 Förderung der Erziehung in der Familie  
 Partnerschafts-, Trennungs- und Scheidungsberatung  
 Unterhaltsvorschuss- oder -ausfallleistung  
 Förderung der Familienbildung  
 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege  
 Tageseinrichtungen für Kinder  
 Betreuungsangebote an Grundschulen  
 Tagespflege  
 Hilfe zur Erziehung und andere Aufgaben  
 Erziehungsberatung  
 Erziehungsbeistandschaft, Betreuungshelfer  
 Sozialpädagogische Familienhilfe  
 Erziehung in einer Tagesgruppe  
 Vollzeitpflege  
 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform  
 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche  
 Weitere Aufgaben und Leistungen  
 Organisation der Kinder- und Jugendhilfe in der Stadt  
 Zusammenarbeit mit anderen Stellen und Einrichtungen  
 Bürgerbeteiligung und öffentliche Aktionen  
 Organisationsentwicklung des Amtes für Jugend und Familie

#### **Kulturelle Angebote**

Schlosstheater  
 Freie Kulturarbeit  
 Musikschule  
 Volkshochschule  
 Büchereiverbund  
 Angebote der Museen und des Planetariums

#### **Sonstige Leistungen für Familien**

Familiengerechte Beschäftigungsbedingungen bei der Stadt  
 Hilfen für Familien mit Senioren  
 Seniorenbüro der Stadt  
 Seniorenwegweiser  
 Altengerechte Wohnungen  
 Haus-Notruf-System  
 Hilfen für Behinderte  
 Frühförderstellen und Plätze in Kindertageseinrichtungen  
 Integrationsklassen in der Grundschule  
 Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger  
 Suchtkrankenhilfe  
 Schuldnerberatung  
 Schwimmbäder  
 Ehrenpatenschaften  
 Frauenförderung  
 Hilfen für Schülerinnen und Schüler

Sie umfassen sämtliche im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen und Angebote (Abfrage aus verschiedenen Fachressorts) und erfüllen bewusst auch die Funktion eines Monitorings.

Für den Bereich Wohnungsmarkt erstellt Fulda derzeit auf Basis der Bevölkerungsprognose eine Vorausschätzung des zukünftigen Bedarfs an neuen Wohneinheiten differenziert nach Marktsegmenten (Einfamilienhäuser, Geschosswohnungsbau). In den Randlagen verfügt die Stadt über ausreichende Flächenpotenziale zur Schaffung von neuem Bauland.

<sup>23</sup> Leistungsbericht zu den Leitlinien der Familienpolitik, Stadt Fulda 2005.

Hinzu kommen weitere konzeptionelle Analysen, die bedarfsgemäß erstellt werden. So erarbeitet die Verwaltung derzeit einen so genannten „Spielplatzkompass“, der die Erfassung und Bewertung aller Aufenthaltsflächen für Kinder beinhaltet und anschließend eine Prioritätenliste und Empfehlungen vorsieht. Der Spielplatzkompass ist eine Variante der Spielplatzplanung, die stadtteil- bzw. sozialraumorientiert auf die Beteiligung insbesondere von Kindern, aber auch Jugendlichen und Familien abzielt. Zuvor wird eine sozialraumorientierte Bedarfsanalyse durchgeführt (z.B. Wie viel Fläche sollte für Kinder vorhanden sein?). Als Beteiligungsverfahren dienen z.B. Exkursionen durch das Stadtquartier (z.B. Kinderdetektive, die Gefahrenquellen aufspüren), Fotochecks, Versammlungen etc. Mittels der Beteiligungsverfahren wird sichtbar, welche Schwierigkeiten und Probleme im Stadtquartier vorliegen (z.B. unsichere Verkehrssituationen, schmutzige Spielplätze etc.). Neben konkreten Handlungsempfehlungen - sowohl aus Kinder- als auch aus Experten-sicht – entstehen teilweise auch Produkte, die unmittelbar für Kinder und Familien nützlich sind (z.B. Kinderstadtplan). Der Spielplatzkompass soll sukzessive in allen Stadtteilen umgesetzt werden. Der Zeitaufwand pro Stadtteil liegt zwischen 6 und 9 Monaten (keine konzentrierte Vorgehensweise). Damit spielen partizipative Ansätze in Fulda eine wichtige Rolle.

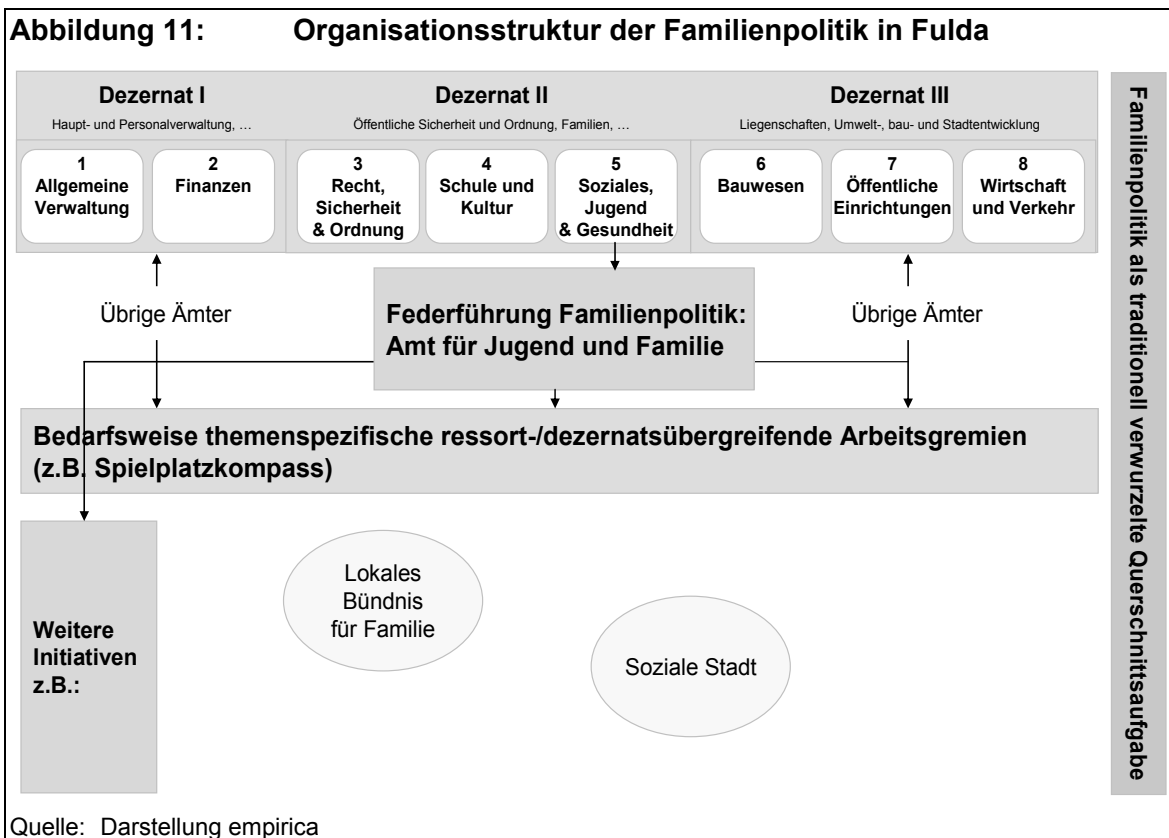
### 3.3.3 Organisationsstruktur

Innerhalb der Verwaltung ist das Amt für Jugend und Familie federführend für alle familienpolitischen Initiativen. In der Stadtverordnetenversammlung existiert ein eigener Ausschuss für Soziales, Familie und Jugend. Darüber hinaus handelt es sich bei der Familienpolitik um eine Querschnitts- und Grundaufgabe aller Fachbereiche. Dies gilt entsprechend auch für die Umsetzung der familienpolitischen Leitlinien.

Bei Bedarf werden themenspezifisch ressortübergreifende Gremien eingerichtet. So übernimmt derzeit z.B. eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe die Planung, Koordination und Umsetzung des Spielplatzkompasses. Die Federführung ist beim Amt für Jugend und Familie angesiedelt, darüber hinaus sind Stadtplanungs-, Grünflächen- und Schulamt beteiligt. Die Arbeitsgemeinschaft wurde als Lösung für Kompetenzfragen gefunden.

Im Alltagsgeschäft erlaubt die überschaubare Größe der Verwaltung bei Bedarf kurze Wege zwischen den einzelnen Ressorts sowie zu Trägern vor Ort. Traditionell haben die lokal ansässigen Organisationen (z.B. freie und öffentliche Träger, Wohlfahrtsverbände, Vereine) eine große Bedeutung und sind vielfach sehr gut miteinander vernetzt.

Neben den zivilgesellschaftlichen Organisationen besteht auch ein enger Kontakt zu Familien selbst. So wurde z.B. 2001/2002 als einjähriges Projekt mit breiter gesellschaftlicher sowie verbandsbezogener Mitwirkung ein regionaler Familientisch durchgeführt. Ziel war die kritische Reflexion der Familienpolitik und die Möglichkeit neue Impulse zu setzen. Darüber hinaus wurde 2001 ein Familienbeirat aus 15 Familien gegründet, der den Magistrat bei familienpolitischen Themen beraten hat. Er ging später in das Lokale Bündnis für Familien in der Stadt Fulda über.<sup>24</sup>



### 3.3.4 Besondere Ansätze der Familienpolitik

#### Kommunaler Zwischenerwerb

Die Stadt Fulda verfolgt seit rund zehn Jahren eine Zwischenerwerbsstrategie zur aktiven Bodenpreispolitik. Hierzu erwirbt sie Grundstücke (z.B. von Landwirten) zu einem festge-

<sup>24</sup> Lokale Bündnisse für Familien: Fulda – Fulda fit für Familien – Berlin 2005. Online unter: [http://www.familienbuendnisse.de/testarea/pdf\\_buendnisse/fulda.pdf](http://www.familienbuendnisse.de/testarea/pdf_buendnisse/fulda.pdf) (8. November 2007)

setzten Preis und gibt dafür die Sicherheit, Baurecht für das Grundstück zu gewähren. Weigert sich der Eigentümer zu dem angesetzten Preis zu verkaufen und spekuliert auf höhere Preise, verweigert die Stadt im Gegenzug dauerhaft das Baurecht. Entsprechende Fälle hat es in der Praxis bereits gegeben. Kommt es zu einem Verkauf, überlässt die Stadt dem ursprünglichen Eigentümer je nach Verhandlung einen unterschiedlich umfangreichen Anteil an Bauplätzen zu seiner freien Vermarktung. Die übrigen Bauplätze werden über die Stadt zu einem niedrigeren Preis vermarktet, wobei Familien bevorzugt behandelt werden. Die Stadtpolitik steht hinter dieser Strategie. Da die Stadt mit dem Wiederverkauf der Grundstücke immer noch Gewinn erzielt (nur nicht den maximal marktmöglichen), kommt es haushaltsrechtlich zu keinen Problemen.

### **Neubaugebiet Fulda-Galerie: Planungsseminar, flexible Bodenpolitik, Bauherrengruppen**

Das größte aktuelle Neubaugebiet in der Stadt ist die Fulda-Galerie. Es entsteht auf einer stadteigenen Konversionsfläche, einem ehemaligen US-Flughafengelände, in rund 3 km Entfernung zur Innenstadt. Acht der insgesamt 90 ha werden als Gewerbe entwickelt, die übrigen Flächen stehen für Wohnungsbau zur Verfügung. Die ursprüngliche Planung eines reinen Gewerbegebietes wurde zugunsten von Wohnen fallengelassen. Die Fulda-Galerie bietet somit der Stadt die Möglichkeit, den Bedarf nach Eigenheimen zu decken. Rund 50% der Fläche ist bereits entwickelt, eine Schule, eine Kindertagesstätte und kleinere Geschäfte sind eröffnet, ein Nahversorgungszentrum und weitere Wohnfolgeeinrichtungen sollen folgen. Eine Entwicklungsgesellschaft übernimmt die Entwicklung und Vermarktung der Flächen. Es entsteht überwiegend individuelle Bebauung. Hervorzuheben ist eine sehr flexible Bodenpolitik in der Fulda-Galerie. Das Baugebiet wurde im Voraus nur grob parzelliert, so dass Käufer - je nach Einkommen und Wünschen - frei zwischen Grundstücksgrößen wählen können. Neben Einzelbauherren kommen somit auch Architekten zum Zuge, die z.B. gleich fünf Parzellen gleichzeitig erwerben (Bauherrengruppen).

Die Grundstückspreise liegen zwischen 39,- und 110,- €/m<sup>2</sup> für das Grundstück zuzüglich Erschließungskosten (41,- bis 50,- €/m<sup>2</sup>). Familien und Alleinerziehende mit mindestens drei Kindern erhalten einen Rabatt in Höhe von 20%, mit zwei Kindern 10% und mit einem Kind 5% Nachlass auf den Kaufpreis. Werden innerhalb von 2 Jahren nach Abschluss des Grundstückskaufvertrages Kinder geboren, so wird der Preisnachlass auch nachträglich gewährt.

Die Fulda-Galerie ist auf eine für die Verwaltung neue Art geplant worden. Zu Beginn hat eine Gruppe aus ca. 25 bis 30 Mitarbeitern der Stadtverwaltung (verschiedene Ressorts,

von Frauenbeauftragter über Jugendamt bis Stadtbaubeirat etc.) ein Planungsseminar an einem Wochenende abgehalten und dort die Vorstellungen für den neuen Stadtteil erörtert (inklusive externer Moderation).

### **Masterplan „Südliche Innenstadt“: von Gewerbe- zu Wohnbauflächen**

Ein weiterer Schwerpunkt der Stadtentwicklung liegt in der Innenentwicklung, in Form einer Reurbanisierung der Innenstadt. Dort fehlt es an ausreichenden Flächen, um die Nachfrage nach Wohnraum zu bedienen. Dies gilt nicht nur für Familien, sondern auch z.B. für ältere Leute, die nach dem Auszug der Kinder aus dem Umland zurückkehren. Die vorhandenen Baulücken befinden sich häufig in privatem Eigentum, so dass die Stadt keinen Einfluss auf die Verwendung nehmen kann. Es wurde daher ein Masterplan „Südliche Innenstadt“ entwickelt, mit Hilfe dessen freiwerdende Gewerbeflächen in der Innenstadt in Wohnraum umgewandelt werden sollen. Der Masterplan wird über Stadtumbau-mittel gefördert. Eine Besonderheit liegt dabei darin, dass die Fördergelder in diesem Fall auch für den Grundstückskauf eingesetzt werden können (Aspekt der Neustrukturierung von Innenstädten).

### **Familienfreundlichkeitsprüfung**

Alle Vorhaben in der Bauleitplanung werden einer Familienverträglichkeitsprüfung unterzogen. Das Amt für Jugend und Familie bewertet die Bauleitplanentwürfe dahingehend, ob die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien in ausreichendem Maße berücksichtigt sind oder besondere Aspekte im Hinblick auf Familien noch stärker einfließen müssen. Die Prüfbereiche umfassen die Gestaltung der Wohnbereiche, Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Familien sowie die Verkehrsplanung hinsichtlich Sicherheit und Erreichbarkeit. Jährlich werden durchschnittlich etwa zehn Prüfungen durchgeführt.

### **Weitere Ansätze**

Darüber hinaus gibt es in Fulda ein breites Fundament weiterer Ansätze, die einen positiven Beitrag zur Familienfreundlichkeit der Stadt leisten. Hierzu zählen z.B. folgende Punkte:

- Familien erhalten beim Eigentumserwerb im Rahmen eines kommunalen Programms ein zinsgünstiges Darlehen

- Deutliche Erhöhung der Ausgaben für Kindertagesstätten, für Zuschüsse zu den Betriebskosten freier Träger und für Zuschüsse zu den Elternbeiträgen
- Feste Betreuungszeiten in Grundschulen bis mindestens 13.30 Uhr
- „Unterrichtsgarantie plus“ (Programm der Hessischen Landesregierung): Verlässliche Schule für die angegebenen Schulzeiten zwischen der ersten und der sechsten Schulstunde für die Jahrgangsstufen 1 bis 10 (Verordnung zur Sicherstellung der Verlässlichen Schule nach §15a des Hessischen Schulgesetzes); zusätzliches Nachmittagsangebot in Kooperation mit Vereinen
- Eine offene Ganztagsgrundschule (7.30 Uhr bis 16.00 Uhr)
- Netzwerk für Erziehungshilfe seit 2004 – Kooperation von Schule und Jugendhilfe
- Beteiligung von Kindern und Familien an Planungen für Spielplätze

### 3.3.5 Fazit

In Fulda bildet Familienpolitik traditionell einen zentralen Schwerpunkt in Politik und Verwaltung. Die Stadt zeigt ein traditionell tief im Bewusstsein verankertes Engagement für die Belange von Kindern und Familien. Ausschlaggebend für dieses Engagement sind gesellschaftliche Werte (Familie als Grundlage der Gesellschaft). Die seit rund zehn Jahren praktizierte Zwischenerwerbsstrategie ist ein Beispiel für entsprechende Maßnahmen der Stadt. Die vergleichsweise hohe Geburtenrate von 1,85 Kindern pro Frau im gebärfähigen Alter in Fulda ist u.U. Spiegel dieser insgesamt hohen Familienorientierung (auch im Sinne einer Gesamtstimmung) in der Stadt.

Fulda hat mit dem federführenden Amt (sowie auf der politischen Seite dem Ausschuss) eine Organisationsstruktur aufgebaut, die bei Bedarf die Koordination und Steuerung entsprechender Maßnahmen übernimmt (z.B. Erstellung der Leistungsberichte). Nach eigener Einschätzung bedarf es aufgrund der überschaubaren Größe der Stadt keiner weitergehenden Steuerungsfunktion, da sich die Mitarbeiter untereinander kennen und Anliegen im direkten Kontakt und damit auf informeller Ebene bearbeiten können. Der Leistungsbericht ist ein langjähriges Instrument zum Monitoring, das Politik und Verwaltung über den Stand der familienpolitischen Aktivitäten informiert. Es handelt sich in erster Linie um ein deskriptives Berichtswesen. So gibt es z.B. nur selten analytische Absätze, die die Angebote und Maßnahmen in Relation zu einem, möglicherweise sogar quantita-

tiv untermauerten, Bedarf setzen. Auch Handlungsanweisungen u.Ä. sind entsprechend nicht enthalten. Trotzdem stellt der Familienbericht ein wichtiges familienpolitisches Instrument dar.

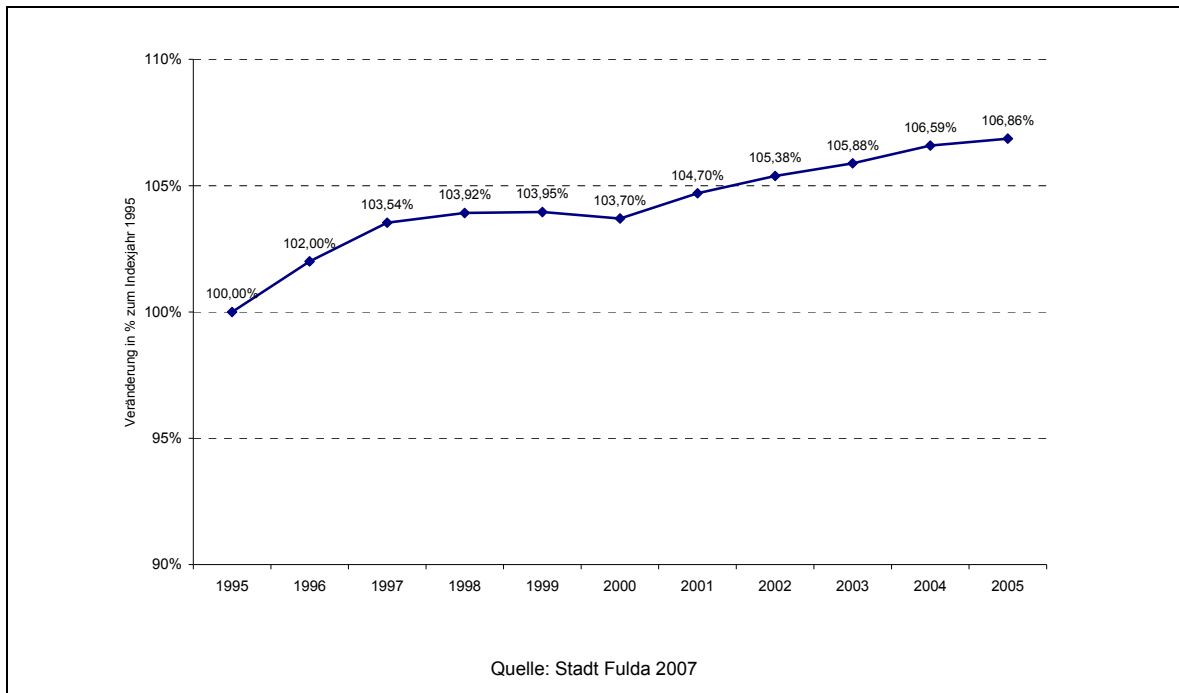
Trotz der langen familienpolitischen Tradition konstatiert auch Fulda evtl. Angebotslücken in bestimmten Bereichen. So sind z.B. Betreuungsangebote in Randzeiten nur begrenzt vorhanden. Allerdings ist bislang nicht geklärt, ob ein entsprechender Bedarf nach Betreuung z.B. nach 17 Uhr oder an Samstagen tatsächlich vorhanden ist. Die Stadt hat bisher von einer entsprechenden Bedarfserhebung abgesehen, um auf Bürgerseite keine Erwartungen zu wecken. Somit herrscht keine genaue Gewissheit über einen möglichen Zielwert in diesem Betreuungsbereich.

Insgesamt lassen sich in Fulda in seiner langen familienpolitischen Tradition kaum spezifische Phasen von unterschiedlicher Relevanz herausstellen. Vielmehr handelt es sich um eine Gesamtentwicklung, die 1980 eine Initialzündung erhielt. So ist es auch aktuell Konsens, die bestehenden Leitlinien weiter umzusetzen und bedarfsweise inhaltliche Schwerpunkte zu setzen (z.B. bauliche Verbesserungen von Schulen).

#### **Grundinformationen Fulda**

Fulda liegt ca. 85 km südlich von Kassel und ca. 90 km nord-östlich von Frankfurt/Main in der Nähe der Grenze zu Thüringen und Bayern. Zurzeit wohnen in der Stadt 64.000 Einwohner. Fulda zählt zu den wachsenden Städten mit einer positiven Wanderungsbilanz. Seit 1995 ist die Bevölkerungszahl um knapp 7 % gestiegen (vgl. Abbildung 12 **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Insbesondere aus dem Rhein-Main-Gebiet ziehen viele Menschen in die Stadt und pendeln täglich z.B. nach Frankfurt. Ein entscheidender Grund sind die im Vergleich zum Rhein-Main-Gebiet (300 Euro/m<sup>2</sup> aufwärts) vergleichsweise niedrigen Grundstückspreise von deutlich unter 200 Euro/m<sup>2</sup>. Eine im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung der Gesamtstadt entscheidende Rahmenbedingung ist die hohe Wirtschaftskraft von Fulda. Die Arbeitslosenquote ist hessenweit am niedrigsten (Fulda: 6,5 %, Hessen: 8,5 % (Stand: Januar 2007)) und das Wirtschaftswachstum hoch (stabile mittelstandstragene Wirtschaftsstruktur).

**Abbildung 12: Bevölkerungsentwicklung 1995 bis 2005 (1995 = 100)**



### **3.4 Frankfurt am Main**

#### **3.4.1 Entwicklung der Familienpolitik**

Seit den 1990er Jahren wurde der traditionelle Blick der Stadt Frankfurt auf ihre Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, Ältere, sozial Schwache etc.) und daran geknüpfte Themen wie einkommensabhängige Unterstützung, Gefährdungssituationen, spezifische Hilfsmaßnahmen, pädagogische Unterstützung um eine familienpolitische Perspektive erweitert. Ein Meilenstein auf diesem Weg ist die Gründung des bei der Stadt Frankfurt angelagerten Kinderbüros im Jahr 1991 (Magistratsbeschluss). Zum einen wurde die damalige Diskussion zu Kinderbeauftragten/Kinderbüros in deutschen Städten aufgegriffen, zum anderen folgte die Einrichtung des Büros Forderungen aus der Frankfurter Bevölkerung nach stärker kinderorientierten Themen.

Heute versteht sich das Frankfurter Kinderbüro als „Ansprechpartner für alles, was mit Kindern und Familien in der Stadt Frankfurt zu tun hat“. Zu den Aufgaben zählt insbesondere der direkte Kontakt zu Familien, um herauszufinden, wo Probleme liegen (allgemein aber auch Thema Wohnen) und die Zusammenarbeit mit Einrichtungen vor Ort, um Lösungen zu finden. Von großer Bedeutung für die positive Wahrnehmung und die öffentliche Akzeptanz des Kinderbüros in Frankfurt war ein im Jahr 1994 gestartetes Selbsthilfeprojekt im sozial belasteten Stadtteil Griesheim, das zwei Jahre andauerte und erfolgreich abgeschlossen wurde.

Der anfängliche Fokus des Kinderbüros ausschließlich auf die Zielgruppe der Kinder wurde angesichts der stark vor Ort integrierten Arbeit frühzeitig auf Familien ausgeweitet. Dieser Prozess wurde flankiert einerseits von einer stärkeren Familienpolitik auf der Bundesebene und einem zunehmenden gesellschaftlichen Diskurs des Themas Familie, andererseits durch einen fachlichen Diskurs der Frankfurter Stadtverwaltung mit freien Trägern und Familienbildungsstätten. Ausgangspunkte dieses Dialogs waren darüber hinaus eine starke Abwanderung von Familien in das Frankfurter Umland, vermehrte Probleme in Schulen und Kindertagesstätten sowie eine wachsende Bedeutung des Integrations-themas – Themen, die auch durch Untersuchungen des Frankfurter Wohnungsamtes und des Sozialdezernates fundiert wurden. Im Ergebnis rückte der Begriff Familie in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre stärker in den Mittelpunkt der städtischen Politik.

Der in den neunziger Jahren beobachteten starken Abwanderung von Familien in das Frankfurter Umland wurde ab etwa 2000 durch die verstärkte Ausweisung von Neubaugebieten für Familien begegnet (u.a. Riedberg, Friedberger Warte). In diesem Kontext wurde auch auf eine besonders schnelle Realisierung der Infrastruktur (z.B. Kitas) in den neu entstehenden Baugebieten Wert gelegt.

Ab diesem Zeitpunkt rückte auch das Thema Kinderbetreuung in den Vordergrund, was zur Folge hatte, dass ab 2002 jährlich rund 200-250 zusätzliche Krippenplätze eingerichtet wurden.

Der nächste wichtige Schritt der Frankfurter Familienpolitik war die Gründung des Frankfurter Bündnisses für Familien im Jahr 2005. Die Initiative hierzu kam aus dem politischen Raum. Frankfurt zählte – wie andere Großstädte in Deutschland auch – zu den „Spätzündern“ in der Initiierung eines solchen Bündnisses. Der Magistrat der Stadt Frankfurt beauftragte das Sozialdezernat damit, ein Bündnis für Familien einzurichten. Mit der konkreten Umsetzung, d.h. der Organisation und Koordination, wurde das Kinderbüro beauftragt. Nach einer ersten Informationsveranstaltung, an dem die maßgeblichen Akteure familienpolitischer Aktivitäten in Frankfurt teilnahmen, wurden Arbeitsgruppen gebildet und familienrelevante Themen diskutiert. Das Frankfurter Bündnis verfolgt zwei Grundlinien: zum einen soll das Bündnis mit Personen und/oder Einrichtungen identifiziert werden können (v.a. Oberbürgermeisterin, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften, IHK), zum anderen sollen die problemorientierten Aktivitäten auf umsetzungsfähige Projekte fokussiert sein.

Seit dem in 2006 erfolgten politischen Wechsel verfolgt die Koalition aus CDU und Grünen das Ziel, Frankfurt als eine der führenden familienfreundlichen Städte in Deutschland zu positionieren. Als Maßnahmen wurden beschlossen:

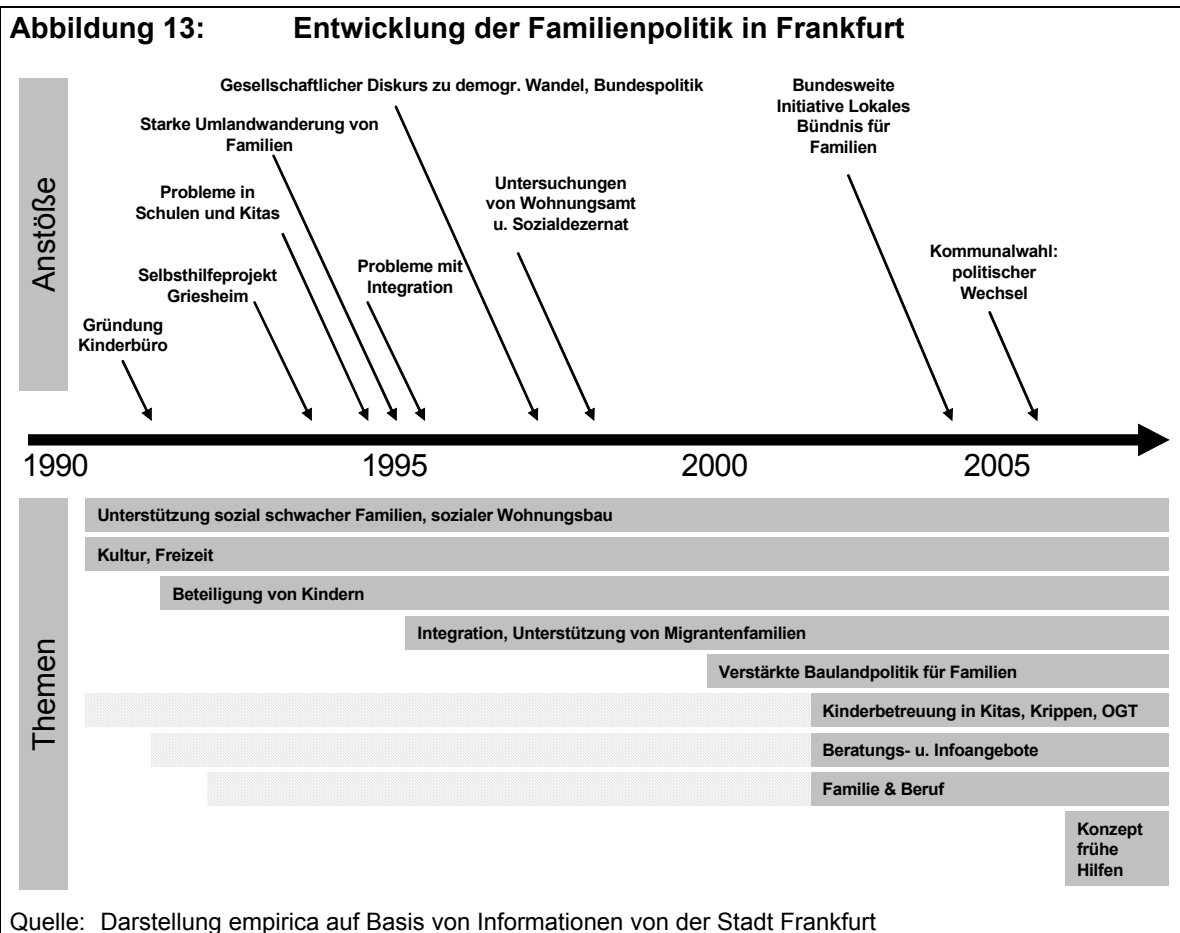
- verstärkter Ausbau des Bildungsangebots und der Kleinkinderbetreuung (Ziel: 30% Versorgungsgrad bei 0-3-Jährigen bis 2011, Ende 2006 bereits 18%, 2008 Schaffung von 500 neuen Plätzen), Ganztagsbetreuung an Schulen;
- Intensivierung Kooperation Schule und Jugendbildung;
- Förderung eines preiswerten, familiengerechten Mietwohnungsbaus für Familien mit Kindern, deren Einkommen bis zu 40% über der Einkommensgrenze im sozialen Wohnungsbau liegt.

Zu den weiteren wichtigen Eckpunkten der Frankfurter Familienpolitik in der jüngsten Zeit zählen:

- Verbesserung des Angebotes zur Kinderbetreuung (z.B. 2006: Beschluss zum „entgeltfreien“ letzten Kindergartenjahr; 2007: Neues Personalbemessungssystem für sozialpädagogische Fachkräfte in den städtischen Kindertageseinrichtungen)
- Unterstützung und Stärkung von Familien als Prävention im Rahmen des Kinderschutzes (z.B. November 2007: Stadtverordnetenbeschluss für das „Konzept frühe Hilfen“, das u.a. 19 neue Stellen für Familienhebammen und im Sozialdienst vorsieht)
- Seit Oktober 2007 Initiative des Sozialdezernates, die Institutionalisierung der Familienpolitik in Frankfurt voranzutreiben. Hierbei geht es in einem ersten Schritt darum, die Aktivitäten aus unterschiedlichen Bereichen der Verwaltung (Bildung, Soziales, Gesundheit, Sport) zu sammeln und transparent darzustellen. Weitere Themen sind die Vernetzung der Akteure, Entwicklung eines gemeinsamen Logos für Familienaktivitäten der Dezernate, abgestimmte Präsentation nach außen.

Zu den aktuellen Schwerpunkten und Herausforderungen der Familienpolitik in Frankfurt zählen

- Integration von Familie und Beruf;
- Familien mit geringen Einkommen;
- Migrantenfamilien;
- Kultur, Freizeitangebote für alle Familien;
- Einfamilienhausbau für Familien mit mittlerem Einkommen; Bauherrengruppen
- Verbesserte Ganztagsbetreuung;
- Familiengerechter/günstiger Wohnraum außerhalb des sozialen Wohnungsbaus (Zielgruppe mittlere Einkommen)



### 3.4.2 Analytische und konzeptionelle Grundlagen

Frankfurt verfügt über ein umfassendes Berichtswesen und Gesamtkonzept „**Leitplan Wohnen**“, welches im Mai 2003 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde<sup>25</sup>. Familien sind hier eine wichtige Zielgruppe. Vier aufeinander aufbauende Module, welche sich z.T. noch in der Entwicklung befinden, bilden zusammen die Grundlage für zukünftige Planungen:

- Modul 1: Wohnungspolitische Leitlinien: Diese Leitlinien stellen die Grundsätze und Ziele für die Wohnungsversorgung dar. Wichtigstes Ziel ist derzeit die qualitative Verbesserung der Wohnungsversorgung in allen Marktsegmenten. Dazu wurde auch die Offensive „Qualität im Wohnungsbau“ 2005 gegründet und Qualitätskriterien für Neubauobjekte aufgestellt.

<sup>25</sup> Vgl. Stadt Frankfurt: Vorlage B371 – Sachstandsbericht des Magistrats vom 06.05.2005. Online unter:

<sup>2</sup> Vgl. Stadt Frankfurt: Wohnungsmarktbericht 2006, z.Zt. im parlamentarischen Geschäftsgang. Online unter: <http://www.stvv.frankfurt.de/parlis/> (24.01.2007)

- Modul 2: Wohnungsbericht Frankfurt: Der Wohnraumbericht wurde erstmalig 2004 durch ein externes Institut erstellt und wird seitdem regelmäßig als Wohnungsmarktbericht von der Stadt fortgeschrieben<sup>2</sup>. Der Bericht gibt die Status-Quo-Situation und bisherige Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt sowohl für die Angebots- als auch Nachfrageseite wieder und ermittelt den aktuellen Wohnungsbedarf nach Zielgruppen.
- Modul 3: Wohnbaulandentwicklungsprogramm: Bereits seit 1990 gibt es den Rahmenablaufplan Wohnen, welcher später zum Wohnbaulandentwicklungsprogramm weiterentwickelt wurde. Aktuelle Wohnbauflächen werden in diesem Bericht beobachtet und Potenziale für die nächsten 10 Jahre errechnet. Dazu wird eine Karte mit allen Flächen ab 50 Wohneinheiten erstellt.
- Modul 4: Wohnraumversorgungskonzept: Dieses Konzept wird zurzeit erstellt und soll sowohl für den gesamten Wohnungsbedarf als auch für den geförderten Wohnungsbau zielgruppen- und stadtteilspezifische Aussagen zur zukünftig notwendigen und sinnvollen Wohnraumversorgung machen. Auf Grundlage der anderen drei Module sollen hier konkrete Konzepte erarbeitet werden.

Darüber hinaus wurde bereits im Rahmen des **Frankfurter Sozialberichts 2001**<sup>26</sup> eine umfangreiche Analyse der Wohnsituation von Familien erstellt. Diese behandelte insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen und stellt deren Wohnraumbedarf das entsprechende Angebot auf dem Frankfurter Markt gegenüber.

Das Kinderbüro erstellt daneben alle zwei Jahre einen **Kinderbericht**, welcher demographische Daten und die Lebenssituation von Kindern in Frankfurt untersucht. Darüber hinaus werden Handlungsempfehlungen für zukünftige Planungen gegeben.

Im Rahmen der städtischen Sozialberichterstattung wurde in 2006 der siebte Teil unter dem Titel „**Aufwachsen in Frankfurt am Main: Kinder, Jugendliche und ihre Familien: Situation und Entwicklungschancen**“ veröffentlicht.<sup>27</sup>

Die IHK Frankfurt am Main hat für die Region Frankfurt erstmals im Jahr 2006 einen **Familienatlas** erstellt<sup>28</sup>. Dieser behandelt die Themenfelder „Beruf & Familie“, „Betreuung“,

---

<sup>26</sup> Vgl. Stadt Frankfurt: Frankfurter Sozialbericht, Teil III Wohnungsversorgung. - Frankfurt am Main 2001. = Reihe Soziales und Jugend, Bd. 22.

<sup>27</sup> Vgl. Stadt Frankfurt: Frankfurter Sozialbericht, Teil VII Aufwachsen in Frankfurt am Main: Kinder, Jugendliche und ihre Familien: Situation und Entwicklungschancen. - Frankfurt am Main 2006. = Reihe Soziales und Jugend, Bd. 34.

„Demographie“ und „Zukunft“ und bewertet die entsprechenden Indikatoren für jede einzelne Gemeinde. Im Ergebnis werden Indizes für jedes Themenfeld ermittelt und eine Rangfolge der Gemeinden aufgestellt. Auf diese Weise wird deutlich, wo in Frankfurt die Stärken und Schwächen bez. familienrelevanten Aspekten liegen.

### 3.4.3 Organisationsstruktur

Organisatorischer Kristallisationspunkt der Frankfurter Familienpolitik ist das **Kinderbüro**, das derzeit beim Bildungsdezernat der Stadt Frankfurt angelagert ist<sup>29</sup>. Das Kinderbüro arbeitet Dezernat übergreifend. Die bei der Stadtverwaltung angesiedelte Stabstellen-Organisation wurde gewählt, um einerseits eine größtmögliche Handlungs- und Reaktionsfähigkeit sicherzustellen und damit quasi unabhängig von Hierarchieebenen agieren zu können, andererseits um gleichzeitig einen engen Kontakt und Informationsaustausch mit der Frankfurter Stadtverwaltung zu gewährleisten.

Das Kinderbüro hat zurzeit acht feste Mitarbeiter und einen Pool von ehrenamtlichen Helfern, die entsprechend ihrer jeweiligen Fachkompetenz in die Arbeit eingebunden werden (z.B. kostenlose Rechtsberatung für Kinder und Jugendliche durch Anwältinnen). Leitlinien der Arbeit des Kinderbüros:

- Problemorientiertes Arbeit in Projekten (durch den direkten Kontakt zu Familien vor Ort können relevante Themen aufgegriffen und im Rahmen von Projekten bearbeitet werden)
- Überprüfung des Erfolgs von Projekten (Projekte müssen sich in einer Frist von einem halben bis einem Jahr bewähren und können dann in bestehende Strukturen, z.B. bei der Stadt, integriert werden);
- Kurze Reaktionszeiten (so werden z.B. Anfragen von Familien spätestens nach einer Woche beantwortet);
- Größtmögliche Unabhängigkeit von bestehenden Strukturen (z.B. keine längerfristige, formale Einbindung in bestehende Strukturen in Stadtteilen);

---

<sup>28</sup> Vgl. IHK Frankfurt am Main: Familienatlas 2006. - Frankfurt am Main 2006. Online unter: [www.frankfurt-main.ihk.de](http://www.frankfurt-main.ihk.de)

<sup>29</sup> Bei Gründung des Kinderbüros im Jahr 1991 lag die formale Zuständigkeit bei Sozialdezernat.

- Nutzung bestehender Ressourcen (z.B. Familiencafés. Freie Träger, die zwar über Räumlichkeiten und qualifizierte Mitarbeiter verfügen, aber noch beratende Unterstützung benötigen);
- Akquisition von Drittmitteln (Grundfinanzierung durch die Stadt Frankfurt, Projektbezogene Arbeit wird über Spenden und das Einwerben von Stiftungsgeldern finanziert);
- Qualitative Berichterstattung (alle 2 Jahre auf Grund der Erfahrungen und Ergebnisse).

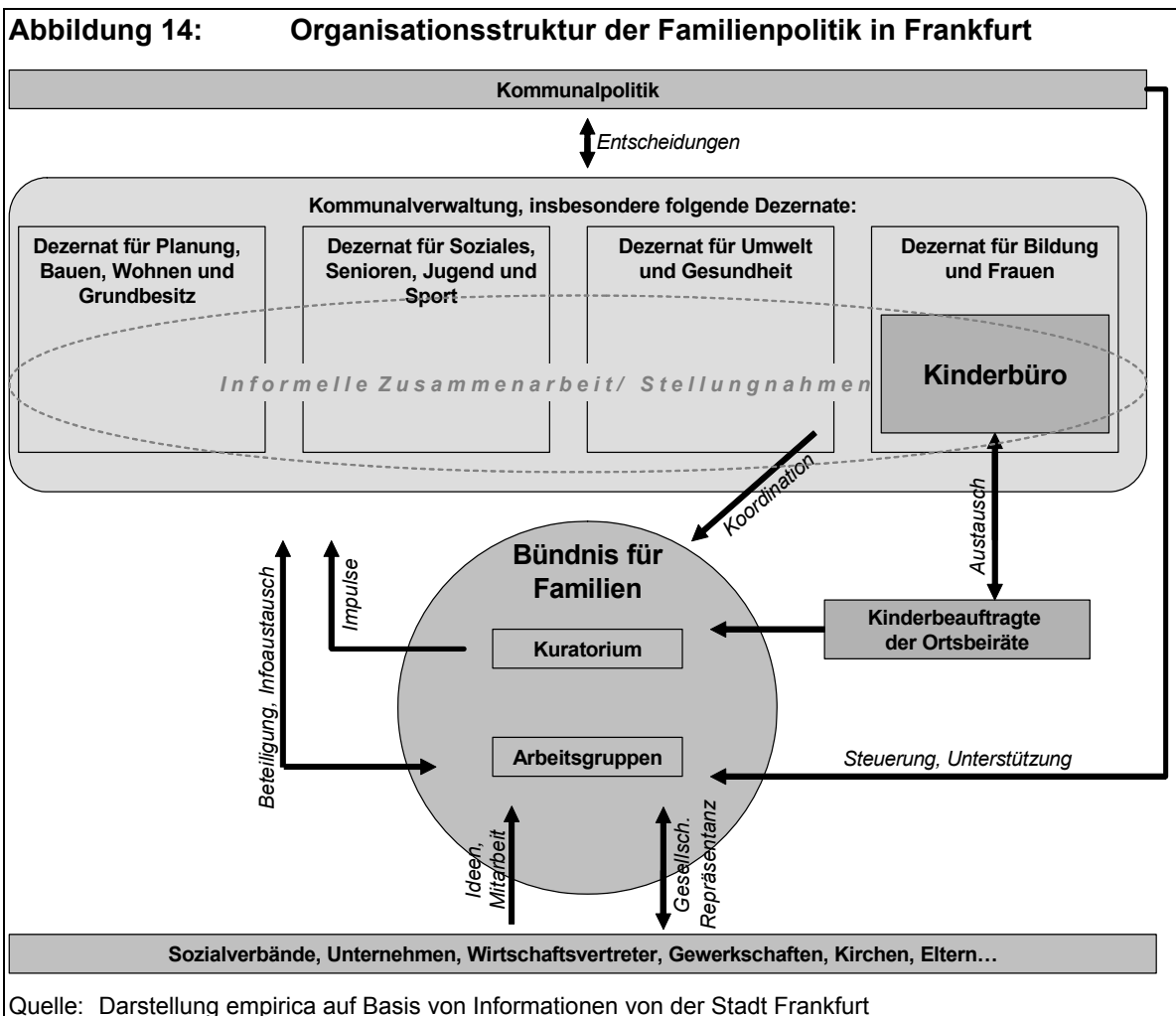
Die Arbeit des Kinderbüros basiert wesentlich auf dem Wissen über Probleme vor Ort, d.h. in den Stadtteilen. Neben den sich im Verlauf der Jahre herausgebildeten informellen Kontakten soll der Orts- und damit auch Problembezug sichergestellt werden durch Treffen des Kinderbüros mit den **Kinderbeauftragten der Frankfurter Ortsbeiräte**. Diese Treffen sollen wenigstens viermal pro Jahr stattfinden.

Im Jahr 2005 wurde auch in Frankfurt ein **Bündnis für Familien** gegründet. Es besteht aus einem Kuratorium aus Vertretern der Kommunalpolitik und zivilgesellschaftlichen Organisationen, welches das Bündnis steuert, dem Kinderbüro, welches die Koordination und die Organisation übernimmt sowie zahlreichen weiteren Akteuren aus der Wirtschaft, Verwaltung, Gesundheit und Bildung etc., die sich mit ihren Ideen und Engagement einbringen. Entsprechend den o.g. Prinzipien der Arbeit des Kinderbüros gibt es auch beim Bündnis für Familien keine langfristig angelegten Arbeitsgruppen zu ganz bestimmten Themen, d.h. die Themen der Arbeitsgruppen wie auch ihre Mitglieder (Familien, Stadtverwaltung, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen etc.) verändern sich im Prozess. Nach spätestens einem halben Jahr muss eine Arbeitsgruppe ein umsetzungsreifes Ergebnis vorlegen. Bei den Arbeitsgruppen wird auch darauf geachtet, Parallelstrukturen zu vermeiden (um zu verhindern, dass zu einem bestimmten Thema zwei Arbeitsgruppen oder Arbeitskreise in der Stadt Frankfurt existieren). Über das Bündnis für Familien wurde auch ein Impuls zur engeren Zusammenarbeit zu familienrelevanten Themen in die Verwaltung gegeben.

Im Unterschied zu anderen Städten gibt es in Frankfurt bislang keine direkte, enge, institutionalisierte Zusammenarbeit der verschiedenen Dezernate der Stadtverwaltung mit dem Ziel eine Familienpolitik aus einem Guss zu präsentieren. Die **Zusammenarbeit** der familienpolitischen Akteure fand und findet fast ausschließlich **Projekt bezogen** statt. Durch diesen mehr als 15 Jahre dauernden Prozess hat sich jedoch mittlerweile eine

Kultur der Zusammenarbeit entwickelt, so dass sich auch in Teilbereichen informelle Strukturen herausgebildet haben (so nimmt etwa die Sozial- und Jugendplanung aus dem Sozialdezernat Stellung zu Fragen sozialer Infrastruktur in Neubaugebieten).

Erstmals fand Anfang 2007 der Frankfurter **Familienkongress** statt. Teilnehmer aus Stadtverwaltung, Stiftungen und sozialen Trägern diskutierten über familienrelevante Forschungsergebnisse, Entwicklungsprozesse und mögliche interdisziplinäre Projekte. Damit bietet der Familienkongress ein Forum zum Informationsaustausch und informellen Netzwerkbildung.



### 3.4.4 Besondere Ansätze der Familienpolitik

#### Kinderbüro

Bereits 1991 und damit weitaus vor Beginn der familienpolitischen Diskurse in anderen Städten hat Frankfurt ein Kinderbüro eingerichtet. Im Gegensatz zu den – sofern über-

haupt vorhanden - häufig nur mit einer Person besetzten Stellen der Kinderbeauftragten in anderen Städten umfasst das Frankfurter Kinderbüro acht Mitarbeiter sowie zahlreiche ehrenamtliche Helfer. Es dient als kommunale Interessenvertretung für Kinder in Frankfurt, führt Untersuchungen zur Situation von Kindern durch, macht Öffentlichkeitsarbeit und erarbeitet Konzepte für kinder- und familienfreundliche Projekte. Dabei haben die Mitarbeiter des Kinderbüros unmittelbares Vortragsrecht bei allen Dezernenten und die Möglichkeit, auf kommunale Planungen einzuwirken. Mit einem rollenden Kinderbüro, dem sog. „Frankie-mobil“-Bus werden Kinder in ihren Grundschulen und anderen Orten vor Ort aufgesucht und über Freizeitangebote und Mitmachaktionen informiert sowie über ihre Wünsche und Ideen befragt.

### **Informations- und Beratungsangebote für Eltern**

Seit 2006 findet jährlich eine **Familienmesse** in Frankfurt statt. Diese informiert kostenlos über familienrelevante Angebote der Stadt und anderer Träger. Organisationen erhalten hier die Möglichkeit, ihre Arbeit vorzustellen und Eltern können eigene Anregungen zur Verbesserung des Angebots einbringen. Neben einem umfangreichen Informationsangebot für Eltern gibt es auch parallel Angebote für Kinder.

In **Familien-Info-Cafes** erhalten Eltern in gemütlicher Atmosphäre bei einem Kaffee Informationen zu Erziehungs-, Bildungs- und Freizeitangeboten für Familien und können gleichzeitig mit anderen Eltern in Kontakt treten. Währenddessen können die Kleinkinder nebenan im Babyclub spielen.

Alle Neugeborenen erhalten in Frankfurt ein **Willkommenspaket**, welches sowohl Informationen und Tipps als auch kleine Überraschungen und Geschenke beinhaltet. Gleichzeitig werden Eltern mit ihren Neugeborenen zu **Willkommensveranstaltungen** eingeladen, wo sie weitere Informationen zu Gesundheit, Betreuungsmöglichkeiten, Freizeit- und Beratungsangeboten erhalten.

**Eltern-Kind-Zentren** stellen daneben wohnortnahe Einrichtungen zur frühen Förderung, Betreuung, Beratung und Bildung dar. Eltern erhalten hier Unterstützung in verschiedenen Lebenslagen, Kindern wird ein breites Freizeitprogramm geboten, teilweise in Verbindung mit Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung.

### **Beteiligung von Kindern**

Das Kinderbüro hat in den Stadtteilen Frankfurts **Kinderanhörungen** eingeführt, um Ideen und Wünsche von Kindern kennen zu lernen und ggf. in die Stadtplanung aufzu-

nehmen. Bisher kamen zu den Anhörungen jeweils rund 80 bis 250 Kinder, ein Moderator leitet die Diskussion und eine Nachbereitungsgruppe aus Stadtteileinrichtungen, Ortsbeirat, Kinderbeauftragter und Kinderbüro befasst sich im Anschluss mit den Vorschlägen. Umgesetzte Maßnahmen betreffen bspw. die Umgestaltung von Spielplätzen oder den Bau von Basketballkörben etc.

Über die Kinderanhörungen kann sich aber auch ein **Kinderparlament** oder ein Kinderrat (wie bereits in 2 Stadtteilen erfolgt) gründen, welcher über einen längeren Zeitraum die Ideen und Projekte begleitet und die Interessen von Kindern in den Frankfurter Stadtteilen vertritt.

Darüber hinaus erhalten Kinder die Möglichkeit, über insgesamt 24 im Stadtgebiet aufgestellte **Kinderbriefkästen** ihre Wünsche, Ideen und Sorgen mitzuteilen.

### **Freizeit- und Betreuungsangebote für Kinder**

Die Stadt Frankfurt bietet einige besondere Angebote speziell für Kinder. Dazu zählt z.B. das „**Saturday-Familienprogramm**“ in den Museen, welches kostenlosen Eintritt, Führungen, Workshops und verschiedene Aktionen samstags für Kinder umfasst. Jeder Samstag steht dabei unter einem anderen Motto. Dadurch wird auch kaufkraftschwächeren Familien der Zugang zu kulturellen Angeboten ermöglicht. Daneben bietet das historische Museum ein eigenes permanentes Kindermuseum mit wechselnden Ausstellungen, Werkstätten, Projekttagen und anderen Aktionen, in dem Kinder mit allen Sinnen Geschichte erfahren können.

Das Jugend- und Sozialamt bietet jährlich das umfassende Kinderkulturprogramm Frankfurter Flöhe an, mit dessen Film- und Theateraufführungen in den Stadtteilen z.B. in 2006 10.000 Besucher erreicht wurden. Ein umfangreiches Freizeitangebot zur Entlastung der Familien bilden auch die Veranstaltungen des jährlichen Ferienkarussells und die Ausgabe von Ferienkarten, die u.a. zum unentgeltlichen Besuch von Schwimmbädern, Zoo und Museen berechtigen. Schon seit 1991 bietet die Stadt Frankfurt Bewohnerinnen und Bewohnern mit geringerem Einkommen den Frankfurt-Pass an. Er erleichtert gerade auch Familien mit Kindern die Teilhabe an Freizeitangeboten vom sportlichen bis zum kulturellen Bereich. Der Frankfurt-Pass berechtigt zum kostenlosen Erhalt der Ferienkarte und Benutzung der Stadtbücherei, zu wesentlich ermäßigtem Eintritt für Schwimmbäder, Theater, Zoo, Palmengarten und Museen und zu einer erheblichen Preisreduktion im öffentlichen Nahverkehr.

Für Kinder zwischen 8 und 12 Jahren bietet die Universität Frankfurt eine **Kinder-Uni-Woche** an. Sowohl Schulklassen als auch einzelne Kinder mit ihren Eltern können die Vorlesungen besuchen und sich Aspekte der Wissenschaft kindgerecht erklären lassen.

Zu den Freizeitangeboten in den einzelnen Stadtteilen hat das Stadtvermessungsamt zusammen mit Kindergruppen des Kinderbüros **Kinderstadtteilpläne** erarbeitet. Diese weisen alle Spiel- und Sportmöglichkeiten und Kindereinrichtungen aus und sind kostenlos zu beziehen.

Um Eltern Zeit für sich und für Besorgungen zu ermöglichen, bietet das Kinderbüro zwei **betreute Spielplätze** für Kinder unter drei Jahren, welche schon laufen können, an. Jeweils vormittags von 9 bis 12 Uhr können Eltern ihre Kleinkinder hier abgeben. Dies entlastet Eltern in ihrem Alltag und ermöglicht Erledigungen, welche mit Kleinkindern nur schwer durchzuführen sind.

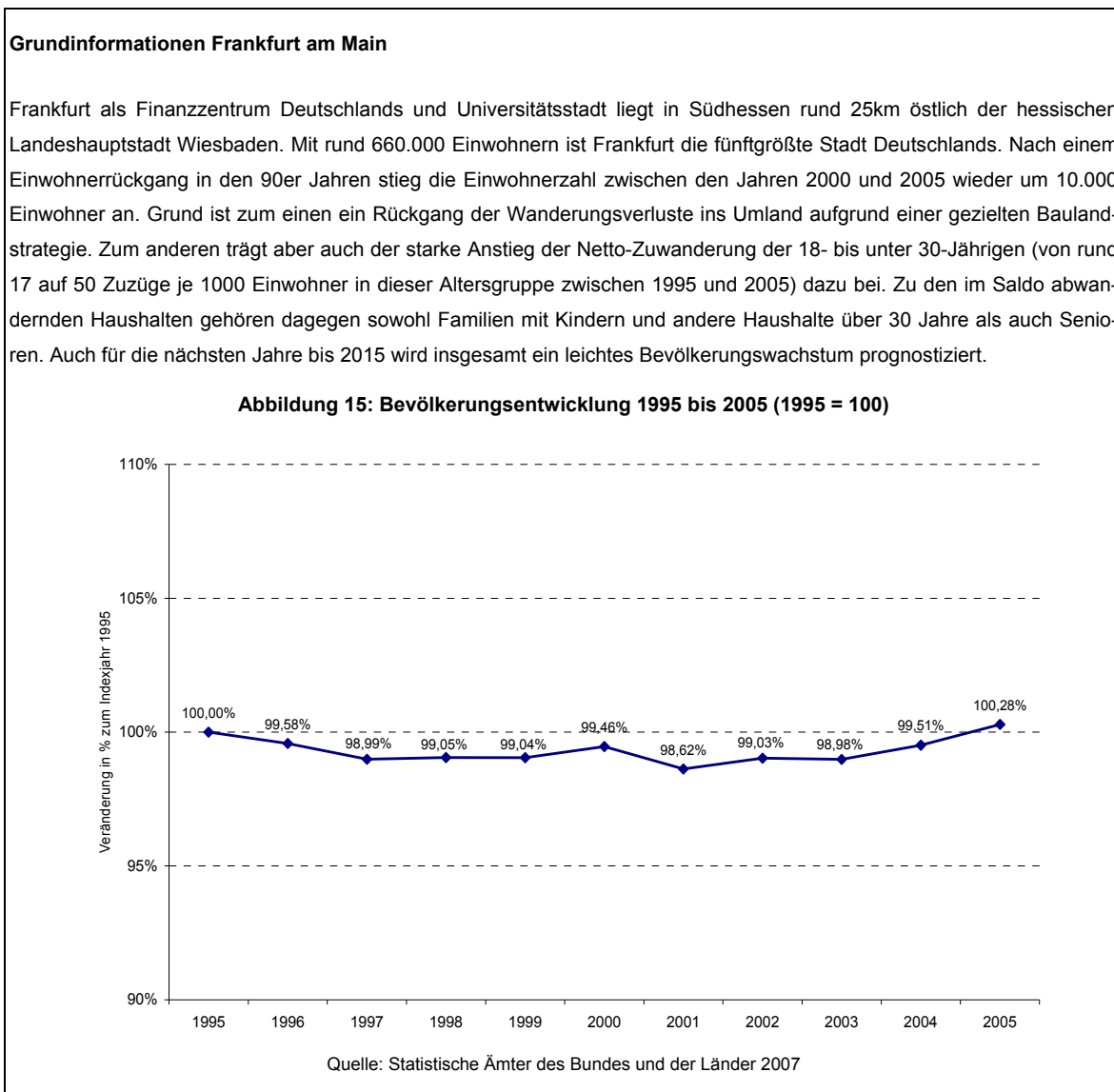
Bereits seit Anfang der 1990er Jahre engagiert sich Frankfurt intensiv im Bereich **betrieblich unterstützter Kinderbetreuung**. Im Rahmen des „Frankfurter Programms“ werden Kindertagesstätten und Krippen finanziell bezuschusst, sofern sich auch der betriebliche Kooperationspartner an den Kosten beteiligt. Hierdurch wird privatwirtschaftliches Engagement zur verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert.

Schließlich hat das Kinderbüro auch eine **Auszeichnung für familienfreundliche Gastronomiebetriebe** eingeführt. Teilnehmende Restaurants und Cafes werden im Internet mit ihren besonderen kinderfreundlichen Angeboten dargestellt, so dass Eltern wissen, wo Kinder willkommen sind und wo sie Angebote für Kinder vorfinden.

### 3.4.5 Fazit

Die Stadt Frankfurt verfügt angesichts ihrer Größe und ihrer Vielfalt nicht über eine Familienpolitik aus einem Guss wie z.B. Erlangen, sondern über eine Vielzahl von guten Einzelmaßnahmen in den unterschiedlichsten Feldern. Diese Vielfalt hat auf der anderen Seite auch dazu beigetragen, dass die Transparenz familienpolitischer Ansätze und Maßnahmen nicht immer und für jeden vollständig gewährleistet werden kann. Die Verbesserung der Transparenz ist daher eine wichtige und von der Stadt Frankfurt erkannte Herausforderung im Rahmen der Familienpolitik der nächsten Jahre. Dies bedeutet jedoch gerade in einer Großstadt nicht, langfristig eine institutionelle Struktur zu schaffen, bei der es schließlich nur noch um die Verwaltung der Familienpolitik und nicht mehr um

ihre Inhalte geht. Das „lean management“ der bisherigen informellen Strukturen der Familienpolitik in Frankfurt, die ein schnelles und flexibles Handeln im Sinne der Zielgruppe Familien ermöglichen, entspricht vielmehr großstädtischen Strukturen mit ihren heterogenen Bedürfnissen. Motor der familienpolitischen Aktivitäten in Frankfurt ist das Kinderbüro, das auf Grund seiner personellen Ausstattung und Vernetzung mit allen relevanten Akteuren in der Verwaltung und Gesellschaft eine Vielzahl von Projekten anstoßen konnte.



## 3.5 Hamburg

### 3.5.1 Entwicklung der Familienpolitik

Familienpolitik stellt seit 2002 als eigenständiges Politikfeld einen festen Bestandteil in der Hamburger Politik dar und genießt einen insgesamt sehr hohen Stellenwert. Das Engagement reicht deutlich über die regulären Pflichtaufgaben als Kommune bzw. Land hinaus. Die spezifischen Rahmenbedingungen, die sich durch die Großstadtfunktion und die angespannte Wohnungsmarktsituation ergeben, sind dabei zentrale Herausforderungen für die Politik. So zählen z.B. eine umfangreiche Wohnungsbauförderpolitik, das Engagement im Bereich des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt oder auch das Thema Integration zu wichtigen strategischen Vorhaben.

Das hohe Engagement im Bereich Familienfreundlichkeit ist in Hamburg nicht an eine klare Initialzündung gebunden, wenn sich auch erst im Zuge des Regierungswechsels Ende 2001 Familienpolitik als ausdrücklich benanntes, eigenständiges Politikfeld hat etablieren können. Vielmehr hat sich im Rahmen der allgemeinen demographischen Entwicklung in den letzten Jahren und der hierdurch deutschlandweit entfachten Diskussion um Familienpolitik, aber auch der Konkurrenz um Einwohner, sukzessive ein immer stärker werdendes Bewusstsein für das Thema Familie herausgebildet. Dies wurde durch die Erkenntnis verstärkt, dass die hohe Umlandabwanderung nicht als gegeben hingenommen werden muss, sondern dass Hamburg über ein weit reichendes Potential verfügt, seine relative Position als Wohnstandort für Familien weiter zu stärken.

Ein Richtung weisender Meilenstein für Hamburg insgesamt, aber auch für das Thema Familien, ist der Beschluss des Leitbildes „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“ im Jahr 2002<sup>30</sup>. Hamburg verfolgt damit eine langfristige Wachstumsstrategie mit weit reichenden Maßnahmen in sämtlichen Politikbereichen. Ein Fokus richtet sich auf Familien, weil diese zum einen eine entscheidende Zielgruppe für das angestrebte Bevölkerungswachstum sind und zum anderen einen wichtigen Beitrag zu einer altersmäßig und sozialstrukturell ausgewogenen Durchmischung leisten. Ziel ist es deshalb, sowohl die Umlandabwanderung weiter zu reduzieren als auch möglichst gute Voraussetzungen für die

---

<sup>30</sup> Freie und Hansestadt Hamburg, Staatliche Pressestelle: Leitbild: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt – Hamburg 2002

Zuwanderung von Familien zu schaffen und nach Möglichkeit sogar die Motivation zur Familiengründung zu steigern. Die Rahmenbedingungen von Hamburg als Wohn- und Lebensstandort für Familien sollen daher weiter verbessert werden.

Mit dem Regierungswechsel im Jahr 2004 (Legislaturperiode bis 2008) wurde das Vorhaben, Hamburg als Wohnstandort für junge Familien attraktiv zu gestalten, fest im Regierungsprogramm (CDU) verankert (vgl. Kap. 3.5.2). Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem die beiden Bereiche Wohnungs-/Baulandpolitik sowie Familienpolitik.

In der Baulandpolitik verzichtet Hamburg bewusst auf eine allgemeingültige familienorientierte Zielsetzung mit Leitfadeneigenschaften und festgesetzter Programmatik. So soll eine jeweils lokal angepasste Strategie in Abstimmung mit den Baugebietsgegebenheiten und den Angebots- und Nachfrageverhältnissen in den Bezirken gewährleistet werden. Das Thema Familien spielt eine wesentliche Rolle, wird aber als Bestandteil eines integrierten Handlungskonzeptes vor dem Hintergrund „Wachsende Stadt“ betrachtet. Ankerpunkte stellen die Schaffung von Bauland dar, insbesondere für Familien, Kostensenkungsstrategien sowie Wohnungsbauförderung, eine möglichst hohe Nachfrageorientierung der Angebote und eine familienfreundliche Gestaltung der Nachbarschaften / des Umfeldes.

Auf dem Gebiet der Familienpolitik verfolgt der Senat vor allem die drei Ziele (1) Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine gelingende Vereinbarkeit von Familie und Beruf, (2) die bedarfsgerechte Umgestaltung und Erweiterung des vorhandenen Leistungsangebots im Bereich der familienfördernden- und unterstützenden Infrastruktur sowie (3) die Schaffung eines noch familienfreundlicheren Wohn- und Lebensumfeldes. Zur Erreichung dieser Ziele wird Familienpolitik u. a. durch die Ergänzung der Geschäftsordnung des Senats als Querschnittsaufgabe in allen relevanten Politikbereichen der Stadt verankert.<sup>31</sup>

---

<sup>31</sup> Die familienpolitische Orientierung ist in Hamburg aufgrund der Größe der Stadt sehr komplex und vielschichtig. Entsprechend findet auch die Diskussion um familienpolitische Ziele und Maßnahmen auf sehr unterschiedlichen inhaltlichen und organisatorischen Ebenen statt. Eine Darstellung der Zeitschiene der familienpolitischen Entwicklung ist daher, auch nach Einschätzung der Gesprächspartner vor Ort, an dieser Stelle praktisch nicht möglich, ohne die Gesamtperspektive unsachgemäß zu verzerrern.

### 3.5.2 Analytische und konzeptionelle Grundlagen

#### Leitbild Metropole Hamburg - Wachsende Stadt

Das für die Entwicklung Hamburgs und damit auch für den Bereich Familienfreundlichkeit wichtigste Berichtswesen ist das Leitbild Metropole Hamburg – Wachsende Stadt, welches im Jahr 2002 beschlossen wurde. Das übergeordnete Ziel des Senats ist es, „Hamburg durch einen Entwicklungsschub wieder zu einer wachsenden und pulsierenden Metropole mit internationaler Ausstrahlung zu entwickeln.“<sup>32</sup> Dem untergeordnet sind vier weitere Ziele:

- Erhöhung der Einwohnerzahl,
- Förderung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums,
- Erhöhung der Verfügbarkeit von Wohnbau- und Gewerbeflächen und
- Steigerung der internationalen Attraktivität und Bekanntheit Hamburgs

Die Strategie zur Umsetzung des Leitbildes besteht aus neun Themenbereichen, zu denen u.a. auch Flächenangebot/Ressourcenmanagement und Familienförderung mit einem Bündel konkreter Maßnahmen zählen. Das Leitbild wird kontinuierlich fortgeschrieben und im Rahmen von ausführlichen jährlichen Berichten, dem so genannten „Monitor Wachsende Stadt“ dargelegt. Diese Berichte enthalten umfangreiche Datengrundlagen, die anhand von Indikatoren die Erfolge der Leitbildumsetzung operationalisieren.

#### Regierungsprogramm

Das Regierungsprogramm des CDU-Senats (Legislaturperiode 2004 bis 2008) hat u.a. die familienfreundliche Stadt zum Ziel erklärt.<sup>33</sup> Es enthält 16 Themenfelder und Zielsetzungen, von denen mehrere für die Lebensqualität für Familien zentral sind, u.a.:

- Ein leistungsfähiges, differenziertes Schulangebot und Ausbau der Ganztagschulangebote.

---

<sup>32</sup> Freie und Hansestadt Hamburg: Leitbild: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt. Hamburg 2002.

<sup>33</sup> Hamburger Senat: Hamburg im Aufwind – die Zukunft der Wachsenden Stadt gestalten, Regierungsprogramm 2004 bis 2008 – Hamburg 2004. Online unter: <http://fh.hamburg.de/stadt/Aktuell/senat/reden-und-dokumente/regierungsprogramm-2004-2008.property=source.pdf>. (8. November 2007).

- Ausbau der Kindertagesbetreuung und gesetzlich garantierte bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung für alle berufstätigen Eltern; Zusammenarbeit mit der Wirtschaft für ein familienfreundliches Personalmanagement.
- Ein Arbeitsplatzangebot, das der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung trägt.
- Ein allgemein auf die Bedürfnisse von Familien abgestimmtes öffentliches Leistungsangebot.
- Nachfragegerechte Wohnungsbautätigkeit von Miet- und Eigentumsangeboten inklusive Schaffung von attraktivem und bezahlbarem innerstädtischen Wohnraum.
- Schaffung stabiler und kinder- und familienfreundlicher Quartiere und Nachbarschaften.
- Konzentration des sozialen Wohnungsbaus u.a. auf kinderreiche Familien.
- Förderung von Baugemeinschaften.

### **Wohnungsmarktstudien**

Im Bereich Wohnungsmarkt werden verschiedene Berichte und Konzeptionen erarbeitet, wie z.B. Flächennutzungspläne, Stadtentwicklungsprogramme und Wohnungsmarktstudien. Zeitgleich mit dem Leitbild der Wachsenden Stadt wurde im Jahr 2000 auch die Untersuchung „Stadtentwicklung und Demographie in Hamburg – Möglichkeiten der Strukturbeeinflussung durch Städtebau und Wohnungsbau“ in Auftrag gegeben (Hansestadt Hamburg gemeinsam mit Schwäbisch Hall)<sup>34</sup>. Die Studie lieferte einen umfassenden Überblick über die bisherigen und zu erwartenden Wohnungsmarktentwicklungen auf der Angebots- wie auch auf der Nachfrageseite und entsprechende Lösungsansätze, um u.a. die Umlandabwanderung einzudämmen und familiengerechte Wohnangebote zu schaffen. Zum damaligen Zeitpunkt war das Thema der Wohneigentumsbildung und deren Förderung sowie der Lenkungswirkung der Förderung außen vorgelassen. Diese Lücke wird aktuell mit einer Studie „Umlandabwanderung und Bildung von Wohneigentum“<sup>35</sup> geschlossen. Die Studie reiht sich in die systematische Analyse der Rahmenbedingungen auf dem Wohnungsmarkt ein und stellt eine wichtige Ergänzung zu den bishe-

---

<sup>34</sup> Erstellt durch empirica.

<sup>35</sup> Erstellt durch Gewos „Umlandabwanderung und Bildung von Wohneigentum“ im Auftrag der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt (WK) Hamburg – noch in Bearbeitung

rigen Erkenntnissen dar, um die Steuerungsmöglichkeiten des Landes optimal einsetzen zu können.

### **Bürgerleitfaden**

Hamburg hat im Jahr 2005 eine Internetdiskussion zum Thema „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ durchgeführt. Dort konnten Familien, als Experten „vor Ort“, über einen Zeitraum von vier Wochen ihre Auffassung zum Thema äußern, diskutieren und Vorschläge machen. Insgesamt haben sich 471 Teilnehmer registriert und rund 2.200 Beiträge verfasst, mehr als 12.000 Besucher hat die Diskussion erreicht. In einer ersten Phase sollten alle Aspekte zum Thema diskutiert und aus dieser Diskussion heraus Merkmale familienfreundlichen Wohnens identifiziert werden. Hieraus haben die Moderatoren die „Checkliste Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ entwickelt, die in der zweiten Diskussionsphase in der Prüfung von konkreten Wohngebieten auf ihre Familienfreundlichkeit mündete. Hierfür wurden elf Beispielquartiere dargestellt.

Die Ergebnisse wurden in einem „Bürgerleitfaden familienfreundlicher Wohnort Hamburg“<sup>36</sup> veröffentlicht. Sie erheben nicht den Anspruch auf Repräsentativität, sondern sollten Impulse für Mieter, Eigentümer, Planer, Politik und Verwaltung für die familiengerechte Gestaltung des Wohnortes Hamburg liefern.

### **Sonstiges**

Sowohl auf Landes- wie auch auf Stadtteileebene liegen zahlreiche weitere Analysen und Konzeptionen vor, die in unterschiedlicher Detailtiefe Aspekte der Familienfreundlichkeit beinhalten. Sie werden z.T. ressortspezifisch erarbeitet (z.B. zum Thema Bildung) ebenso wie als integrierte Konzepte. Hierzu zählen z.B. die Handlungskonzepte zur Sozialen Stadt oder zur „Hamburger Allianz für Familien“.<sup>37</sup>

Darüber hinaus erstellt die Behörde für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) derzeit einen Lebenslagenbericht, der auch die Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen beschreiben wird. Genauere Inhalte stehen derzeit noch nicht fest.

---

<sup>36</sup> Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (Hannover): Bürgerleitfaden „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ – Hamburg 2006

<sup>37</sup> Z.B. Freie und Hansestadt Hamburg, Stadtentwicklungsbehörde: kinder-leben in hamburg – Hamburg 2001. Weitere Informationen unter [www.familienallianz.de](http://www.familienallianz.de)

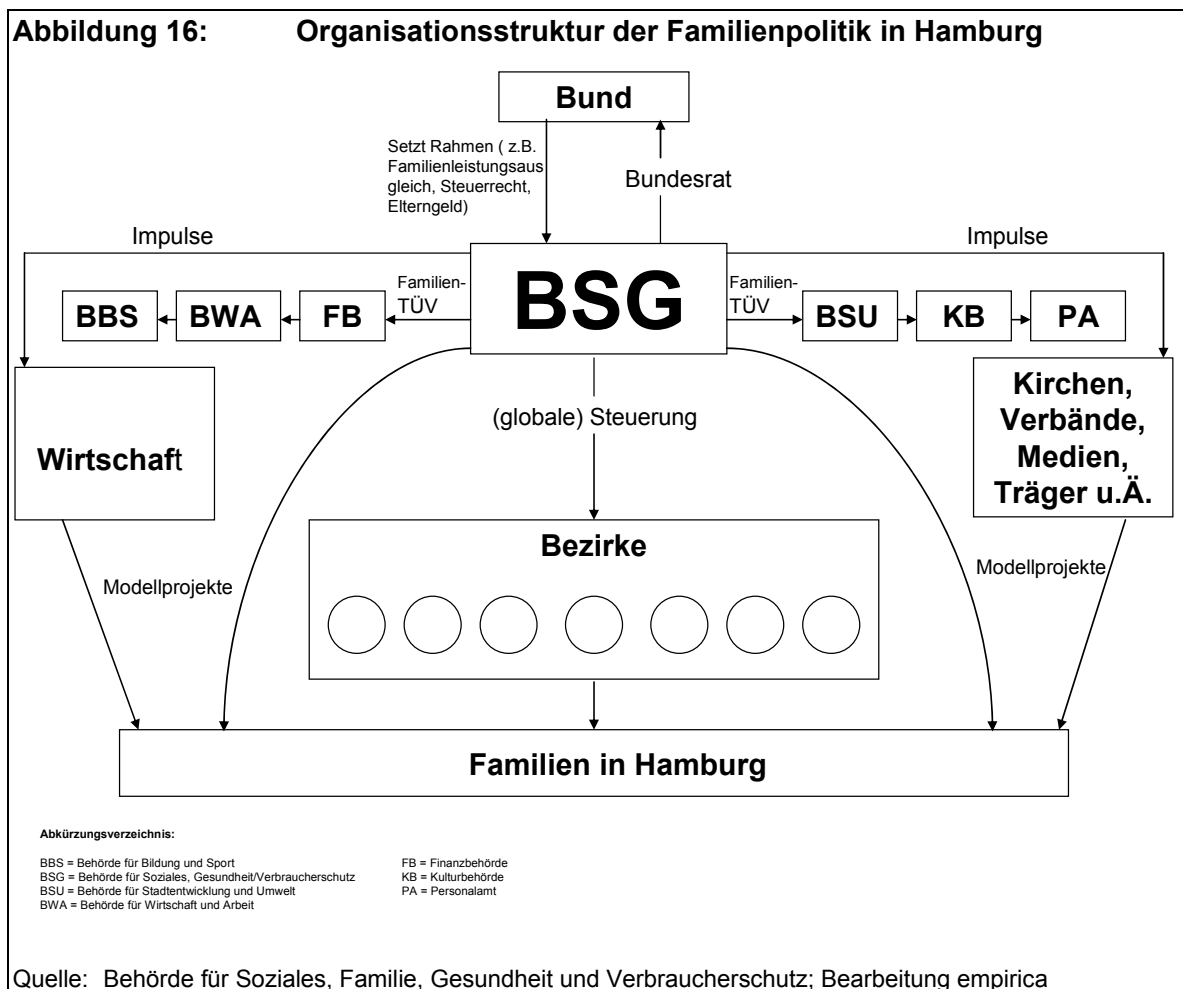
### 3.5.3 Organisationsstruktur

Die Zuständigkeit für Familienpolitik war ursprünglich auf verschiedene relevante Fachbehörden verteilt. Die Behörden setzten auf Landes- und auf Bezirksebene das breite Spektrum an Aufgaben mit familienpolitischer Relevanz um (z.B. Wohnen, Betreuungsangebote, Schulen, Gesundheit etc.). Anfang der 1990er Jahre noch gab es dabei eine halbe Stelle, die für Familienpolitik als übergeordnetes Thema zuständig war. Seit der vorletzten Legislaturperiode (Beginn Ende 2001) wurden die Zuständigkeiten umstrukturiert und gebündelt. Heute sind in der Behörde für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) 15 Stellen aus unterschiedlichen Ressorts angesiedelt, die für sämtliche Belange rund um das Thema Familien zuständig sind. Die BSG ist u.a. für die Umsetzung des Familien-TÜV als „Familienverträglichkeitsprüfung“ verantwortlich, liefert Impulse in andere Verwaltungsbereiche, in die Bezirke und Institutionen vor Ort sowie in die Wirtschaft. Sie erfüllt damit die Funktion der Koordination auf Landesebene und der Steuerung der Bezirke sowie der Initiierung neuer familienpolitischer Vorhaben in öffentlicher oder freier Trägerschaft (z.B. Modellprojekte).

Das Thema Familien wurde außerdem als Querschnittsaufgabe in der Geschäftsordnung des Senates festgeschrieben. Somit sind alle Beschlüsse mit familienpolitischer Relevanz zwischen den verschiedenen Ressorts abzustimmen.

Um die Familienfreundlichkeit Hamburgs auszubauen, bezweckt Hamburg weiterhin eine zielgerichtete Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund haben der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die heutige Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, und die Handelskammer Hamburg im November 2004 die „Hamburger Allianz für Familien“ gegründet. Inzwischen hat sich auch die Handwerkskammer Hamburg diesem Bündnis angeschlossen. Ziel der „Hamburger Allianz für Familien“ ist es, die Kräfte zu bündeln und gemeinsam sowie mit weiteren Partnern aus Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden und anderen Einrichtungen daran zu arbeiten, Hamburg für Familien noch attraktiver zu machen: Hamburg soll eine Metropole sein, deren Bürgerinnen und Bürger den Wert und die Bedeutung von Familie anerkennen und in der ein familienfreundliches Klima herrscht. Dazu gehört auch ein familienfreundliches Arbeitsplatzangebot, das es Unternehmen ermöglicht, den Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte erfolgreich zu bestehen und Mütter und Väter in die Lage versetzt, Familie und Beruf gleichermaßen zu leben. Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf bildet deshalb einen Arbeitsschwerpunkt der „Hamburger Allianz für Familien“, und zwar in Form von gemeinsamen Projekten und Veranstaltungen. So betreibt die Allianz u.

a. seit Januar 2005 eine „Hotline zur familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt“, über die Hamburger Unternehmen eine kostenlose Erstberatung zu allen Fragen der familienfreundlichen Personalpolitik in Anspruch nehmen können.



### 3.5.4 Besondere Ansätze der Familienpolitik

Das Thema Familienfreundlichkeit findet sich in Hamburg in zahlreichen Politikbereichen wieder. Die folgenden Ansätze sind, im Sinne einer möglichen Übertragbarkeit auf andere Städte, besonders hervorzuheben:

## **Familien-TÜV**

Im Zusammenhang mit der 2003 getroffenen politischen Entscheidung, Familienpolitik in Hamburg als Querschnittsaufgabe zu etablieren, entschied der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg durch die Änderung seiner Geschäftsordnung, dass in allen Angelegenheiten von familienpolitischer Bedeutung die Behörde für Soziales und Familie (damalige BSF) im Rahmen eines sog. „Familien-TÜVs“ zu beteiligen ist, bevor sie dem Senat vorgelegt werden. Darüber hinaus haben die Behörden die Auswirkungen ihrer beabsichtigten Maßnahmen auf Familien in der Senatsdrucksache selbst darzulegen.

## **Initiative Lebenswerte Stadt Hamburg**

Im Jahr 2006 wurde die Initiative Lebenswerte Stadt ins Leben gerufen. Die Initiative zielt auf die Stabilisierung von Stadtteilen, in denen vielfältige und sich überlagernde soziale und/oder wirtschaftliche Probleme dazu führen, dass viele Menschen in diesen Stadtteilen Gefahr laufen, von den positiven Entwicklungstrends der Gesamtstadt immer mehr abgekoppelt zu werden. Mit dem Projekt „Lebenswerte Stadt Hamburg“ sollen diese Stadtteile gezielt stabilisiert, ihre Schwächen ausgeglichen und ihre Stärken durch zusätzliche Hilfen ausgebaut werden. Die Menschen in diesen Stadtteilen sollen für sich und ihr Quartier wieder eigene Perspektiven entwickeln können. Die Aktivierung ihrer Potentiale und Ressourcen steht somit im Zentrum der Initiative „Lebenswerte Stadt Hamburg“. Ein besonderes Gewicht soll dabei auf die stadtteilbezogene Förderung von Familien und die Verbesserung der Bildung gelegt werden. Gleichzeitig sollen aber alle für die Stadtteilentwicklung wichtigen Handlungsfelder zu einem integrierten, ressortübergreifenden und aktivierenden Vorgehen zusammengeführt werden.

Das Projekt „Lebenswerte Stadt Hamburg“ ist so angelegt, dass einerseits Verbesserungen für die Bewohner des Quartiers kurzfristig spürbar werden. Andererseits sollen aber auch Projekte auf den Weg gebracht werden, die strukturelle Veränderungen bewirken und negative und belastende Rahmenbedingungen in den benachteiligten Quartieren nachhaltig abbauen. Insofern sind die Projekte Impuls gebend. Es wurden sechs Stadtteile ausgewählt, in denen Beispiel gebende Projekte und Maßnahmen kurzfristig realisiert bzw. eingeleitet werden. Dazu gehören beispielsweise neue Bildungsangebote, Eltern-Kind-Zentren, kulturelle Programme oder städtebauliche Verbesserungen. Um die Bildungsvoraussetzungen weiter zu verbessern, werden außerdem stadtweit in rund jeder dritten Grundschule die Klassengrößen erheblich gesenkt und die Kindertagesbetreuung weiter ausgebaut.

### **Bauland-/Wohnungsmarktpolitik**

- Baulandgewinnung ist in Hamburg auf Grund der Bodenverhältnisse oftmals kostenintensiv. Dies wirkt sich auf die Preisstrukturen der Grundstücks- und Immobilienmärkte aus. Außerdem sind vorhandene Bauflächen in der Lagequalität nicht immer den Bedürfnissen der Nachfrage angepasst. Dem soll u.a. durch Konversionen und Flächenentwicklungen, wie dem „Sprung über die Elbe“, entgegengewirkt werden.
- Häufig werden Baugebiete außerdem mit der Auflage ausgewiesen, bis zu 50% familiengerechten Wohnraum zu schaffen. Die Bauträger sind in diesen Fällen verpflichtet, die Wohneinheiten ausschließlich an Familien mit Kindern zu veräußern.
- Im Jahr 2006 haben Land und Wohnungsbauwirtschaft die „Wohnungsbauoffensive 2.000 Wohnungen für Hamburg“ gestartet. Die Stadt stellt in diesem Rahmen vergünstigte Flächen für 1.000 Wohnungen zur Verfügung. Die Wohnungsbauverbände ergänzen das Angebot um private Flächen für weitere 1.000 Wohneinheiten. Die Vorhaben werden kurzfristig umgesetzt. Gleichzeitig wurde eine zentrale Anlaufstelle für die Beschleunigung des Wohnungsbaus in Hamburg eingerichtet.
- Daneben führt Hamburg eine starke Förderung von Bauherrengemeinschaften durch. Beim Verkauf von städtischen Liegenschaften werden Bauherrengemeinschaften zu durchschnittlich etwa 15% berücksichtigt. Neben der preislichen Komponente äußern sich die Vorteile von Bauherrengemeinschaften in einer Verbesserung von Nachbarschaftsverhältnissen und in einer individuelleren Gestaltung der Wohngebiete. Zahlreiche Architekturbüros haben sich bereits auf die Bauherrengemeinschaften spezialisiert. Die zertifizierte Baubetreuung ist eine Voraussetzung der Förderung. Auch Wohnungsbaugenossenschaften und Bauträger engagieren sich zunehmend in diesem Bereich. Bisher wurden Projekte von Baugemeinschaften hauptsächlich im Geschosswohnungsmarkt verwirklicht. Der Anteil des Geschosssegmentes von 90% soll zugunsten von Einfamilienhäusern, vor allem im Reihenhausesegment weiter reduziert werden. Im Jahr 2003 wurde eine Baugruppenagentur zur Förderung von Baugruppenprojekten eingerichtet. Die Agentur ist in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) angesiedelt und mit insgesamt rund drei vollen Stellen (verteilt auf mehrere Angestellte) für die Betreuung und Vermittlung von Baugruppen zuständig. Die Agentur ist Anlaufstelle sowohl für interessierte Gruppen als auch Grundstücksanbieter. In diesem Zusammenhang werden auch Zwischenerwerbsmaßnahmen durchgeführt. So wird eine Teilfläche zunächst durch die Stadt erworben und anschließend an mehrere private Bauherren veräußert, die gemeinschaftlich in einem

- moderierten Verfahren die Ausgestaltung der Fläche konkretisieren. So soll die Politik der Förderung von Bauherrengemeinschaften weiter auf Familien ausgerichtet werden.
- Die auf dem Markt gehandelten Baugrundstücke sind zu 20% (Schätzwert) im Besitz des Landes. Generell soll die Baulandvergabe verstärkt auf den Enderwerber und weniger auf Investoren ausgerichtet erfolgen. Baulandausschreibungen werden z.T. mit Preisbindungen verknüpft, so dass der Investor eine Miet- oder Kaufpreisfestlegung pro Quadratmeter mit seinem Gebot verbindet.
  - Der Wohnungsbau soll möglichst gut auf die Nachfrage eingehen. So soll Bauland für geringer verdichtete Wohnformen (inklusive freistehende Einfamilienhäuser) innerhalb der Stadtgrenzen mobilisiert werden. Außerdem werden familienfreundliche Angebotsformen in Einfamilienhaussegmenten erweitert (z.B. Kettenhäuser) und Möglichkeiten der Innenentwicklung geprüft.
  - Weiterhin sollen Bauträger- und Architektenwettbewerbe dazu beitragen, der Homogenität auf dem Eigentumsmarkt entgegenzuwirken. Die Wettbewerbskriterien sind neben der preislichen Komponente qualitativ ausgerichtet. Die Kriterien werden spezifisch auf lokale Gegebenheiten angepasst.
  - Nach eigenen Angaben ist Hamburg das Land mit den höchsten Ausgaben für Wohnungsbauförderung und seit 1975 im Rahmen der Stadterneuerung sehr aktiv. Heute gibt es 38 Fördergebiete im Rahmen des „Stadtumbau-West“, der „aktiven Stadtentwicklung“ und der „Sanierungsgebiete“. Um z.B. 1950er und 1960er Jahre Bestandsquartiere aufzuwerten, werden einzelne Quartiere modellhaft im Sinne der Familienfreundlichkeit umgestaltet. Dies beinhaltet die Schaffung von Familienzentren (siehe unten) und der Wohnumfeldgestaltung (vgl. auch Bürgerleitfaden „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ Kap. 3.5.2).
  - Die Wohnungsbaudarlehen werden für Familien stark vergünstigt. Zusätzlich wird die bestehende Kinderzimmerzulage auf Familien mit mindestens einem, anstelle wie bisher zwei, Kindern ausgedehnt. Die Familien erhalten damit beim Erwerb einer Neubauwohnung mit mindesten 70 m<sup>2</sup> und einem Kinderzimmer eine Zulage von 100 Euro/m<sup>2</sup>. Die Einkommensgrenze liegt zu 100% über der des Wohnbauförderungsgesetzes.

- Auf die Preisgestaltung des auch für einkommensschwächere Familien bedeutsamen Mietmarktes nimmt Hamburg indirekt über die städtische Wohnungsbaugesellschaft (135.000 Wohnungen und einen Mietmarktanteil von 25%) Einfluss.
- Durch eine Prämie sollen Anreize geschaffen werden, bisher gewerblich genutzte Immobilien zu Geschosswohnungen in innerstädtischen Bereichen umzuwandeln und so das Wohnen in der Innenstadt und angrenzenden Quartieren zu stärken. Für Untersuchungen zur Klärung bautechnischer und vermarktungsstrategischer Fragen wird ein Zuschuss von bis zu 7,50 € pro m<sup>2</sup> Nutzfläche gezahlt. Im Falle des tatsächlichen Umbaus beträgt der Zuschuss 10% der Investitionskosten (max. 150 € pro m<sup>2</sup> Wohnfläche).
- In der Baugebietsplanung sollen Familien stärker integriert werden. „Hamburger Familien planen ihr Wohngebiet“ sieht die Einrichtung einer Informations-, Vermittlungs- und Beteiligungsbörse vor. Dadurch werden Interessierte beraten und die Kontaktaufnahme zwischen ihnen zur Bildung von Baugruppen gefördert.

### **Handlungskatalog**

Es wurde ein Handlungskatalog mit 35 Vorhaben erarbeitet, der alle Politikbereiche, vor allem aber Wohnen und Bauen, Jugend und Kultur umfasst. Auf der hierfür einberufenen Klausurtagung der Landesregierung (Senat) im Juni 2006 wurden weiterhin Einsparungsvorhaben im Familienbereich teilweise rückgängig gemacht. Die Kosten zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen betragen 12 Mio. Euro/Jahr.

### **Kita-Gutscheinsystem**

2003 wurde ein Kita-Gutscheinsystem eingeführt. Es ist darauf ausgerichtet, den Betreuungsbedarfen von Familien gerecht zu werden. Dieses System der Kindertagesbetreuung wird flankiert durch einen Betreuungsanspruch, der deutlich über die bundesweiten Regelungen hinausgeht und seit dem 01.08.2006 gilt. So haben alle Kinder zwischen drei Jahren und Schuleintritt einen Anspruch auf fünf Stunden Betreuung inklusive Mittagessen. Bei den Kindern berufstätiger Eltern gibt es für alle zwischen 0 und 14 Jahren einen Anspruch auf Betreuung, die dem benötigten Zeitraum entspricht. Auf Beschluss der Hamburger Bürgerschaft erfolgte ab 2003 eine Umschichtung aus den Mitteln für Hilfe zur Erziehung mit dem Ziel, die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und die Familienförderung finanziell besser auszustatten und die Leistungen der Erziehungshilfen, insbesondere die der ambulanten Erziehungshilfen mit den Angeboten der Kinder- und Ju-

gendarbeit, Jugendsozialarbeit und Familienförderung konzeptionell und finanziell stärker zu verbinden, um dadurch effektivere Hilfeangebote zu entwickeln (mehr Konzentration auf präventive Hilfen).

### **Lokale Bündnisse für Familien**

In Hamburg gibt es mehrere lokale Initiativen für Familien, von denen zwei auch als Lokale Bündnisse bei der Initiative Lokale Bündnisse des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend registriert sind:

In Hamburg-Ost sind die thematischen Schwerpunkte Stadtplanung für Familien, die Betreuung und Förderung von Kindern und Projekte zur Unterstützung von Eltern, wie z.B. Sprachkurse für Migrantinnen mit ihren kleinen Kindern, das Elterncafé der Schule Hermannstal oder das Projekt „welcome“ im Familiennetz Billstedt, das in den ersten Monaten nach der Geburt eines Kindes konkrete Unterstützung durch ehrenamtliche Helferinnen bietet. Ein weiteres wichtiges Themengebiet ist die Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen zur „Familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt“.

Im Hamburger Schanzenviertel baut das Bündnis „KOOP, Kooperationsverbund Schanzenviertel für eine stadtteilbezogene Familienförderung“ auf historisch gewachsenen Zusammenhängen der Kinder- und Jugendarbeit auf. Über 26 Einrichtungen und Träger kooperieren, um die Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien zu verbessern. In zahlreichen Projekten wird die Kooperation effizient, problemorientiert und vor allem stadtteilnah in den Handlungsfeldern Familienförderung, Sport, Beschäftigung und Schule umgesetzt.

Die „Hamburger Allianz für Familien“ fördert das Entstehen und die Projekte solcher Bündnisse, die im sozialräumlichen Bereich zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit in der Stadt beitragen. Unterstützung wird u. a. durch Beratungs- Koordinations- und Informationsleistungen gewährt. In 2007 können Projekte nicht kommerzieller lokaler Initiativen für Familien erstmalig auch finanziell gefördert werden.

### **3.5.5 Fazit**

Familienpolitik hat sich in den letzten Jahren in Hamburg stetig weiter entwickelt und wurde immer stärker als Querschnittsaufgabe verstanden und umgesetzt. Hierfür sind Maßnahmen wie die Umstrukturierung der Behörde für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) oder die Einrichtung eines Familien-TÜVs, der die Belange von

Familien in sämtliche Ressorts hineinträgt, beispielhaft. Hamburg hat somit eine Koordination- und Steuerungsfunktion geschaffen.

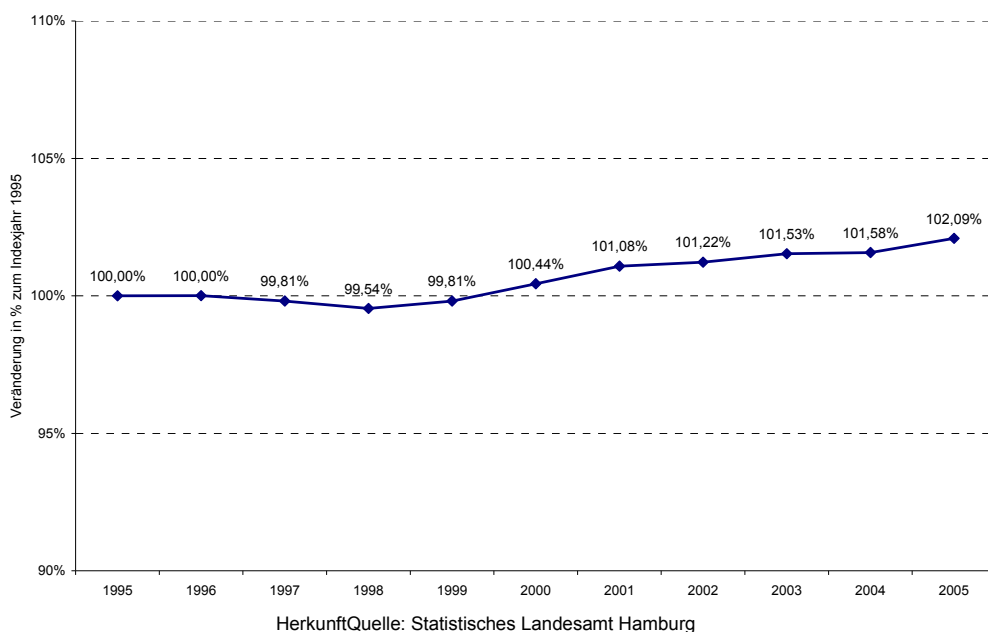
Durch das Leitbild Wachsende Stadt hat das Thema einen Entwicklungsschub erfahren, weil die Bedeutung von Familien für die Umsetzung des Leitbildes in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt ist. Die Eindämmung der Umlandabwanderung und die Steigerung der Familienfreundlichkeit sind mittlerweile politischer Konsens. Gegenüber der zweiten Hälfte der 90er Jahre konnte die Umlandwanderung um rund ein Drittel reduziert werden. Mit der Umsetzung des Leitbildes entwickelt sich das Thema Familienfreundlichkeit immer stärker zu einem konzeptionellen Schwerpunkt, der mit entsprechenden Maßnahmen ausgestattet wird. Diese betreffen eine breite Palette an Themenfeldern, allen voran Bauen/Wohnen sowie klassische Themenfelder wie Kinderbetreuung. Sie werden auf unterschiedlichen Ebenen umgesetzt, von der Landesebene (z.B. Familien-TÜV) bis hin zur Stadtteilebene (z.B. Initiative Lebenswerte Stadt Hamburg). Hamburg steht damit heute für eine breit angelegte Strategie. Klare Zielsetzung (neben gesellschaftlichen und wertebezogenen Zielen) ist das weitere Wachstum der Stadt.

### Grundinformationen Hamburg

Der Stadtstaat Hamburg ist mit rund 1,7 Mio. Einwohnern die zweitgrößte Stadt und einer der bedeutendsten Wirtschaftsstandorte in Deutschland. Hamburg hat sich mit dem Leitbild „Wachsende Stadt“ (vgl. Kap. 3.5.2) ein ambitioniertes Ziel gesetzt. Tatsächlich steigt die Zahl der Einwohner kontinuierlich, in den letzten 15 Jahren um insgesamt mehr als 5%. Allein in den Jahren 1999 bis 2005 kamen fast 40.000 Personen hinzu, das entspricht einem Zuwachs von 2,3% (vgl. Abbildung 17 **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Das Wachstum resultiert aus einem positiven Wanderungssaldo, wobei die Wanderungsgewinne vor allem durch überregionale Zuwanderung entstehen.

Die Wanderungsverluste sind in das nähere Umland gerichtet. Ausschlaggebend ist neben angebotsbedingten Gründen und neben bestimmten Wohnumfeldqualitäten vor allem das Preisgefälle. Im Süden der Stadt zeichnet sich daher eine erheblich höhere Wanderungsdynamik ab als im Norden, da im Norden das Preisgefälle weniger stark ausgeprägt ist als im Süden. Vor allem die Gruppe der Familien zieht ins Umland. Allerdings sind die Wanderungsverluste ins Umland nach einem Anstieg in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre rückläufig und betragen heute rund 5.000-6.000 Personen pro Jahr. Damit hat die Abwanderung ins Umland wieder das Niveau aus der ersten Hälfte der neunziger Jahre erreicht. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass sich die Wohnungspolitik in den letzten Jahren verstärkt auf Einfamilienhäuser und auf die Förderung von Wohneigentum insbesondere bei Familien konzentriert hat. Bis 2020 geht Hamburg von einem weiteren Wachstum der Stadt aus<sup>38</sup>.

**Abbildung 17: Bevölkerungsentwicklung 1995 bis 2005 (1995 = 100)**



<sup>38</sup> Quelle: Freie und Hansestadt Hamburg: Monitor Wachsende Stadt. Bericht 2006.

## 3.6 Kiel

### 3.6.1 Entwicklung der Familienpolitik

Das Thema Familienpolitik stand in Kiel lange Zeit nicht im Mittelpunkt der Betrachtung. Zwar wurde die Thematik im Zuge der Diskussionen um den gesellschaftlichen Wandel und die damit einhergehenden, immer vielfältiger werdenden Haushalts- und Lebensformen sowie die negative Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Kiel aufgegriffen. Bei Überlegungen zu entsprechenden Gegensteuerungsmaßnahmen (Ratsbeschluss „Maßnahmenkatalog zur Eindämmung der Stadtfucht“, 2003) wurde der Fokus jedoch nicht in erster Linie auf die Zielgruppe Familien gelegt, sondern nur als ein Thema unter vielen behandelt (siehe Kapitel 3.6.2). Dies änderte sich mit dem Amtsantritt der neuen Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt. Ihr persönliches Engagement war ausschlaggebend dafür, dass im Spätsommer 2004 Familienthemen schlagartig auf die politische Agenda gesetzt wurden.

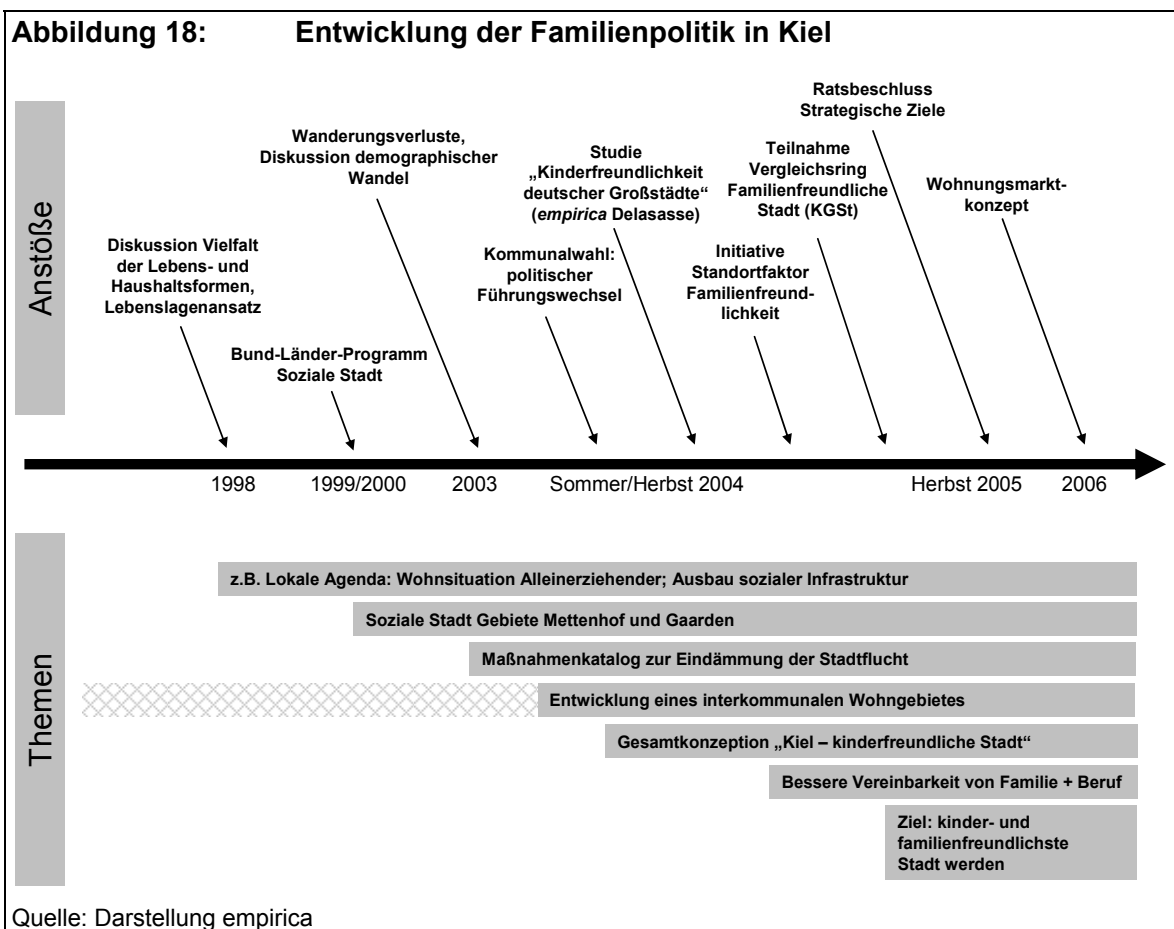
Die Stadt hat die Bedeutung der Familien für die Entwicklung Kiels zu diesem Zeitpunkt erkannt und als eines *der* Zukunftsthemen zustimmend aufgenommen. Ausgehend von der demographischen Diskussion in Kiel – ausgelöst durch die Umlandwanderung und deren Folgen (z.B. geringe Auslastung der Infrastruktur) – waren sowohl Politik als auch Verwaltung schnell von der Relevanz des Themas für die Stadt überzeugt. Fast zeitgleich wurde die Studie „Kinderfreundlichkeit deutscher Großstädte“ von *empirica Delasasse* veröffentlicht.<sup>39</sup> In dem darin dargestellten Städteranking belegte Kiel einen der hintersten Plätze. Anstatt die Ergebnisse in Frage zu stellen oder zu resignieren ging die Stadt in die Offensive und begriff die Positionierung als Herausforderung. Nach dem Motto „es gibt viel zu tun, packen wir es an“ hat Kiel die Vision entwickelt, kinder- und familienfreundlichste Stadt Deutschlands zu werden. Die Stadt sollte sich somit zum attraktiven Standort für Familien entwickeln und damit nicht nur Familien in der Stadt halten, sondern auch neue hinzugewinnen.

Im September 2004 erteilte die Ratsversammlung der Verwaltung den Auftrag, innerhalb eines Vierteljahres eine Gesamtkonzeption „Kiel – die kinderfreundliche Stadt“ vorzule-

---

<sup>39</sup> empirica-delasasse: Kinderfreundlichkeit deutscher Großstädte im Auftrag des BILD hilft e.V., Köln 2004

gen.<sup>40</sup> Damit wurde der Anstoß gegeben, die Vision in der Stadt umzusetzen. Die Verwaltung hat die „Gesamtkonzeption zur Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Landeshauptstadt Kiel“<sup>41</sup> den politischen Gremien/Ratsversammlung im Januar/Februar 2005 vorgelegt. Sie enthält Schwerpunktthemen (z.B. Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf), die jeweils mit konkret durchzuführenden Maßnahmen hinterlegt sind. Die Ernsthaftigkeit, mit der Kiel die Umsetzung der visionären Idee angeht, zeigt sich u.a. auch mit dem zeitgleich erfolgten Beitritt der Stadt Kiel im Vergleichsring Familienfreundliche Stadt der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung).



Ein weiterer Meilenstein ist der Ratsbeschluss von fünf strategischen Zielen im September 2005, von denen eines die Entwicklung zur kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands ist (siehe Kapitel 3.6.2). Die Steuerung und Umsetzung dieses Ziels ist im Dezernat IV (Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport) angesiedelt.

<sup>40</sup> Landeshauptstadt Kiel, Sozialdezernat: Kiel – die kinderfreundliche Stadt – Kiel 2005

### 3.6.2 Analytische und konzeptionelle Grundlagen

Im September 2005 hat die Ratsversammlung der Stadt Kiel die folgenden fünf strategischen Ziele beschlossen:

- Ziel I: Arbeitsplätze schaffen
- Ziel II: Wissenschaft stärken
- **Ziel III: Kinder- und familienfreundlichste Stadt werden**
- Ziel IV: KIEL.SAILING.CITY – Welthauptstadt des Segelns
- Ziel V: Verkehrsanbindung verbessern

Beeinflusst werden die fünf Ziele permanent durch zwei übergeordnete bzw. Querschnitts-Ziele:

- Ziel VI: Haushalt konsolidieren – Verwaltung als Unternehmen führen
- Ziel VII: Geschlechtergerechtigkeit auf allen kommunalen Ebenen umsetzen

Parallel erarbeitet die Stadt zurzeit ein Stadtentwicklungsprogramm (STEP), das vor allem einen theoretischen Überbau beinhalten wird. Für das Ziel III wurden darin konkretisierende Unterziele definiert (vgl. Abbildung 19), mit einer Beschreibung sowie Kennzahlen/Messeinheiten unterlegt. Das Unterziel „Vereinbarkeit von Familien und Beruf verbessern“ sieht bspw. die „Sicherstellung einer bedarfsgerechten Kinder- und Schulkindbetreuung“ vor und definiert die Versorgungsquote der Kinder unter drei Jahren mit Betreuungsplätzen als eine der relevanten Kennzahlen. Bis zum Jahr 2010 soll, so das operative Ziel, ein Versorgungsgrad von 20 % erreicht werden.

---

<sup>41</sup> Landeshauptstadt Kiel: Gesamtkonzeption zur Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Landeshauptstadt Kiel. Kiel 2005. =Drucksache 0012/2005



Die Basis der visionären Gesamtstrategie bildet die bereits zuvor erarbeitete und vom Rat beschlossene „Gesamtkonzeption zur Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Landeshauptstadt Kiel“ (2005)<sup>42</sup>. Das Konzept knüpft methodisch an die Studie von *empirica Delasasse* an und stellt für die folgenden fünf Handlungsfelder dieser Studie Indikatoren dar (z.B. verfügbare Plätze in Kinderkrippen, Geburtenrate, Erholungsfläche in qm je Einwohner):

- Sport und Spiel
- Erziehung und Bildung
- Kinder, Wohnen und soziales Umfeld
- Risiken
- Chancen

Kiel legte von Beginn an Wert darauf, ein permanentes Monitoring-System zu entwickeln. Die Konzeption beruht daher auf einem kennzahlenbasierten und fortschreibungsfähigen Konzept zur Messung der Kinderfreundlichkeit und zur Überprüfung entsprechender Fort-

<sup>42</sup> Ebda.

schritte. Bei der Auswahl der Kennzahlen pro Handlungsfeld orientierte sich die Stadt weitgehend an denen der vorliegenden Studie. Sie ließ jedoch bewusst solche Aspekte unberücksichtigt, deren Wirkung auf die Entfaltung der Kinderfreundlichkeit sie als gering einschätzte bzw. auf die die Stadt keinen unmittelbaren Einfluss nehmen kann. Letzteres ist z.B. bei den Kennzahlen „Anzahl der Kartbahnen“, „Anzahl der Freizeitparks“ und „Anzahl der Diskos“ der Fall. Die Werte für die zur Anwendung kommenden Indikatoren entstammen der amtlichen Statistik (z.B. Einwohnerstatistik) sowie eigenen Erhebungen (Befragungen, Zählungen, z.B. Anzahl der Bolzplätze).

Die Ausgangswerte für eine vergleichende Gegenüberstellung mit aktuellen Werten (2003) bildeten die ausgewählten Indikatoren-Ergebnisse (2001) der *empirica Delasasse*-Studie (siehe Beispiel Abbildung 20). Bei diesem Abgleich zeigt sich, inwieweit eine Veränderung zum Ausgangswert stattgefunden hat und wie weit der aktuelle Wert noch von den jeweiligen Zielwerten entfernt ist. Zur Erreichung der definierten Zielwerte (Maximum-Werte, Quartile und Median-Werte der *empirica Delasasse*-Studie) wurden für die einzelnen Indikatoren konkret durchzuführende Maßnahmen benannt.

**Abbildung 20: Abgleich der Indikator-Werte (Beispiel)**

Kategorie	Indikator	Lfd. Nummer
<b>Kinder, Wohnen und soziales Umfeld</b>	<b>Anteil der Wohnungen mit 4 Räumen und mehr an den Wohnungen insgesamt</b>	<b>00.00.00.</b>
Ausgangswert 2001 (nach empirica Delasasse): 57,63	<b>Aktueller Wert 12/2003 Kiel:</b> 57,81	<b>Zielwert-Maximum:</b> 77,73
		<b>Zielwert-Quartil-75:</b> 64,74
Abweichung 2001 Kiel zum Median: 4,83	<b>Abweichung 12/2003 Kiel zum Median:</b> 4,65	<b>Zielwert-Median:</b> 62,46

Erläuterungen: Nach Angaben des StaLa bestanden 12/2003 insgesamt 129.939 Wohnungen in Kiel, davon 75.116 mit 4 Räumen und mehr.

Quelle: Landeshauptstadt Kiel: Gesamtkonzeption zur Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Landeshauptstadt Kiel, 2005

Schließlich hat die Stadt drei zentrale Handlungsfelder abgeleitet:

- Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Sicherstellung der Kinderbetreuung und eine familienfreundliche Unternehmenskultur.

- Eine vorschulische, schulische und berufliche Förderung und Förderung von Gesundheit und Sicherheit von Kindern und Jugendlichen durch eine enge Zusammenarbeit und die Ausbildung von Netzwerken im Sozialraum.
- Die Stärkung Kiels als attraktiver Wohn- und Freizeitstandort für junge Familien.

Es ist vorgesehen, die Konzeption mindestens alle zwei Jahre in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe fortzuschreiben. Die jeweiligen Ämter übernehmen die notwendigen Aktualisierungen der Daten. Zudem ist das Kennzahlensystem nicht statisch angelegt, sondern Anpassungen und Ergänzungen der Kategorien und Kennzahlen sollen bei Bedarf fortlaufend erfolgen. Über Anpassungen des Kennzahlensystems diskutieren auch die Vertreter der Teilnehmerstädte des KGSt-Vergleichsring Familienfreundliche Stadt, deren Ziel es ist, ein einheitliches, fortschreibungsfähiges System als Vergleichsbasis zu entwickeln. Die erste Fortschreibung der Kieler Gesamtkonzeption wird daher voraussichtlich auf der Grundlage des innerhalb des KGSt-Vergleichsring entwickelten und abgestimmten Kennzahlensystems erfolgen.

Zur thematischen Vertiefung im Bereich Bauen und Wohnen dient das kommunale (wohnungswirtschaftliche) Wohnungsmarktkonzept<sup>43</sup>, das derzeit ein externes Forschungs- und Beratungsunternehmen erstellt. Einige Arbeiten (Bestandsaufnahme, Befragung) hat das Amt für Wohnen und Grundsicherung bereits im Vorfeld geleistet. Ziel des Konzeptes ist es, den zukünftigen Entwicklungen und Anforderungen im Bereich Bauen und Wohnen besser entsprechen zu können. Unter besonderer Berücksichtigung der strategischen Ziele Kiels soll das Wohnungsmarktkonzept Wege aufzeigen, die Einwohnerzahl von Kiel auf dem derzeitigen Niveau zu halten und welche Maßnahmen zur Zielerreichung erforderlich sind. Ausgehend von der Überlegung, dass Familien die Basis einer lebenswerten Stadt sind, liegt ein Schwerpunkt der Studie auf der Situation von Familien. Wichtige Themen, die die Lebensqualität von Familien beeinflussen und im Rahmen der Analyse berücksichtigt werden, sind z.B. Wohnungsangebot, Wohnumfeld, Infrastrukturausstattung und Freizeitmöglichkeiten. Die Handlungsempfehlungen sollen sowohl die Gesamtstadt als auch einzelne Stadtteile betreffen. Die Ergebnisse des Wohnungsmarktkonzeptes sollen darüber hinaus in das Stadtentwicklungsprogramm (STEP) einfließen.

---

<sup>43</sup> Nach Inkrafttreten des Wohnraumförderungsgesetzes (2002) hat das Land Schleswig-Holstein die Kommunen zur Erstellung von Wohnraumversorgungskonzepten (in Kiel: Wohnungsmarktkonzept) ermuntert. Ein Motiv für die Erstellung eines solchen Konzeptes liegt in der Erfüllung von Voraussetzungen für Fördermöglichkeiten des Landes. Es ist abrufbar unter [http://www.kiel.de/Aemter\\_61\\_bis\\_92/55/Wohnungsmarktkonzept/wohnungsmarktkonzept.htm](http://www.kiel.de/Aemter_61_bis_92/55/Wohnungsmarktkonzept/wohnungsmarktkonzept.htm). (08. November 2007)

Es setzt sich sukzessive eine stärkere Berücksichtigung der unterschiedlichen Sozialräume durch und ist inzwischen „Common Sense“ in Politik und Verwaltung. Als Meilensteine erwiesen sich die Ergebnisse der folgenden Untersuchungen, in denen alle Stadtteile Kiels unter bestimmten Aspekten begutachtet und miteinander verglichen wurden:

- Gutachten „Untersuchung zur Optimierung des Systems der Kinderbetreuung in der Landeshauptstadt Kiel“<sup>44</sup>
- Soziale Problemdichte in den Stadtteilen (Drucksache 0862/2006)
- Gesundheitsberichterstattung – Gesundheit von Schulanfänger/innen (Drucksache 0717/2006)
- Runde Tische „Schule und Jugendhilfe“ für die Stadtteile Gaarden und Mettenhof (Drucksache (1060/2006)

Bei sämtlichen Gutachten und Veranstaltungen hat die Stadt festgestellt, dass die Situation im Sozialraum Gaarden in vielfacher Hinsicht vergleichsweise defizitär ist. Die ersten konzeptionellen Überlegungen zur Verbesserung der sozialen Situation in Gaarden, insbesondere zur Verbesserung der Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungsbedingungen für Kinder- und Jugendliche, liegen nun in einer Geschäftlichen Mitteilung von Januar 2007 vor.<sup>45</sup>

Bereits einige Jahre zuvor (2003) beschloss die Ratsversammlung einen „Maßnahmenkatalog zur Eindämmung der Stadtfucht“, der sich auf die Ergebnisse einer Befragung von fortziehenden Bürgerinnen und Bürgern<sup>46</sup> stützte und die Ergreifung bzw. Fortführung folgender Maßnahmen im Bereich Bauen und Wohnen vorsah:

- Bauflächenangebot (Differenzierung des Bauflächenangebotes im Hinblick auf Standort und Qualität, interkommunale Abstimmung der Wohnbauflächenentwicklung in der Stadtregion)
- Wohnraumförderung (Förderung des Eigenheimbaus durch verbilligte Erbbaurechte, Zusammenlegung kleiner Wohnungen etc.)
- Unterstützung von Initiativen (Bewohnergenossenschaften, Gruppenwohnen etc.)

---

<sup>44</sup> Pricewaterhousecoopers, Universität Koblenz-Landau: Untersuchung zur Optimierung des Systems der Kinderbetreuung in der Landeshauptstadt Kiel – Kiel 2005

<sup>45</sup> Landeshauptstadt Kiel, Sozialdezernat: Bausteine und Perspektiven zur Verbesserung der sozialen Situation im Sozialraum Gaarden – Kiel 2007

<sup>46</sup> Vom 01. Januar bis 31. Dezember 2001 hat die Stadt alle Fortziehenden schriftlich und anonym befragt. Der Fragebogen wurde bei der Abmeldung im Bürger- und Ordnungsamt an die Abwandernden ausgegeben. Im Vordergrund der Untersuchung stand die Frage nach den Wegzugsmotiven. Vgl. Landeshauptstadt Kiel: Ergebnisse der Fragebogenaktion „Wegzüge aus Kiel“. Kiel 2003. Online unter [http://kiel.de/Aemter\\_61\\_bis\\_92/72/Umzuege/Umfragebericht.pdf](http://kiel.de/Aemter_61_bis_92/72/Umzuege/Umfragebericht.pdf) (08. November 2007)

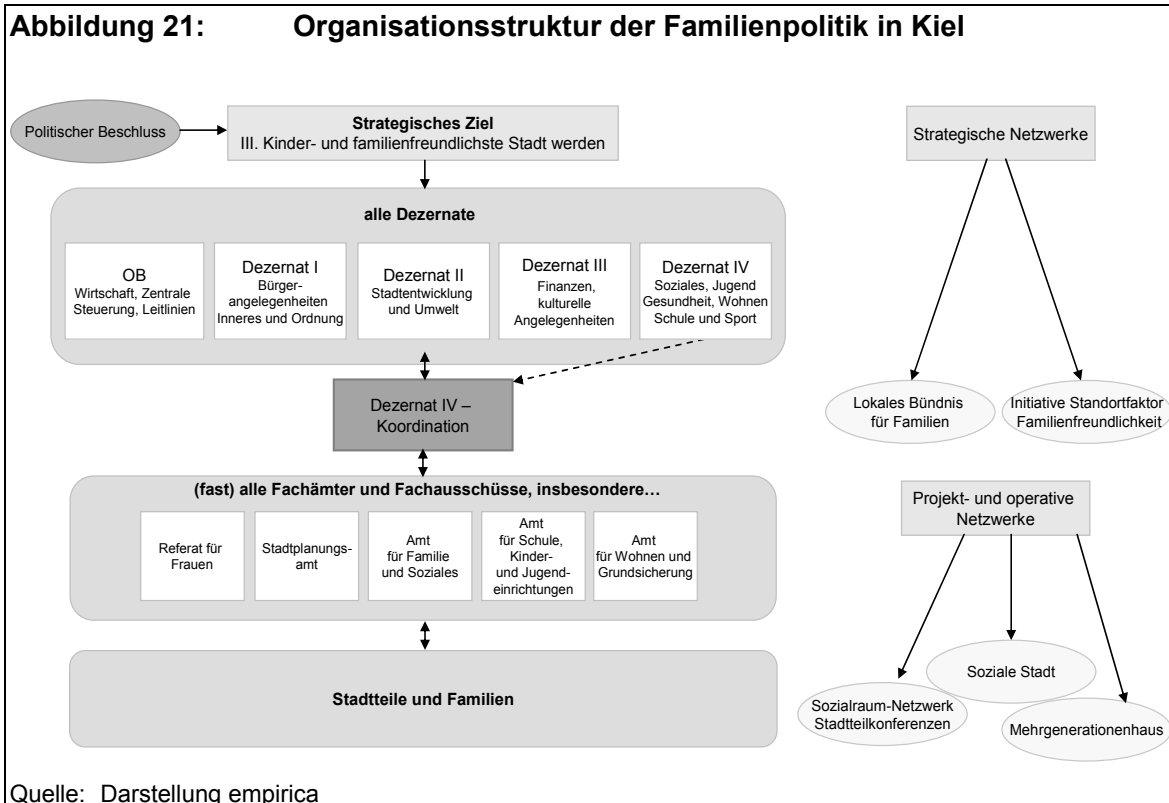
- Umfeld/Wohnumfeldverbesserung/Stärkung des Sicherheitsgefühls (Aktion Graffiti etc.)
- Fortführung laufender Programme (URBAN II, Soziale Stadt)

### 3.6.3 Organisationsstruktur

Der Stimmungs- und Bewusstseinswandel zugunsten familienpolitischer Themen nach dem politischen Führungswechsel spiegelte sich auch in einer neuen Organisationsstruktur wider. Zum einen wird in regelmäßigen Abständen die so genannte OB-Konferenz mit den Dezernenten sowie der Frauenbeauftragten einberufen, auf der die ressortübergreifende Abstimmung im Hinblick auf die vereinbarten strategischen Ziele eine hohe Priorität genießt. Nach den zuvor vorherrschenden zahlreichen Einzelmaßnahmen, weitgehend ungebündelt und ohne Vernetzung, folgt die Organisationsstruktur nun dem Motto „Neues gemeinsam erarbeiten und gestalten“.

Mit der Beschlussfassung der strategischen Ziele wurde insbesondere für die beiden Ziele „Wissenschaft stärken“ und „kinder- und familienfreundlichste Stadt werden“ eine personelle Unterstützung in der Verwaltung erforderlich. Für die benötigte Unterstützung wurde daher die neue Stelle für eine Koordination geschaffen, angesiedelt im Dezernat IV (Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport). Diese Stelle bildet sowohl eine interne Schnittstelle zwischen allen Dezernaten, Fachämtern und -ausschüssen (siehe Abbildung 21). Mit der Hälfte der Arbeitszeit ist die derzeit tätige Koordinatorin ausschließlich für die (ressortübergreifende) Koordination und Umsetzung der Maßnahmen zur Erreichung des Ziels „kinder- und familienfreundlichste Stadt werden“ zuständig. Des Weiteren agiert sie im Vergleichsring „Familienfreundliche Stadt“.

Neben den strategischen Zielsetzungen und deren Umsetzung durch die verschiedenen Gremien der Verwaltung gibt es weitere strategische Netzwerke außerhalb der Verwaltung, die sich für die Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in Kiel einsetzen. Dazu gehört die Initiative „Familienfreundlichkeit als Standortfaktor – Initiative für ein familienfreundliches Kiel“ (siehe unter Kapitel 3.6.4). Auf der Umsetzungsebene (Projekt- und operative Netzwerke) gibt es vielfältige Akteure, die sich um die Verbesserung der Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in einzelnen Stadtteilen kümmern. Dazu gehören z.B. das Sozialraum-Netzwerk/Stadtteilkonferenzen, das Programm Soziale Stadt und deren Umsetzungsinstanzen sowie die Initiative für ein Mehrgenerationenhaus in einem der belasteten Wohnquartiere (Gaarden).



### 3.6.4 Besondere Ansätze der Familienpolitik

#### Interkommunale Wohngebietsplanung

Gemeinsam mit den Umlandgemeinden Altenholz und Dänischenhagen hat die Stadt Kiel 1997 einen Zweckverband (Entwicklungsgemeinschaft Altenholz-Dänischenhagen-Kiel) gegründet.<sup>47</sup> Hintergrund war der Mangel der Stadt Kiel an eigenen Flächen für Gewerbeansiedlung. Um die Abwanderung von Unternehmen und damit drohende Steuerverluste abzuwenden, wurde in den benachbarten Gemeinden ein Konzept zur gemeinsamen Flächenentwicklung auf deren Gemeindegebiet erarbeitet. Die Vermarktung und Betreuung der anschließend ausgewiesenen Gewerbeflächen wurde der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) übertragen. Für entstehende Vor- und Nachteile haben die Kooperationspartner Ausgleichszahlungen vereinbart. Aufgrund der sinkenden Nachfrage nach Gewerbeflächen sowie der anhaltenden Umlandwanderung von Familien aus Kiel wurde die Zusammenarbeit im Jahr 2004 auf die Entwicklung eines interkommunalen

Wohngebietes inklusive eines Nahversorgungszentrums ausgedehnt. Für die Bewohner des interkommunalen Wohngebietes wollen die drei Kommunen die gemeindlichen Grenzen auflösen, so dass die Nutzung von Schulen und Kindergärten frei wählbar und zu günstigen Konditionen möglich ist. Ein Ausgleich soll unter den Kommunen dann nicht mehr gezahlt werden, wenn Kinder Schulen und Kindertagesstätten in einer der anderen Gemeinden besuchen. Dafür teilen sich die Beteiligten die anfallenden Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen zu je einem Drittel.<sup>48</sup>

### **Bestellung von Erbbaurechten zur Förderung der Eigentumsbildung**

Um auch einkommensschwächeren Familien und Haushalten mit unterschiedlichen Wohnvorstellungen die Möglichkeit zu bieten, in Kiel Eigentum zu bilden, setzt die Stadt seit langem die Bestellung von Erbbaurechten als Instrument des kommunalen Wohnungsbaus ein. Das bedeutet, dass die Stadt als Grundstückseigentümerin Bauplätze durch die Einräumung von Erbbaurechten schafft. Die Bauwilligen müssen den Bauplatz dadurch nicht kaufen; eine Spekulation wird verhindert, da der Erbbaurechtnehmer zur Bebauung verpflichtet ist. Der Vorteil besteht unter anderem darin, dass ökonomisch schwächere Haushalte die Möglichkeit zum Eigentumserwerb erhalten. Die Landeshauptstadt Kiel fördert durch die Berücksichtigung sozialer Kriterien bei der Höhe des Erbbauzinses die Eigentumsbildung finanzschwächerer Haushalte. Darüber hinaus gelingt es auf diese Weise, den Preisunterschied gegenüber dem Umland zu kompensieren. Um Erbbaurechte bestellen zu können, muss die Stadt Eigentümerin der Flächen sein. Dafür sieht sie vor, insbesondere innerstädtische Flächen (auch „Restflächen“) zu mobilisieren.

### **Sozialraumkonzept**

Kiel ist in sechs Sozialräume (Nord, Mitte, Mettenhof, Süd, Gaarden und Ost) unterteilt. Im Vergleich zu allen anderen Kieler Stadtteilen leben im Sozialraum Gaarden, einem ehemaligen Werftarbeiterviertel, überdurchschnittlich viele Erwerbslose und ALG II-Empfänger. Hier ist auch der Ausländeranteil am höchsten und das Gesundheitsrisiko bei Kindern besonders ausgeprägt (z.B. Übergewicht bei Einschulern, höchstes Kariesrisiko). Gleichzeitig korrespondiert die soziale Problemdichte nicht mit dem Einsatz sozialer Res-

---

<sup>47</sup> In den Leitlinien zur Umsetzung der Regionalplanung wird den Kommunen eine solche Kooperation angeraten, sollten die landesplanerischen Vorgaben zur effektiven Steuerung der Siedlungsentwicklung nicht ausreichen.

<sup>48</sup> Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (BMVBS) und BBR (Hrsg.): kommKOOP. Erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperation. Dokumentation des MORO-Wettbewerbs 2005/2006, Bonn 2006

sources (Kinderbetreuung, Schulsozialarbeit, Treffpunkte für Kinder und Jugendliche etc.). Entgegen aller Annahmen wurden Politik und Verwaltung bei einer genaueren Untersuchung der Sozialräume und der Gegenüberstellung von Betreuungsschlüsseln etc. auf den insbesondere in den belasteten Gebieten unterdurchschnittlichen Einsatz sozialer Ressourcen erstmals aufmerksam. Zur Verbesserung der Situation vor allem der in Gaarden lebenden Bewohner und der positiven Entwicklung des Sozialraums hat die Stadt mit dem Konzept „Bausteine und Perspektiven zur Verbesserung der sozialen Situation im Sozialraum Gaarden“ Vorschläge und Empfehlungen, inklusive Kosten- und Finanzierungsübersicht für die kommenden Jahre erarbeitet. Dabei fanden die beiden strategischen Oberziele „Kinder- und familienfreundlichste Stadt werden“ und „Arbeitsplätze schaffen“ als Leitidee Eingang in das in sechs Themen (z.B. Schule: Kooperation und Vernetzung im Stadtteil; Offene Jugendarbeit, Sport und Freizeit; Arbeit und Beschäftigung in Gaarden, Wohnen in sicherer und familienfreundlicher Umgebung) gegliederte Konzept. Für eine erfolgreiche Umsetzung der jeweiligen Vorschläge und Maßnahmen ist die Einbindung und Vernetzung von teilweise bereits seit Jahren im Sozialraum aktiven Initiativen, Instrumenten und Netzwerken wie z.B. der Gaardener Runde, der Stadtteilkonferenz, des Arbeitskreises „StadtTEILmarketing“, des Büros Soziale Stadt Gaarden von großer Bedeutung.

### **Initiative zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Lokales Bündnis für Familien**

Im Jahr 2004 wurde die Initiative „Familienfreundlichkeit als Standortfaktor – Initiative für ein familienfreundliches Kiel“ gegründet. Initiatoren des Bündnisses sind die Frauenbeauftragte/Referat für Frauen der Landeshauptstadt Kiel, der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt und das Nordelbische Männerforum. Das Bündnis steht unter der Schirmherrschaft der Oberbürgermeisterin und wird von der Industrie- und Handelskammer, der regionalen Wirtschaftsförderung sowie rd. 40 Kieler Unternehmen unterstützt. Ziel der Initiative ist es, Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Kieler Betrieben anzuregen (z.B. „CompanyKids Kiel“ – betriebliche engpassorientierte Kinderbetreuung, Beratung zum Thema „Familienbewusste Maßnahmen“ etc.). Dies soll zu einer Steigerung der Attraktivität der in Kiel vorhandenen Arbeitsplätze beitragen und eine stärkere Bindung qualifizierter Arbeitnehmer an ihr jeweiliges Unternehmen bewirken. Die Initiative will darüber hinaus zu einem Ausbau der Vernetzung zwischen Unternehmen, Stadt und sozialen Trägern beitragen. Im Sommer 2005

hat die Initiative eine Unternehmensbefragung<sup>49</sup> durchgeführt, die in erster Linie der Informationsgewinnung über die Verbreitung und Nutzung familienfreundlicher Maßnahmen in Kieler Betrieben dienen und das grundsätzliche Interesse an diesem Thema seitens der Betriebe wecken sollte. 2005 ist das Bündnis zur bundesweiten Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch der Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) beigetreten.

### **Weitere Ansätze**

Seit 2004 unterstützt die Landeshauptstadt Kiel das Segel-Projekt Camp24. Unter dem Motto KIEL.SAILING.CITY, das auch eines der strategischen Ziele der Stadt ist, erhalten alle Kieler Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit den Segelsport an der Kieler Förde kennen zu lernen. Neben dem Hauptsponsor Stadtwerke Kiel AG gibt es zahlreiche weitere finanzielle Unterstützer, die preiswerte und professionelle Lehrgänge gewährleisten, u.a. auch für Schulklassen.

### **3.6.5 Fazit**

Das Beispiel von Kiel zeigt, dass eine Trendwende im Hinblick auf die Entwicklung zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt möglich ist. Entscheidend war hierbei eine Initialzündung, die sowohl durch internes Engagement (neue Oberbürgermeisterin) als auch durch externe Impulse (Städteranking von *empirica Delasasse*) ausgelöst wurde. Der plötzliche positive Stimmungswandel und die Aufbruchsituation verhalfen zu einer Konsensfindung und Festlegung von Entwicklungszielen, die Politik, Verwaltung und Bürgerschaft mittragen. Zusätzlich führt die konsequente Etablierung einer geeigneten Organisationsstruktur dazu, die Belange und Bedarfe von Familien bereits auf der Stadtteilbene aufzunehmen und zu berücksichtigen.

Mit der Schaffung einer neuen Stelle innerhalb der Verwaltung, deren Aufgabe die Vermittlung von zwei der fünf Ziele, die Koordination und die Umsetzung ist, manifestiert sich die Entschlossenheit, mit der Kiel die Herausforderungen annimmt („*Wir sehen Entwicklungsmöglichkeiten und das reicht aus, um die Sache anzupacken.*“). Die Verankerung in der Verwaltung (kurze Wege, Ressortnähe etc.) in Kombination mit unternehmerischem Erfolgsdenken scheinen hier fruchtbar. Letzteres zeigt sich darin, dass die zur Zielerrei-

---

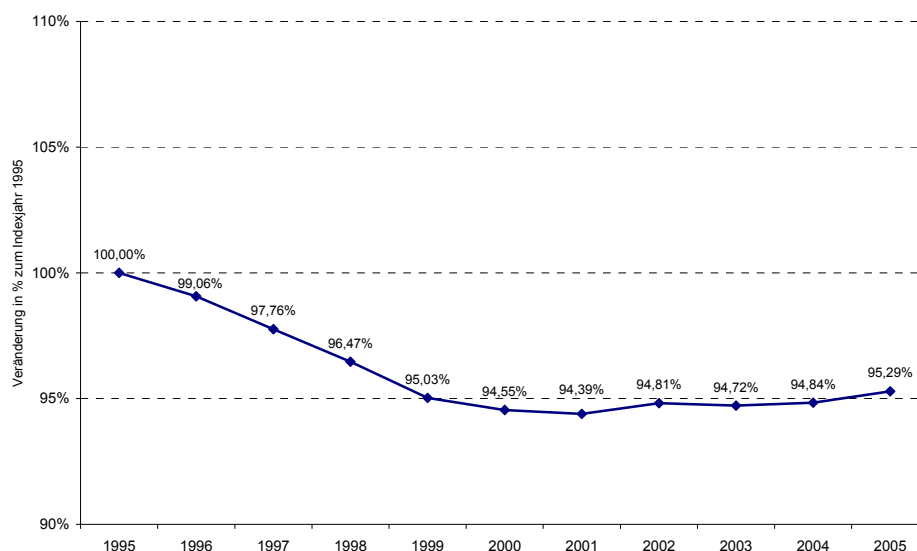
<sup>49</sup> Verbreitung und Bekanntheitsgrad familienfreundlicher Maßnahmen in Kiel. Eine Unternehmensbefragung im Auftrag der Initiative „Standortfaktor Familienfreundlichkeit – Initiative für ein familienfreundliches Kiel, Kiel 2005

chung eingesetzten Maßnahmen einem permanenten Controlling und Monitoring unterliegen, so dass Schwachstellen früh erkannt und behoben werden können. Gerade dieses Instrument der Erfolgskontrolle scheint ein Klima für Kreativität und neue Ideen zu begünstigen. Trotz der positiven Stimmung in Politik und Verwaltung, die das Thema Familie als ein zentrales Schlüssel- und Querschnittsthema betrachtet, gilt es, die ressortübergreifende Arbeit zu stärken und die Vernetzung mit Akteuren außerhalb der Verwaltung voranzutreiben. Zukünftige Themen werden sein: eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, stärkeres sozialraumbezogenes und bedarfsorientiertes Denken.

**Grundinformationen Kiel**

In Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt Kiel leben rd. 230.000 Einwohner. Durch die direkte Lage an der Kieler Förde (Ostsee) spielen der Hafen und die Wasserlage eine bedeutende wirtschaftliche Rolle. Insbesondere für die Fäh- und Kreuzschifffahrt hat sich Kiel zu einem bedeutenden Verkehrsknotenpunkt entwickelt. Darüber hinaus ist Kiel ein wichtiger Dienstleistungsstandort. Zudem ist Kiel mit rd. 27.000 Studenten an zwei Hochschulen und einer Fachhochschule ein bedeutender Universitätsstandort. Seit 1995 verliert Kiel deutlich an Einwohnern. Lebten zu diesem Zeitpunkt noch 246.000 Einwohner in der Stadt, sind es heute 4,7 % weniger (vgl. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Zwischen 1996 bis 1999 waren die jährlichen Verluste von über 2.000 Einwohnern besonders stark. Seit 2000 ist die Bevölkerungsentwicklung relativ stabil. Dies ist auf einen seitdem positiven Wanderungssaldo insgesamt zurückzuführen. Der Wanderungssaldo mit dem Umland ist hingegen weiterhin negativ. Die Entwicklung ist jedoch längst nicht mehr so gravierend wie noch zwischen 1995 bis 2001, als jährlich mehrere hundert Stadtbewohner – in den Spitzenjahren 1997 und 1998 mehr als 2.600 – das direkte Umland als neuen Wohnstandort (Landkreis Plön und Rendsburg/Eckernförde) wählten. Zu den Abwanderern zählten vor allem Familienhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren. Der Grund für die starke Umlandwanderung in Kiel liegt in günstigeren Preisen des Umlandes. Dort liegt der Preis für baureifes Land mit 100 bis 130 €/m<sup>2</sup> etwas niedriger als in der Stadt (zwischen 130 und 170 €/m<sup>2</sup>).

**Abbildung 22: Bevölkerungsentwicklung 1995 bis 2005 (1995 = 100)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2007

### **3.7 Mainz**

#### **3.7.1 Entwicklung der Familienpolitik**

Familienpolitik spielt in Mainz seit etwa Mitte der 1990er Jahre eine zunehmend wichtigere Rolle. Zuvor existierten zwar diverse Maßnahmen zur Unterstützung von Familien, jedoch erfolgten diese weitgehend als Einzelmaßnahmen und nicht in dem Bewusstsein der Bedeutung von Familien für die Gesamtstadt.

Erst mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel des Familienbildes und der Rolle der Frau veränderte sich die Wahrnehmung des Themas und wurden Aspekte der heutigen Familienpolitik in der Kommunalpolitik verstärkt diskutiert. Auch in konservativen Kreisen wurde die steigende Berufstätigkeit von Frauen als Teil eines neuen Familienbildes mittlerweile weitgehend akzeptiert. In der Folge ergab sich die Frage nach der praktischen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit rückte Mitte der 1990er Jahre das Thema Kinderbetreuung in den Vordergrund, welches die eigentliche Familienpolitik in Mainz einleitete. Allerdings stand der Begriff „Familienpolitik“ in dieser Anfangsphase nicht im Mittelpunkt, da sich die Maßnahmen im Wesentlichen auf die Kinderbetreuung beschränkten.

Im Jahr 1994 erfolgte aus Anlass des internationalen Jahres der Familie zunächst eine systematische Bestandsaufnahme aller familienspezifischen Maßnahmen und Angebote in Mainz. Schwerpunkt war auch hier der Sozialbereich.

Ein Meilenstein, welcher diese Diskussionen in Mainz konkretisierte und als Folge des gewandelten Familienbildes anzusehen ist, war die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz. Bereits im Jahr 1993 wurde ein entsprechendes Landesgesetz in Rheinland-Pfalz verabschiedet, in 1996 folgte der bundesweite Rechtsanspruch. Mainz übernahm in den Folgejahren eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung und schuf verstärkt Plätze in Kindergärten.

Ein weiterer wesentlicher Faktor, welcher den Beginn der familienpolitischen Diskussion Mitte bis Ende der 1990er Jahre förderte, war die Erkenntnis um die Problematik der Stadt-Umland-Wanderungen und die demographischen und fiskalischen Auswirkungen auf Mainz. Die Stadt realisierte, dass es als Folge der Baulandpolitik (Anfang der 1990er Jahre wurden keine neuen Baugebiete ausgewiesen) eine massive Abwanderung insbe-

sondere von Familien ins Umland gab. Selbst von der Zuwanderungswelle Anfang der 1990er Jahre aus Ostdeutschland und Osteuropa profitierte Mainz nur unterdurchschnittlich, da sich die Zuzügler aufgrund des Baulandmangels in Mainz häufig im Umland niederließen. Als Folge des knappen Angebots stiegen die Bodenpreise in dieser Zeit stark an. Erst mit der Fertigstellung neuer Baugebiete Mitte der 1990er Jahre kehrte sich die Wanderungsbilanz um und stabilisierten sich die Preise. Der Erfolg dieser sog. „Housing Areas“ war für die Stadt ein „Aha-Erlebnis“. Jedoch waren die Baugebiete in dieser Zeit noch nicht speziell auf Familien ausgerichtet; im Vordergrund standen die Deckung des quantitativen Bedarfs und die Bereitstellung von Geschosswohnungen für sozial benachteiligte Haushalte.

Erst mit einem starken Defizit in den städtischen Finanzen um das Jahr 2000 herum und der Erkenntnis, dass die Situation der Landkreise meist finanziell besser war, wurde deutlich, dass neben der mengenmäßigen Abwanderung auch eine selektive Abwanderung vor allem von gut verdienenden Haushalten und Familien erfolgte. Damit rückten nun verstärkt Familien in den Mittelpunkt der Problematik der Stadt-Umland-Wanderung, so dass das Halten speziell von Familien in der Stadt explizites Ziel wurde. Bereits in 2001 wurde als Konsequenz die exemplarische Durchführung einer Familienfreundlichkeitsprüfung für ein Bauleitplanverfahren vom Stadtrat beschlossen.

Dies ging einher mit einem einsetzenden gesellschaftlichen Diskurs um den demographischen Wandel, welcher auch in Mainz die Diskussion um die Bedeutung von Familien und Kindern stärkte. Im Mittelpunkt dieses neuen familienpolitischen Themas stand in Mainz vor allem die Frage nach den Auswirkungen einer alternden Gesellschaft auf junge Familien mit Kindern und danach, wie Kindern eine Perspektive gegeben werden kann. Insbesondere die Generation der 30- bis 40-Jährigen Eltern leitete dieses Thema ein, da sie im Alltag unmittelbar mit Generationenkonflikten (Bsp. Beschwerden älterer Menschen über Lärm durch Kinder) konfrontiert werden.

Insgesamt erfolgte in dieser ersten Phase ein eher schleichender Bewusstseinswandel, welcher vor allem von äußeren Rahmenbedingungen und eigenen Problemen initiiert wurde. Die Themen Kinderbetreuung und Baulandausweisung wurden zunächst noch als parallele und weitgehend unabhängige Themenfelder behandelt.

Eine zweite Phase der Familienpolitik setzte 2002 mit der externen Vergabe einer umfassenden Wohnungsmarktstudie ein, welche neben einer quantitativen Angebotsausweitung auch eine Qualitätssteigerung, Angebotsdiversifizierung, Konzentration auf Einfami-

lieh Häuser und zielgruppenspezifische (d.h. insbesondere auf Familien gerichtete) Ausrichtung der Neubaugebiete empfahl<sup>50</sup>. Diese neue Strategie wurde ab 2003 konsequent umgesetzt und trifft aktuell auf eine hohe Nachfrage insbesondere bei jungen Familien.

Die neue Bedeutung von Familien zeigt auch die Durchführung von zwei Familienkonferenzen in 2001 und 2004<sup>51</sup>. Diese sollten sowohl den Stand der Mainzer Familienpolitik dokumentieren und Akteure vernetzen als auch Handlungsfelder verdeutlichen sowie die Ergebnisse einer Online-Befragung von Familien präsentieren.

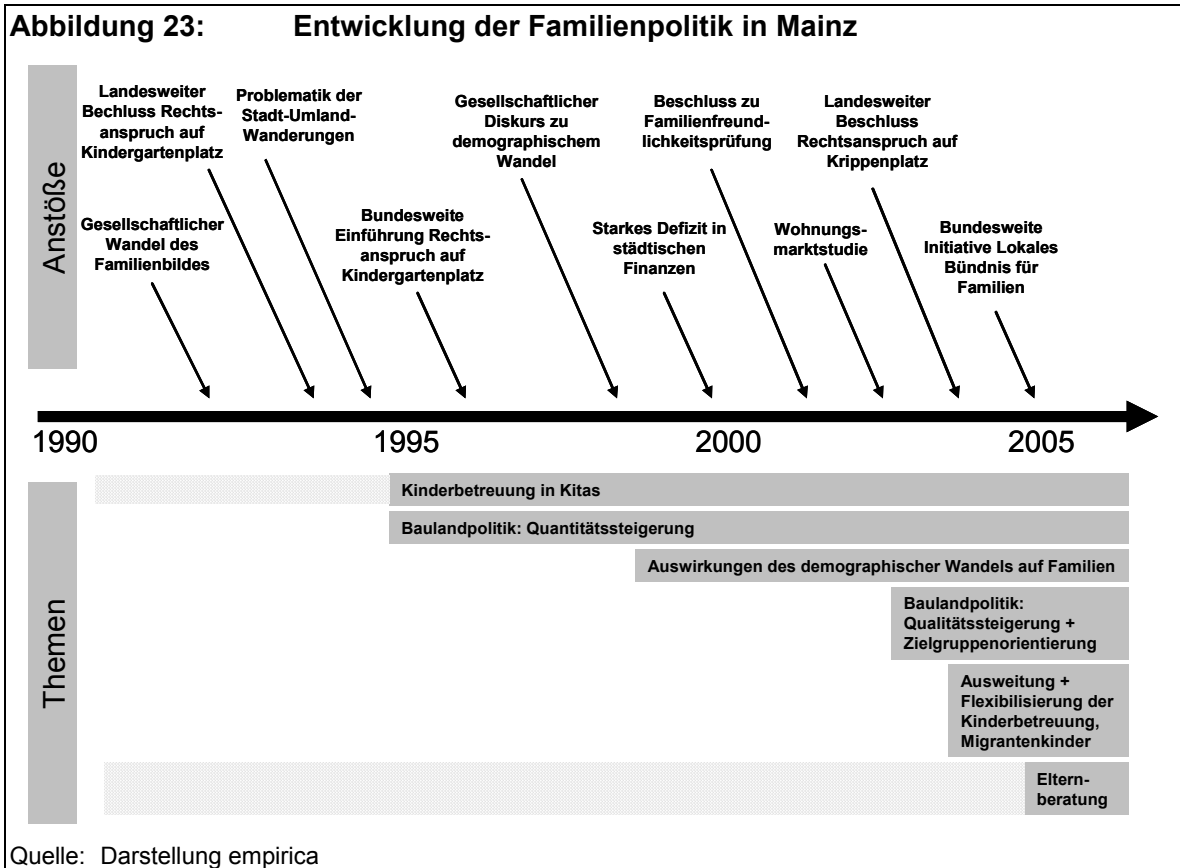
Der in Rheinland-Pfalz landesweit eingeführte Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für Kinder ab 2 Jahren ab 2010 führte zusammen mit offensiven Forderungen und Eigeninitiativen von Eltern auch in Mainz zu verstärkten Aktivitäten in diesem Bereich. Damit spielen zivilgesellschaftliche Ansätze in Mainz für die Familienpolitik eine wichtige Rolle. Gleichzeitig rückte auch der Bedarf von Migrantenkindern in den Vordergrund, so dass aktuell deren frühzeitiger Besuch von Kindertagesstätten und Sprachförderung unterstützt werden.

Neben der Wohnungsmarktstudie führte schließlich auch die Gründung eines lokalen Bündnisses für Familien im Jahr 2005 zu einer Aufbruchstimmung und verstärktem Engagement aller Akteure. Auslöser war die namensgleiche bundesweite Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und zahlreiche vorangegangene Beispiele anderer Städte. Mit dem neuen Bündnis kamen auch weitere Themenfelder zur Familienpolitik hinzu. Dazu zählt insbesondere die Individualisierung und Flexibilisierung der Kinderbetreuung (z.B. Ferienbetreuung, Tagespflege etc.) und Ganztagsbetreuung, aber auch die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Elternbildung, Gesundheit und Wohnumfeld.

---

<sup>50</sup> empirica: Wohnungsmarktregion Mainz. Berlin 2003.

<sup>51</sup> Stadt Mainz: Dokumentation der 2. Mainzer Familienkonferenz. Mainz 2004.



Zusammenfassend zeigt sich auch in dieser zweiten Phase der Familienpolitik, dass es sowohl interner Problemlagen, zivilgesellschaftlicher Forderungen als auch externer Anstöße und Rahmenbedingungen bedarf, um einen kommunalen Konsens und die Durchführung von konkreten Maßnahmen zu erreichen. Dies war in Mainz jedoch nur so kurzfristig möglich, da in den Jahren zuvor bereits mit verschiedenen Diskussionssträngen und einer veränderten Wahrnehmung die Grundlagen gelegt wurden.

### 3.7.2 Analytische und konzeptionelle Grundlagen

Analytische Grundlagen spielten in Mainz vor allem im Bereich Wohnungspolitik als ein Aspekt von Familienpolitik eine entscheidende Rolle.

Eine von einem externen Gutachterbüro Anfang der 1990er Jahre erstellte Wohnungs- und Bevölkerungsprognose wies bereits auf den Zusammenhang von Baulandverfügbarkeit und Wanderungen hin. Allerdings setzte sich diese Erkenntnis zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht in der gesamten Verwaltung und Kommunalpolitik durch, obwohl

gerade in dieser Zeit die Abwanderung aufgrund mangelnder Baulandverfügbarkeit besonders groß war.

1998 erfolgte eine umfangreiche Beratungsstellenuntersuchung, für welche eine schriftliche Befragung aller Einrichtungen für Ehe-, Familien- und Lebensberatung sowie für Erziehungsberatung durchgeführt wurde. Als Ergebnis dieser Studie wurde die Trennung der beiden Themenfelder aufgehoben und ein System der integrierten Beratungsstellen für Familien aufgebaut. Dies umfasst ebenfalls die Einführung einheitlicher Rahmenbedingungen, Qualitätsstandards und einer leistungsbezogenen Finanzierung sowie den Abschluss von konkreten Leistungsvereinbarungen mit den freien Trägern. Dieser Prozess und das Ergebnis wurden 2004 mit dem bundesweiten ConSozial-Preis für innovative Projekte aus der Sozialwirtschaft ausgezeichnet.

Eine extern vergebene Studie zur Wohnungsmarktregion Mainz<sup>52</sup> empfahl 2003 nicht nur die quantitative Ausweitung des Einfamilienhausbaus, sondern auch die qualitative Verbesserung und Diversifizierung des Angebots- und Preisspektrums als ein Instrument um die Abwanderung von Familien zu reduzieren. Die Stadt Mainz setzte die Empfehlungen daraufhin in ihrem aktuellen Neubaugebiet Gonsbachterrassen<sup>53</sup> um und schuf damit die Voraussetzungen zur Attraktivitätssteigerung des Wohnstandortes Mainz speziell für Familien.

Kurz nach der Wohnungsmarktstudie wurde 2004 eine Studie zur Stadt-Umland-Wanderung in Mainz<sup>54</sup> erstellt. Sie analysiert den Suburbanisierungsprozess und dessen Auswirkungen für Mainz und bewertet die verschiedenen Instrumente der räumlichen Planung. Gleichzeitig empfiehlt die Studie eine verstärkte regionale Kooperation und eine Neuorientierung in der Regional- und Bauleitplanung. Inwiefern dies zukünftig umgesetzt wird, bleibt noch offen; in jedem Fall zeigt die Vergabe der Studie jedoch einen Bewusstseinswandel hinsichtlich der Abwanderungsproblematik.

Eine ebenfalls in 2004 durchgeführte Online-Umfrage unter Familien auf der Homepage der Stadt versuchte nicht nur, Familien auf die anstehende Familienkonferenz aufmerksam zu machen und deren Engagement zu wecken, sondern auch die aus Familien-Sicht wichtigen Handlungsbedarfe und Wünsche zu erfassen, um damit die Lebensverhältnisse

---

<sup>52</sup> empirica: Wohnungsmarktregion Mainz., a.a.O.

<sup>53</sup> Gonsbachterrassen GmbH (Hrsg.): Gonsbachterrassen – Ein neues Mainzer Wohnkonzept. Mainz 2006.

<sup>54</sup> Stadt Mainz: Stadt-Umland-Studie Mainz Rheinhessen. Mainz 2004.

der Familien in Mainz zu erleichtern. Damit fördert die Stadt die Partizipation der Zielgruppe und damit eine bessere Orientierung der Maßnahmen an den tatsächlichen Bedürfnissen. Als Ergebnis ergab sich weiterer Handlungsbedarf insbesondere bei der Kinderbetreuung und der Vereinbarkeit von Familien und Beruf, zum ersten Mal wurde das Thema flexiblere Betreuungszeiten und Ferienbetreuung deutlich. Ergänzt wurde diese Umfrage durch eine weitere gezielte Umfrage in städtischen Kindergärten bezüglich deren Öffnungszeiten. Die Ergebnisse dieser Studien wurden sowohl von der Kommunalpolitik als auch vom Bündnis für Familien aufgegriffen und in Form eines Ausbaus der Kinderbetreuung, insbesondere der unter-3-Jährigen-Betreuung, umgesetzt.

Damit zeigt die Stadt insgesamt eine hohe Handlungsbereitschaft bei durch Studien und Umfragen aufgedeckten Missständen.

### **3.7.3 Organisationsstruktur**

Die zentrale Rolle in der Familienpolitik nimmt das Dezernat für Soziales, Jugend und Wohnen und darin insbesondere das Jugendamt und der Referent für Familienpolitik ein. Letztere Stelle soll die unterschiedlichen Aktivitäten zu diesem Thema verknüpfen, Kommunikation etablieren und Familien als erste Anlaufstelle dienen. Von hier aus wird auch das Bündnis für Familien koordiniert und gesteuert. Die Einrichtung dieser Stelle zeigt den gewachsenen Stellenwert der Familienpolitik in der Stadt.

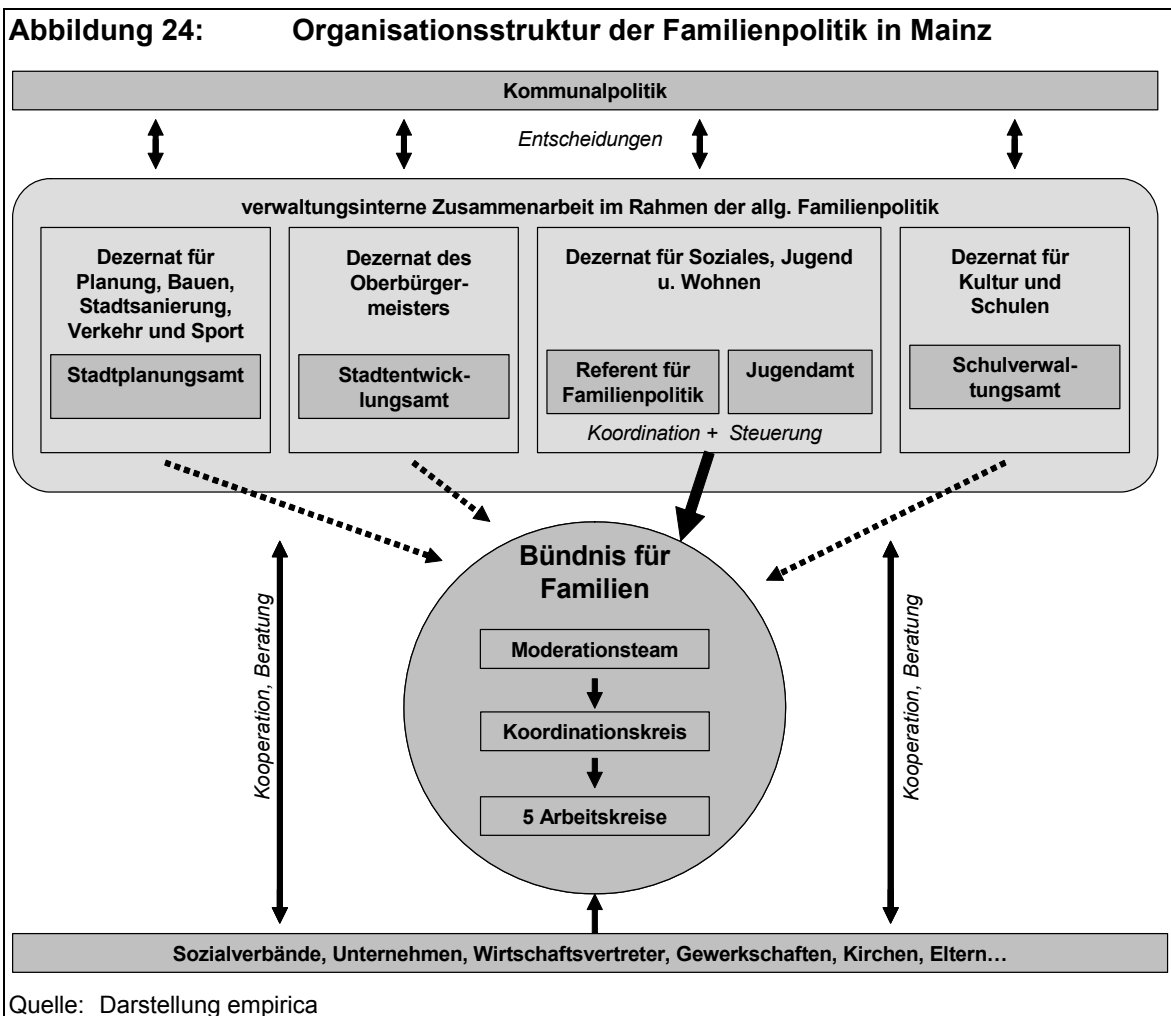
Weitere Ämter sind ebenfalls in die Familienpolitik involviert und setzen entsprechende Ziele in ihren eigenen Aufgabenbereichen um (z.B. Stadtplanungsamt, Stadtentwicklungsamt, Schulverwaltungsamt). Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe „familienfreundliches Mainz“ trifft sich mindestens einmal monatlich zum Austausch.

Ein seit kurzem bestehender informeller Familientisch soll darüber hinaus die Verwaltung mit Vertretern von zivilgesellschaftlichen Institutionen und Familien zusammenbringen, jedoch zeigen Familien wenig Interesse an diesen Treffen oder sind schlichtweg nicht darüber informiert.

Das Bündnis für Familien wird von einem Team aus vier Personen moderiert, hierzu zählen neben dem Referenten für Familienpolitik auch Vertreter des Kinderschutzbundes, der Wirtschaftsunioren und des Zentrums für gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Ihre Aufgaben liegen in der Organisation, Moderation und Koordination aller Aktivitäten und Veranstaltungen des Bündnisses. Ein großer

Koordinationskreis aus Vertretern der Ratsfraktionen, Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Institutionen und interessierten Bürgern trifft sich daneben etwa 3-4x pro Jahr. Von den regelmäßig über 1000 per Mailverteiler eingeladenen Personen nehmen meist 15-25 Personen an den Treffen teil. Ihre Aufgabe ist es, die Ziele und Aktivitäten des Bündnisses in Politik, Verwaltung und Gesellschaft zu tragen und untereinander zu koordinieren.

Insgesamt unterstützt die Stadt das Thema vor allem personell, indem sie die Stelle des Referenten für Familienpolitik geschaffen hat und Mitarbeiter für Arbeitsgruppen und Aktivitäten freistellt. Sie informiert über Landesprogramme und stellt Kontakte her, eine finanzielle Unterstützung der Projekte erfolgt jedoch nur sehr eingeschränkt. Ebenso existiert eine strategische Ausrichtung aller Ämter auf familienpolitische Zielsetzungen und eine konsequente Steuerung nicht. Es bleibt bisher bei einer eher informellen Koordination.



### 3.7.4 Schwerpunkte der Familienpolitik

Aktuell umfasst Familienpolitik in Mainz drei von ihrer Bedeutung etwa gleichrangige übergeordnete Themenfelder:

#### **Wohnen**

Die Baulandpolitik von Mainz zielt auf den Verbleib von gut verdienenden Familien in der Stadt und ist bestrebt die Stadt-Umland-Wanderung zu reduzieren. Zwischen 1994 und 1996 wurden mehrere neue große Wohngebiete auf Konversionsflächen und ehemaligen Sportplätzen errichtet. Zu dieser Zeit wurde aber lediglich eine Mengenstrategie verfolgt und es gab noch keine gezielte Ausrichtung an Familien. Außerdem wurde in den 1990er Jahren auf ältere Haushalte in größeren Einfamilienhäusern zugegangen, damit diese in kleinere Wohnungen umziehen und ihre Häuser für Familien freiziehen, allerdings gab es nur wenig Resonanz.

Heutzutage stehen statt einer reinen Mengenstrategie vielmehr eine Qualitätssteigerung, Zielgruppenorientierung und eine größere Angebotsdiversifizierung im Vordergrund. Als Beispiel dafür stehen die Gonsbachterrassen, ein hochwertiges Neubaugebiet von insgesamt über 50 ha. Zunächst wurde ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt. Interessenten müssen bereits vor dem Kauf zur Qualitätssicherung einen Vorentwurf vorlegen und ein Gestaltungshandbuch ist fester Bestandteil des Kaufvertrages. Bauträger sind unerwünscht. Das Projekt wird von einer Lenkungsgruppe aus Stadtwerken, Wohnbau und Planungsamt gesteuert, welche sich einmal wöchentlich treffen um über Kaufanträge zu entscheiden. Zur Organisation und Durchführung des Projektes wurde eigens die Gonsbachterrassen GmbH aus städtischer Wohnbau und Stadtwerken gegründet.

Zur Sicherstellung von Familienfreundlichkeit in Bauleitverfahren wurde 2001 weiterhin beschlossen, in einem kleineren Neubaugebiet im Stadtteil Finthen exemplarisch eine Familienfreundlichkeitsprüfung einzuführen. Ziel ist es, das „familienfreundliche Denken zu schärfen, Ziele und Beurteilungskriterien zu konkretisieren und bekannt zu machen und die Zielerreichung überprüfbar zu machen“. Bei erfolgreicher Umsetzung wird angestrebt, in Zukunft 20% der Bebauungspläne einer Familienfreundlichkeitsprüfung zu unterziehen, wobei es sich weniger um standardisierte Kriterien als vielmehr um eine fallbezogene Prüfung handeln wird. Da das Bebauungsplanverfahren lediglich den konzeptionellen Rahmen festlegt, innerhalb dessen die Bauherren ihre Planungen durchführen, wird die Familienfreundlichkeitsprüfung durch weitere Prüfverfahren auf der Ebene der Ausbauplanungen und durch Sensibilisierung der Bauherren ergänzt.

## **Unterstützung und Beratung von sozial schwächeren Familien**

Während sich der erste Schwerpunkt vor allem Mittelschichten widmet, sollen in einem zweiten Schwerpunkt sozial schwächere Familien unterstützt und allen Kindern gleiche Zukunftschancen gegeben werden. Im Rahmen des bundesweiten Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser 2006 nimmt Mainz z.B. mit dem „Römerquellen-Treff“ im Stadtteil Finthen als eines von 50 geplanten Modellprojekten teil. Es besteht aus einem Bürger- und Nachbarschaftszentrum als Anlaufstelle für Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen, insbesondere für Familien. Ziel ist die Beratung von Familien, die Vernetzung von Initiativen und Vereinen, die Bereitstellung von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Sozial-, Alten-, Behinderten-, Hausaufgaben- u. Gesundheitshilfe und die Durchführung von intergenerativen Projekten.

## **Schaffung von adäquaten Lebensbedingungen in der Stadt**

Hierbei zielt die Stadt auf die Verbesserung der Alltagssituation von Familien. Laut Angaben der Stadt soll auch die Entscheidung von Eltern für mehr Kinder unterstützt werden. Zentrale Maßnahmen betreffen insbesondere den Ausbau der Kinderbetreuung. Alle Grundschulen in Mainz haben feste Betreuungszeiten bis mindestens 13 Uhr und aktuell gibt es intensive Gespräche mit Elterninitiativen zu deren stärkerer Unterstützung. Derzeit werden der Ausbau der Ferienbetreuung und allgemein flexiblere und individuellere Betreuungszeiten diskutiert.

Die Ziele des lokalen Bündnisses für Familien unterstützen ebenfalls diese drei Themenfelder, aber sind etwas weiter gefasst. Das Bündnis bearbeitet dabei folgende Einzelthemen:

- 1. Kinderbetreuung:** Es werden Aktionstage durchgeführt und Flyer konzipiert und in Kürze ist eine Umfrage unter Eltern zum Bedarf an Ferienbetreuung geplant. Außerdem ist eine Vereinfachung des Abrechnungsverfahrens für Ferienbetreuungsinitiativen von Eltern in Planung.
- 2. Stärkung der Elternkompetenz über Beratungs- und Hilfsangebote:** Dieses Ziel soll in einem ersten Schritt über die Erstellung eines Informationsblatts zu Beratungs- und Fortbildungsmöglichkeiten erreicht werden.
- 3. Informationen für Familien:** Dieser Arbeitskreis konnte einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Transparenz für Familien leisten, indem er z.B. die Website [www.familien-in-mainz.de](http://www.familien-in-mainz.de) oder das Kinderbranchenbuch initiierte.

- 4. Familie und Arbeitswelt:** Dieser Arbeitskreis setzt sich familienfreundliche Arbeitszeiten und ein familienfreundliches Betriebsklima zum Ziel. Indem Eltern in ihren Betrieben auf Verständnis und Unterstützung für ihre familiären Pläne stoßen, soll ihre Entscheidung für Kinder gestärkt werden. Die Betriebe zeigen zwar Interesse, bisher kam es allerdings noch zu keiner Umsetzung.
- 5. Familie und Gesundheit:** Ziel dieses Arbeitskreises ist es, die Ernährungssituation und sportliche Betätigung bzw. Bewegung von Familien zu fördern. Er hat bereits an mehreren Aktionstagen teilgenommen und dort Aufklärungsarbeit geleistet.
- 6. Familie und Wohnumfeld:** Hier steht das Thema familienfreundliches Wohnen und Wohnumfeld im Mittelpunkt. Allerdings gab es bisher Probleme bei der Einigung auf eine Definition zu familienfreundlichem Wohnen sowie Probleme bei der Umsetzung dieses Ziels.

Insgesamt zielen diese in Mainz im Rahmen der Familienpolitik behandelten Themen vor allem auf die Verbesserung der Alltags- und Lebenssituation von Familien und auf eine Stärkung der Wettbewerbsposition gegenüber dem Umland. Die Themen umfassen zwar sehr unterschiedliche Aspekte des täglichen Lebens von Familien und werden gemeinsam behandelt und koordiniert, aber sie stehen in keinem übergeordneten konzeptionellen Zusammenhang, welchem alle Bereiche öffentlichen Handelns untergeordnet sind. Damit gewinnt zwar Familienpolitik an Bedeutung, wird aber noch nicht konsequent umgesetzt.

### 3.7.5 Fazit

Familienpolitik in Mainz hebt sich durch eine mittlerweile hohe Handlungsbereitschaft beim Thema Wohnen von Familien aufgrund von Ergebnissen von Studien zum Thema Wohnungsmarkt und Stadt-Umland-Wanderung hervor. Aufgrund dieser Studien wurde die eigene Problemlage – die Abwanderung von Mittelschicht-Familien ins Umland – in den letzten Jahren erkannt und kurzfristig angegangen. Im Gegensatz zu der rein mengenmäßigen Angebotsausweitung Mitte der 1990er Jahr, welche zwar bereits zu einer deutlichen Reduktion der Stadt-Umland-Wanderung und zu einer Stagnation des Preisanstiegs führte, wurde in jüngerer Zeit vor allem Wert auf eine Zielgruppenorientierung auf Familien und eine Qualitätssteigerung gelegt und damit versucht, die Wettbewerbs-

position gegenüber dem Umland zu stärken. Allerdings bleibt diesbezüglich das größte Problem der Stadt das hohe Preisniveau und der Mangel an ausreichend Grundstücken.

Gleichzeitig wird zunehmend versucht, die Lebensbedingungen von Familien in der Stadt und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, wofür wiederum externe Anstöße (z.B. Umfragen, Gesetzesänderungen, gesellschaftlicher Wandel) ausschlaggebend waren. In diesem Zusammenhang werden verstärkt auch zivilgesellschaftliche und partizipative Ansätze verfolgt.

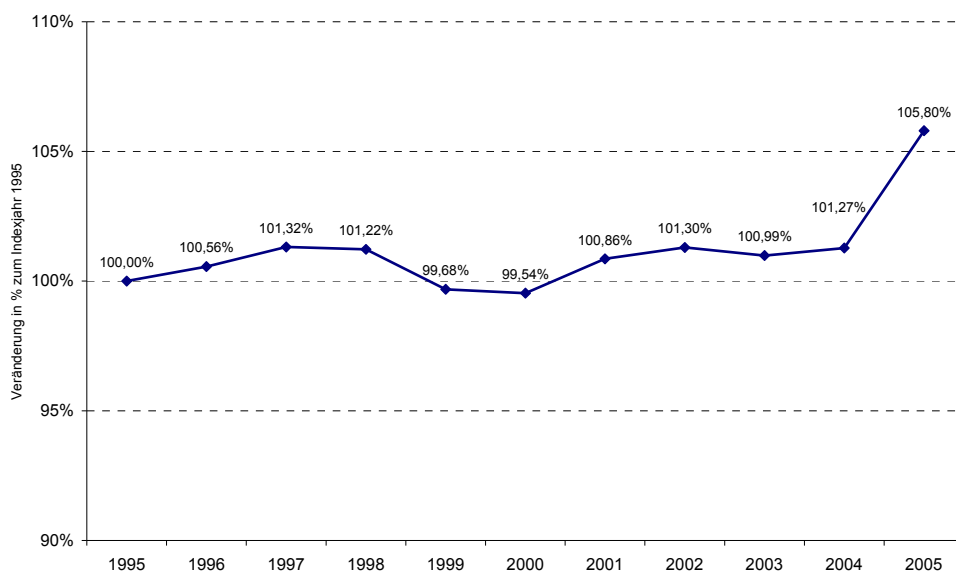
Für den Erfolg und das langfristige Weiterbestehen der Familienpolitik in Mainz ist vor allem die Koordination des Prozesses durch die Stelle des Referenten für Familienpolitik, die Durchführung von Umfragen und Öffentlichkeitsarbeit sowie letztendlich die schnelle Erzielung von konkreten Ergebnissen und Erfolgserlebnissen (z.B. Familien-Homepage, Aktionstage...) wichtig. Hindernisse ergeben sich vor allem durch die finanzielle Belastung bei angespannter Haushaltsslage, durch den mit der Kommunikation und Koordination bei Aktivitäten sowie der Qualitätssicherung bei Neubaugebieten verbundenen hohen Aufwand und durch die informelle Basis des lokalen Bündnisses und anderer verwaltungsinterner Netzwerke, welche die Gefahr in sich bergen, dass sich der begonnene Prozess verläuft.

Insgesamt befindet sich Mainz mit seiner Familienpolitik auf einem guten Weg, könnte diese aber durch eine umfassendere Steuerung und verstärkte strategische Ausrichtung effektiver gestalten.

**Grundinformationen Mainz**

Die Stadt Mainz ist mit ihren rund 193.000 Einwohnern die größte Stadt und zugleich Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz. Mainz nimmt eine Zwischenlage ein zwischen Frankfurt als hochpreisigem Zentrum im Osten und dem preisgünstigeren Umland westlich von Mainz. Zusammen mit Wiesbaden bildet Mainz ein Zentrum unmittelbar am Rhein. Die Bevölkerungsentwicklung von Mainz schwankt leicht und verzeichnet aufgrund der Einführung der Zweitwohnsitzsteuer einen deutlichen Zuwachs in 2005. Als Universitätsstadt ist das Wanderungsgeschehen vor allem durch eine Netto-Zuwanderung von 18- bis unter-30-Jährigen geprägt, alle anderen Altersgruppen wandern dagegen im Schnitt ab. Dazu zählen insbesondere die Familien. Während der negative Wanderungssaldo mit dem Umland bis 1997 und – nach einem kurzzeitigen Anstieg – auch bis 2003 deutlich rückläufig war, steigt der Wanderungsverlust mit dem Umland ab 2004 wieder an.

**Abbildung 25: Bevölkerungsentwicklung 1995 bis 2005 (1995 = 100)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2007

Die Bodenrichtwerte für Ein- und Zweifamilienhäuser liegen mit 300 €/m<sup>2</sup> bis 535 €/m<sup>2</sup> in guten Lagen unter denen von Wiesbaden und Frankfurt. In den Umlandgemeinden sind die Bodenpreise für Wohnbauland niedriger als im Stadtgebiet, wenngleich sich die „begehrten“ Umlandgemeinden in ihrem Preisniveau dem der Kernstadt angenähert haben (zwischen 200 €/m<sup>2</sup> und teilweise 500 €/m<sup>2</sup>).

## 3.8 Würzburg

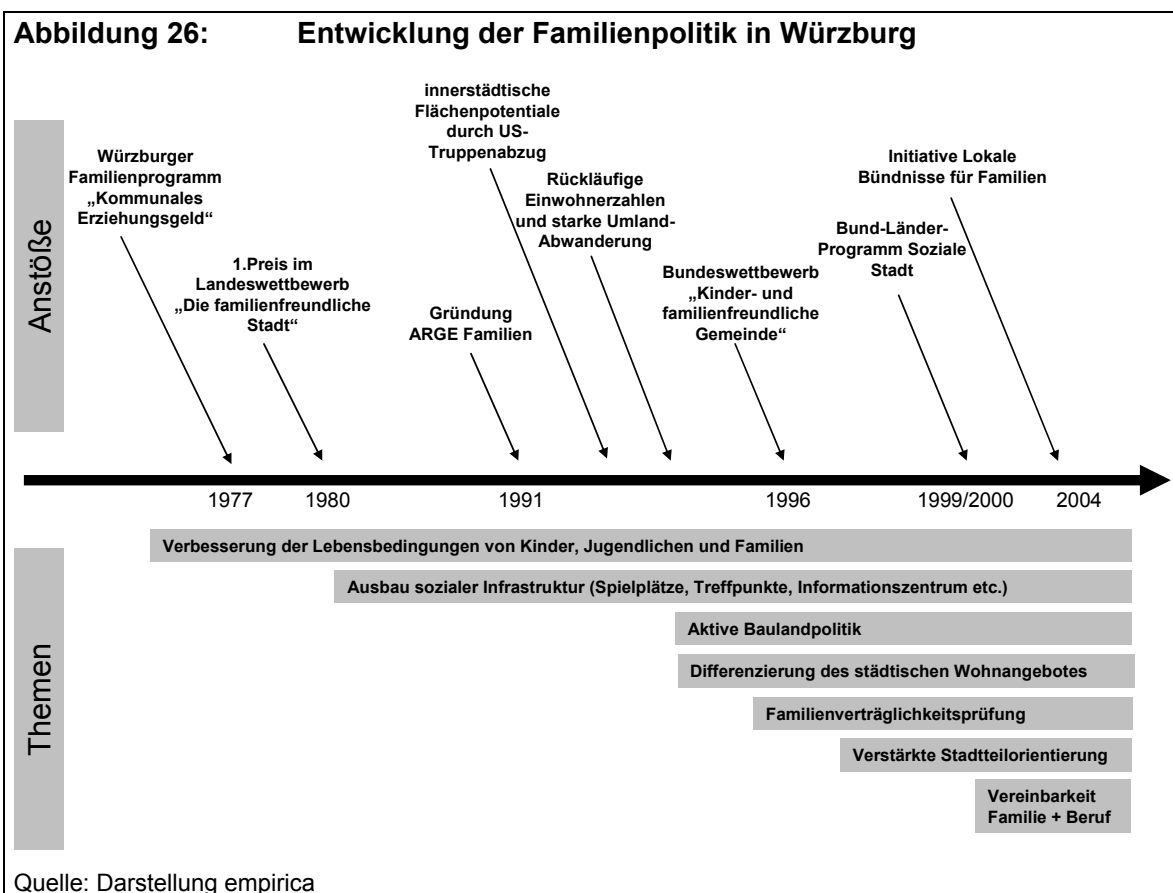
### 3.8.1 Entwicklung der Familienpolitik

Familienpolitik hat in Würzburg eine lange Tradition. In den letzten dreißig Jahren gab es verschiedene, sehr ambitionierte Ansätze, die Stadt zu einem insgesamt kinder- und familienfreundlichen Wohnstandort auszubauen. Meilensteine, die dieses Engagement dokumentieren, sind z.B. der erste Preis im Landeswettbewerb „Die familienfreundliche Stadt“ oder auch die Auszeichnung als „kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ im Rahmen des Bundeswettbewerbs 1996/97 (siehe Abbildung 26). Ebenso wurde bereits 1991 die so genannte „ARGE Familien“ (Arbeitsgemeinschaft Familien) initiiert. Die ARGE Familien ist seit ihrer Einrichtung ein Querschnittsinstrument, das innerhalb der Verwaltung verankert ist und dafür zuständig ist, die Interessen und Belange von Kindern und Familien innerhalb der Stadt zu vertreten und die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen. Ihr bisher wichtigstes Ergebnis war die Erarbeitung einer Familienverträglichkeitsprüfung aus dem Jahr 1996, später Familienfreundlichkeitsprüfung genannt, die als behördeninternes, verbindliches Prüfungsverfahren in der Stadt Würzburg auf gemeinsamen politischen Beschluss eingeführt wurde. Mit einem Kriterienkatalog werden seitdem alle Entscheidungen der Stadtentwicklung, Bauleitplanung sowie familienrelevante Einzelvorhaben überprüft. Die spezifische Organisationsform und die institutionelle Verankerung führen dazu, dass dieses Gremium politisch unabhängig agieren kann und gleichzeitig neben der Verankerung innerhalb der Stadtverwaltung (Fachbereich für Jugend und Familie) extern angesiedelt ist.

Zusätzlich hat das Thema Familien an Dynamik gewonnen, seitdem die Einwohnerentwicklung rückläufig wurde bzw. stagnierte, was vor allem auf eine hohe Umlandabwanderung zurückzuführen war. Hierbei sind Familien die wichtigste Zielgruppe. Mit dem Ziel, die Umlandabwanderung zu reduzieren und einwohnermäßig wieder zu wachsen, rückt die Familie und die Attraktivität Würzburgs als Wohnstandort für Familien in den Mittelpunkt der Betrachtung. Ein Schlüssel hierzu liegt im Wohnungsangebot, wobei die Problematik im Preisgefälle zum Umland besteht und vor allem in dem geringen Baulandangebot in Würzburg (Kessellage, kaum städtische Freiflächen). Eine weitere Besonderheit Würzburgs ist die Beschäftigtenstruktur. Es handelt sich vorrangig um eine Beamten- und Dienstleistungs- bzw. Universitätsstadt. Zahlreiche gewerbliche Arbeitgeber sind im Um-

land ansässig, so dass das Umland dadurch auch als Wohnstandort an Anziehungskraft gewinnt.

Mit dem Freiwerden von Konversionsflächen durch den Abzug US-amerikanischer Truppen aus der Stadt gibt es Flächenpotentiale, mit denen eine aktive Baulandpolitik betrieben werden kann. Ziel dabei ist es, hinsichtlich der Preise mit dem Umland konkurrenzfähig zu sein, eine stärkere Angebotsdifferenzierung zu erreichen (vergleichsweise hoher Anteil wenig attraktiver Nachkriegsbebauung in Würzburg) sowie die Familienfreundlichkeit des Umlandes im Sinne von Kleinteiligkeit, Grün- und Freiflächen etc. in der Stadt ebenfalls bieten zu können.



Im Gegensatz zu manch anderen Städten (z.B. Kiel) handelt es sich in Würzburg um eine sukzessive Weiterentwicklung eines familienorientierten Ansatzes in verschiedenen Ressortbereichen und nicht um eine durch eine Initialzündung bedingte Trendwende innerhalb der Politik bzw. der Verwaltung. Die Schaffung kinder- und familienfreundlicher Bedingungen in der Stadt ist bereits seit Jahren Thema und wird nochmals durch die derzeit amtierende Oberbürgermeisterin forciert. Dabei legt sie großen Wert auf die Stärkung und Förderung des freiwilligen Engagements. Es zeigt sich, dass gerade ein Thema, dass viele Menschen in ihrer direkten Lebens- und Wohnumgebung betrifft, bürgerschaft-

liche Kräfte mobilisieren kann. Darüber hinaus bietet die allgemeine demographische Diskussion in Deutschland die Möglichkeit, familienorientierte Politik gut nach außen zu transportieren und sich dem allgemeinen Trend anzuschließen.

### 3.8.2 Analytische und konzeptionelle Grundlagen

Die Familienfreundlichkeitsprüfung<sup>55</sup> fasst Grundvoraussetzungen und Rahmenbedingungen für ein familienfreundliches Leben in Würzburg zusammen und hat entscheidend dazu beigetragen, das Thema Familienfreundlichkeit in Politik und Verwaltung zu verankern. Somit ist die Familienfreundlichkeitsprüfung nicht nur familienpolitisches Instrument, sondern auch als konzeptionelle Grundlage zu sehen. Zentrale Inhalte sind u.a. Stadtteilorientierung, Bürgernähe und –beteiligung. Bei allen Neuplanungen werden die Interessen und Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien erfragt, beachtet und umgesetzt. Hintergrund für die Entwicklung der Familienverträglichkeits-/ Freundlichkeitsprüfung ist das 1991 in Kraft getretene neue Kinder- und Jugendhilferecht. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe erhielten damit den gesetzlichen Auftrag, die Jugendhilfeplanung und Planungsverfahren in der Stadtentwicklung aufeinander abzustimmen und damit dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen für Kinder, Jugendliche und Familien zu schaffen. Der Jugendhilfeausschuss beauftragte damals die ARGE Familien, ein wirksames Instrument für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit zu entwickeln.

Die Kriterien der Familienfreundlichkeitsprüfung stellen die wichtigsten Handlungsfelder der kommunalen Familienpolitik dar. Sie dienen als Richtschnur bei Planungsverfahren und haben ihren Geltungsbereich neben einer Reihe weiterer Prüfverfahren der Verwaltung (Referate und Behörden sowie Träger öffentlicher Belange). Die Familienfreundlichkeitsrichtlinien liegen zur Berücksichtigung bei allen relevanten Maßnahmen vor. Seit seiner ersten Beschlussfassung ist der Kriterienkatalog 2005 überarbeitet worden. Eine regelmäßige Aktualisierung und Fortschreibung ist vorgesehen. Folgende Aspekte bilden die inhaltlichen Schwerpunkte:

---

<sup>55</sup> Arbeitsgemeinschaft Familien in der Stadt: Familienfreundlichkeitsprüfung Würzburg – Würzburg 2006

### 1. Spielraum für Kinder und Jugendliche

- Spielräume für Kinder und Jugendliche, hierzu zählen alle Kinderspielplätze, Bolzplätze, Skateranlagen ebenso aber auch Wohnumfeld, Freiflächen, Schulhöfe, Freizeiteinrichtungen, Spielstraßen oder Brachflächen.
- Vielfalt und Anforderungen
- Flächengrößen und Erreichbarkeit
- Sicherheit und Wartung

### 2. Familienunterstützende, familiengerechte soziale Infrastruktur

- Familienergänzende, geregelte Betreuung für alle Altersstufen in vielfältiger Form
- Kinder und Jugendliche gehören dazu
- Familienunterstützende Beratungs- und Bildungsangebote
- Wohnungsnahe Versorgung
- Die Arbeitswelt soll die Interessen von Familien wahrnehmen und berücksichtigen

### 3. Wohnumfeld – Verkehr – Sicherheit

- Sicherung der ständigen Wege
- Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung
- Kommunikation auf Straßen und Plätzen
- Anbindung der Quartiere an den ÖPNV

### 4. Familiengerechtes Wohnen

- Gebäude- und Wohnungsstruktur
- Wohnqualität
- Wohnungsbelegung und Nachbarschaft im Mehrfamilienhaus
- Kosten und Finanzierung

### 5. Interessenvertretung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien

- ARGE Familien in der Stadt Würzburg
- Mitwirkung und Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien

Jeder der genannten Aspekte enthält Maßnahmenbereiche und Anforderungen an die Umsetzung. Entsprechend dieser genannten Anforderungen gibt es eine Checkliste für die Behörden, die es bei relevanten Vorhaben zu prüfen gilt. Es muss jeweils angegeben werden, ob und inwieweit die Aspekte Berücksichtigung finden bzw. warum dies nicht der Fall ist (siehe Abbildung 27). Als familienfreundlich gilt z.B. die soziale Infrastruktur eines Stadtteils dann, wenn u.a. Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche aller Altersklassen vorhanden sind und ansässige Unternehmen flexible Arbeitszeitmodelle für berufstätige Eltern anbieten.

#### Abbildung 27: Checkliste Familienfreundlichkeitsprüfung (Auszug)

##### 4 Familiengerechtes Wohnen

1 Wird die Herstellung von Nutzungsneutralität und -vielseitigkeit erreicht?

- ja, indem \_\_\_\_\_  
 nein, weil \_\_\_\_\_

2 Werden innerhalb eines Quartiers verschiedene Wohnungsgrößen und -typen durchmischt?

- ja, indem \_\_\_\_\_  
 nein, weil \_\_\_\_\_

3 Werden Fassaden ansprechend gestaltet?

- ja, indem \_\_\_\_\_  
 nein, weil \_\_\_\_\_

4 Werden Grünzonen eingeplant bzw. erhalten?

- ja, indem \_\_\_\_\_  
 nein, weil \_\_\_\_\_

5 Werden flexible Grundrisstypen geschaffen, die das spätere Zusammenlegen bzw. Teilen ermöglichen?

- ja, indem \_\_\_\_\_  
 nein, weil \_\_\_\_\_

6 Werden Begegnungsräume in den Wohnanlagen geschaffen?

- ja, indem \_\_\_\_\_  
 nein, weil \_\_\_\_\_

Quelle: ARGE Familien in der Stadt Würzburg, 2005

### Wohnflächenentwicklungsplan

Aktuell gibt es einen durch das Baureferat erstellten Wohnflächenentwicklungsplan, von dem der Stadtrat Kenntnis genommen hat. Einen Beschluss des Wohnflächenentwicklungsplanes gibt es nicht, da die Inhalte nach Aussagen eines Ansprechpartners bereits frühzeitig überholt waren (z.B. wurde das Ziel, die Einwohnerzahl von 130.000 bis zum Jahr 2010 zu erreichen, bereits 2007 erfüllt.) Zurzeit wird der Wohnflächenentwicklungsplan im Hinblick auf neue Zielvorgaben überarbeitet. Aufgrund deutlich wahrnehmbarer

Tendenzen hin zum Wohnen in der Stadt – auch von jüngeren Haushalten und Familien – soll in der überarbeiteten Version dieses Thema stärker im Fokus stehen.

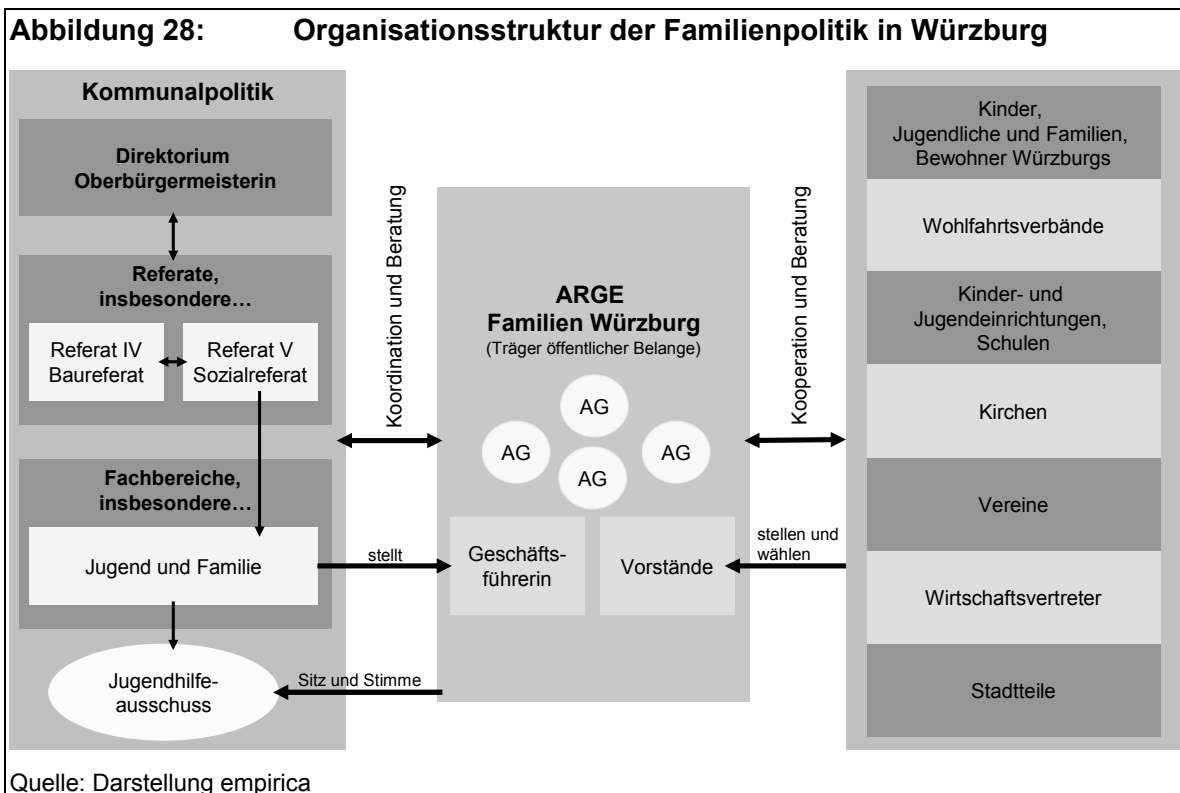
### **Programm Soziale Stadt**

Seit dem Jahr 1999 ist das Gebiet Heuchelhof als erster Stadtteil in Würzburg in das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt aufgenommen.<sup>56</sup> Es handelt sich um ein Großsiedlungsgebiet, dessen hochgeschossige Wohnbebauung in den 1960er/70er Jahren größtenteils im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus errichtet wurde. Ein kleinerer Teil des Gebietes besteht aus Eigenheimen. Zum Zeitpunkt der Aufnahme in das Bund-Länder-Programm kam es zu sozialen Spannungen und Verwahrlosung im Wohnumfeld. Neben baulichen und Wohnumfeldmaßnahmen wurden auch soziale Projekte initiiert. Eine wichtige Aufgabe besteht laut integriertem Handlungskonzept in der Vermeidung einer weiteren Separierung der Bewohner des Großsiedlungsbereiches von denen des Eigenheimbereiches. Für die Bewerbung um die Aufnahme Heuchelhofs in das Programm Soziale Stadt wurde eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe gegründet, bestehend aus Mitarbeitern des Sozial-, Finanz-, Umwelt- und Baureferats sowie der Stadtbau GmbH Würzburg. Sie bereitete die wesentlichen Verfahrensschritte gemeinsam vor. Die Koordination und Begleitung des Soziale-Stadt-Gebietes in Würzburg übernahm eine Steuerungsgruppe aus Vertretern der Arbeitsgruppe, externen Büros und der Regierung von Unterfranken. Die Steuerungsgruppe tagt regelmäßig.

### **3.8.3 Organisationsstruktur**

Organisatorisch spielt die ARGE Familien in Würzburg eine Schlüsselrolle (siehe **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Die Arbeitsgemeinschaft Familien hat einen Sitz und Stimme im Jugendhilfeausschuss der Stadt Würzburg. Die Geschäftsführung der ARGE ist im Amt für Jugend und Familie angesiedelt. Neben der Geschäftsführerin gibt es fünf ehrenamtliche Vorstände, die jeweils in verschiedenen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe tätig sind. Hierzu zählen z.B. Kinderschutzbund, die KAB (Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Diözesanverband Würzburg e.V.). Die Vorstände stammen beruflich aus unterschiedlichen Bereichen (z.B. Sozialpädagogik, Betriebswirtschaft), so dass wertvolle Synergien für die Arbeit entstehen. Die ARGE Familien hat derzeit 44 Mitgliedseinrichtungen bzw. –verbände. Diese Mitgliedsinstitutionen wählen

alle zwei Jahre die Vorstände neu. Zu den Mitgliedern zählen z.B. Wohlfahrtsverbände, Vereine, Kinder- und Jugendhilfeträger, die Kirche und andere. Die ARGE Familien handelt politisch und konfessionell unabhängig. Die Arbeit wird durch die Mitgliederversammlung, themenbezogenen Arbeitsgruppen und den Vorstand vollzogen. Die Besonderheit der ARGE Familien ist somit die starke Verankerung sowohl in der Behörde als auch bei externen Einrichtungen.



Die ARGE Familien ist Träger öffentlicher Belange, d.h., dass ihre Stimme im Planungsverfahren hinsichtlich familienrelevanter Themen angehört und einbezogen werden muss. Auch Stimmungsbilder und Rückmeldungen aus den Stadtteilen werden dabei berücksichtigt. Diese fängt die ARGE ein und transportiert sie in die Verwaltung. Über den Jugendhilfeausschuss formuliert die ARGE Familien Empfehlungen an die verschiedenen Fachbereiche innerhalb der Verwaltung. Somit bildet der Jugendhilfeausschuss ein wichtiges Bindeglied zwischen der ARGE Familien und den verschiedenen Ressorts. Das Engagement im Rahmen des Programms Soziale Stadt, das explizit eine interdisziplinäre und ressortübergreifende Arbeit vorsieht, hat dazu beigetragen, dass sich die Zusammenarbeit nicht nur zwischen der ARGE Familien und den Fachbereichen, sondern auch

<sup>56</sup> Soziale Stadt - Deutsche Institut für Urbanistik: Würzburg Heuchelhof H1 – Berlin 2000 bis 2007. Online unter: <http://www.sozialestadt.de/gebiete/dokumente/059-vu-021002.shtml>. (8. November 2007)

zwischen den Fachbereichen selbst intensiviert hat. Hervorzuheben ist hier die enge Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Baureferat.

### **3.8.4 Besondere Ansätze der Familienpolitik**

#### **ARGE Familien in der Stadt Würzburg**

Die ARGE Familien ist der Dreh- und Angelpunkt sämtlicher familienpolitischer Themen und Projekte in der Stadt. Entscheidend ist dafür zum einen die Verankerung in der Verwaltung (Amt für Jugend und Familie, Jugendhilfeausschuss) und zum anderen die breite gesellschaftliche und parteipolitisch unabhängige Unterstützung zahlreicher Sozialverbände, Vereine, Kirchen etc. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Arbeit der ARGE war die Erarbeitung der Familienfreundlichkeitsprüfung. Darüber hinaus ist die ARGE direkt in den Stadtteilen tätig, für die jeweils eines der Vorstandsmitglieder die Hauptverantwortung trägt. Die ARGE setzt dort konkrete Projekte um, z.B. Beteiligungsprojekte vor Ort, Spielplatzgestaltung, Verkehrswegeführung. Durch die Mitgliedseinrichtungen bzw. die Kontakte zu weiteren Einrichtungen in den Stadtteilen verfügt die ARGE Familien über sehr gute Verbindungen zu der lokalen Ebene. Auf diese Weise können die entsprechenden Bedarfe aus den Stadtteilen in die Verwaltung transportiert werden.

#### **Rahmenplanung Zellerau: Schaffung eines differenzierten Wohnangebotes und Aufwertung eines Stadtteils**

- Im Stadtteil Zellerau entsteht auf einer zentral gelegenen Konversionsfläche (ehemalige Hindenburg-Kaserne) auf insgesamt ca. 6 ha ein neues Wohngebiet. Der Stadtteil befindet sich unweit der Innenstadt auf der westlichen Mainseite in unmittelbarer Nähe zu den Mainauen. Die Wohnbebauung im Umfeld stammt überwiegend aus der Nachkriegszeit und wurde in relativ einfachem Standard erbaut (unter anderem Zeilenbau mit einfachem Abstandsgrün), dazwischen befinden sich Gewerbebetriebe. Der Stadtteil Zellerau zählt in Würzburg zu den klassisch benachteiligten Stadtgebieten und hat insgesamt bislang ein weniger gutes Image. Aufgrund der Nähe zu Grün- und Freiflächen und der guten Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen und der Innenstadt – auch mit dem Rad –, eignet sich das ehemalige Militärgelände in Zellerau jedoch ausgezeichnet für Kinder und Familien. 1994 wurde nach dem Freiwerden der Konversionsfläche ein erster Rahmenplan für das Areal in Zellerau-Mitte entwor-

- fen.<sup>57</sup> Die Rahmenplanung wurde in den Folgejahren mehrfach an die veränderten Rahmenbedingungen (u.a. Wohnungsmarkt, Bevölkerungsentwicklung) angepasst. Ziel ist es, die brachliegenden Flächen im Zuge der Kasernenauflösung aktiv in den Stadtteil einzubinden, durch eine Neuordnung eine neue Mitte des Stadtteils herzustellen, insbesondere für Familien attraktive Wohnangebote in der Stadt zu schaffen und dadurch auch zu einer Aufwertung des Stadtteils beizutragen.
- Der Rahmenplan Zellerau-Mitte wird inzwischen umgesetzt. Dies geschieht u.a. über die Integration eines familiengerechten Wohnungsbaus („Wunschwohnen Zellerau“).<sup>58</sup> Insgesamt sollen hier 90 Wohneinheiten in zwei Bauabschnitten entstehen. Im ersten Bauabschnitt sind rd. 50 Wohneinheiten geplant und teilweise bereits fertiggestellt, darunter sowohl Stadt- bzw. Reihenhäuser und Doppelhaushälften auf kleinen Grundstücken als auch Eigentumswohnungen. Zur Sicherung der städtebaulichen und architektonischen Qualität wurde neben einem Bauunternehmen, das die Reihen- und Doppelhäuser errichtet, ein Architektenbüro für die Planung der Geschosswohnungsgebäude (Realisierung in Baugruppen) gewonnen. Die Preise für die Wohnbauten des Bauträgers liegen zwischen etwa 255.000 € für ein Reihemittelhaus (212 m<sup>2</sup> Wohnfläche) und 352.000 € für eine Doppelhaushälfte (157 m<sup>2</sup> Wohnfläche). Die Kosten für die Wohnflächen betragen bei den Baugruppen im Durchschnitt 2.000 €/m<sup>2</sup>. Des Weiteren sind Seniorenbungalows, ein Behindertenwohnheim und eine Seniorinnen-Wohngemeinschaft angedacht. Auch eine Verlegung, Neubau und Neukonzeption des Jugendzentrums Zellerau ist geplant.
  - Die Stadt hat erkannt, dass ihr in der Vergangenheit insbesondere aufgrund eines sehr hohen Preisniveaus für Wohnbauland viele Einwohner verloren gingen. Deshalb wurde eine deutliche Preissenkungspolitik beschlossen. Während früher die Baulandpreise bei 300-350 €/m<sup>2</sup> lagen, wurden sie mittlerweile in manchen Bereichen auf bis zu 250 €/m<sup>2</sup> gesenkt. Damit liegen sie teilweise sogar unter dem Preisniveau der Umlandgemeinden. Erste Erfolge zeigen sich bereits, und nach Einschätzung der Stadt beginnt ein „Umwälzungsprozess“, durch den nicht nur städtische Familien in der Stadt gehalten werden, sondern mittlerweile auch Familien aus dem Umland in die Stadt ziehen. Neben dieser Preissenkung hat die Stadt auch eine enge Zusammen-

---

<sup>57</sup> Stadt Würzburg: Rahmenplanung Zellerau – Würzburg 2006. Online unter: <http://www.wuerzburg.de/de/bauen-wohnen/planen/stadtentwicklung/aktuelleplanungen/rahmenplanzellerau/rahmenplanung/index.html>

<sup>58</sup> Stadt Würzburg, Stadtbau Würzburg: Wunschwohnen Zellerau – Würzburg 2006. Online unter: [http://www.wuerzburg.de/media/www.wuerzburg.de/org/med\\_9026/Wunschwohnen\\_Zellerau.pdf](http://www.wuerzburg.de/media/www.wuerzburg.de/org/med_9026/Wunschwohnen_Zellerau.pdf) (8. November 2007)

arbeit mit der Sparkasse herbeigeführt, welche die Familien bei der Finanzierung unterstützt. Hier gehen die Beratung und Finanzierung von Bauprojekten Hand in Hand.

- In Zellerau Mitte erprobt die Stadt die Planung und Realisierung der Wohnbauten im gemeinschaftlichen Bauen in Baugruppen bzw. Baugemeinschaften unter Anleitung von Architekten nach dem Vorbild Freiburger Baugruppen.<sup>59</sup> Der Vorteil des Bauens in Baugruppen ist zum einen die Kostenreduktion für den Käufer (rund 10 bis 30% Kostenersparnis gegenüber Bauträgerangeboten) und zum anderen die Möglichkeit, die eigenen Wunschvorstellungen (z.B. Grundrisse) umsetzen zu können. Daneben entstehen durch den gemeinsamen Planungsprozess erfahrungsgemäß lebendigere Nachbarschaften und stabilere soziale Netzwerke. In Zellerau werden die Baugruppen von den „Architekturwerkstatt Freiburg“ betreut. Hier werden drei freistehende, vierstöckige Mehrfamilienhäuser mit jeweils 10 Wohneinheiten realisiert. Das beauftragte Architekturbüro hat die Interessenten angesprochen und zusammengeführt. Gründer der ersten Baugruppe sind vor allem Einpersonenhaushalte und Paare. Auch Kinder sind ausdrücklich erwünscht, jedoch zählt bisher keine Familie mit Kindern zu den Interessenten.

### **Neubauvorhaben Zellerau-Mitte: Einberufung einer Expertenrunde**

Die Stadt Würzburg hat für die Planung des Neubauvorhabens auf der Konversionsfläche in Zellerau Mitte eine Expertenrunde einberufen (bestehend aus Stadtparkasse, Architekten, Planer, Stadtbau GmbH). Diese Runde hat darüber beraten, wer und in welcher Form die Fläche bebaut und zu welchen Preisen die Grundstücke abgegeben werden können und sollten. Im Zentrum der Debatte stand die Überlegung, welche Angebotsstruktur und welches Preisniveau konkurrenzfähig zum Umland ist und wie die Qualität des Umlandes (Grün, Freiflächen, hoher Freizeitwert etc.) in die Stadt geholt werden kann, um potentielle Abwanderer in der Stadt halten zu können. Die Runde beriet insgesamt über einen Zeitraum von einem Jahr über die zukünftige Gestaltung der Konversionsfläche. Die Stadt und die Stadtbau GmbH haben schließlich das Gesamtpaket Zellerau gemeinsam entworfen, so dass eine permanente Flexibilität und eine hochwertige Qualität gewährleistet sind. Die städtische Stadtbau GmbH fungiert als Investor, u.a. weil die Renditechancen für private Entwickler in dieser Lage als zu gering eingeschätzt wurden. Die gleichzeitige Teilnahme der Stadtbau an der Expertenrunde und der „kurze

---

<sup>59</sup> Amann Burdenski Generalplanungs GmbH: Baugruppe „Zellerauer Punkt“ in Würzburg-Zellerau, Exposé, Haus C – Freiburg 2006

Draht“ zur Stadt hatten den Vorteil, dass das Planungsrecht für das Neubaugebiet schnell umzusetzen war. Parallel sorgte eine gelungene Öffentlichkeitsarbeit und der Start der Vermarktung für eine rasche Entwicklung des Gebietes. Das Bauland wird zum marktfähigen Preis abgegeben, der dem Preisniveau des Umlandes entspricht. Die städtische Gesellschaft erwirtschaftet mit dem Verkauf der Grundstücke keinen Gewinn. Konsens besteht jedoch darin, dass sich die günstigen Grundstückspreise durch die Auslastung der Infrastruktur und einen Zuzug sozial und ökonomisch stärkerer Haushalte rechnen werden. Bei der Vermarktung wurde der Fokus auf städtische Haushalte gelegt, um zu verhindern, dass diese abwandern. Dennoch kommen Nachfragen auch aus dem Umland. Nach Aussagen verschiedener Ansprechpartner sind etwa die Hälfte der neuen Eigentümer im Neubaugebiet Zellerau-Mitte Haushalte, die aus dem Umland in die Stadt zurückkehren.

### Weitere Ansätze

- In Würzburg gibt es weitere Flächenpotentiale, die ehemals die US-Armee genutzt hat. Es stehen drei Areale im Osten der Stadt zur Disposition: Leighton Barracks, Faulenbergkaserne und das Militärhospital am Mönchberg. Die Stadt hat bei einem Abzug der Truppen die Planungshoheit über diese Flächen und plant am Standort Leighton Barracks langfristig die Entwicklung von Wohnen („Experimentierfeld Wohnungsbau“), Sport- und Freiflächen und Gewerbe.
- Seit 2006 gibt es in Würzburg das Bündnis „Familie und Arbeit in der Region Würzburg“ (Lokale Bündnisse für Familien).<sup>60</sup> Mit der Gründung des Bündnisses wurde eine interkommunale Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis Würzburg, Wirtschafts- und Familienverbänden, regionalen Unternehmen, Verwaltung und Politik beschlossen. Ziel des Bündnisses ist es zum einen, die Familienfreundlichkeit in der Region Würzburg als feste politische und gesellschaftliche Größe zu verankern und zum anderen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf positiv zu beeinflussen.
- Seit mehr als 20 Jahren gibt es das Kids, Jiz & Fiz Würzburg.<sup>61</sup> Es handelt sich um ein Informationszentrum für Kinder, Jugendliche und Familien, das werktags vormittags und an zwei Nachmittagen geöffnet hat. Unter dem Motto „Information – Beteili-

---

<sup>60</sup> Lokale Bündnisse für Familien: Würzburg – Arbeitsgemeinschaft Familien in der Stadt – Berlin 2005. Online unter: [http://www.familienbuendnisse.de/testarea/pdf\\_buendnisse/wuerzburg.pdf](http://www.familienbuendnisse.de/testarea/pdf_buendnisse/wuerzburg.pdf) (8. November 2007)

<sup>61</sup> Stadt Würzburg, Kinder-, Jugend- und Familieninformationszentrum der Stadt Würzburg: Kids, Jiz & Fiz – Würzburg 2006. Online unter: <http://www.wuerzburg.de/jizundfiz/index.html> (8. November 2007)

gung – Mitarbeit“ können sich Kinder, Jugendliche und Familien vor Ort über Spiel- und Freizeitangebote, Events etc. informieren und sich für Seminare, Ferienfreizeiten und sonstige Veranstaltungen anmelden. Das Zentrum dient auch als Drehscheibe für Dienstleistungen und Praktika wie z.B. Babysitterdienste oder eine Mitarbeit im Ferienprogramm. Die Informationen sind seit 2005 auch online verfügbar<sup>62</sup>. Dort sind u.a. die Spiel- und Bolzplätze, Jugendzentren, Beratungsstellen für jeden Stadtteil abrufbar.

- Der Verein Stadt für Kinder e.V. tritt seit 1999 für mehr Frei- und Spielräume und Treffpunkte für Kinder und Jugendliche ein. Enger Kooperationspartner ist die ARGE Familien und das Kids, Jiz & Fiz Würzburg. In erster Linie werden mit Hilfe von Spenden und ehrenamtlichen Trägern sowie der Unterstützung der Stadt Projekte initiiert wie z.B. der Aktivspielplatz Steinlein und der Spielgarten Heuchelhof aktiv.
- Seit Herbst 2004 gibt es in Würzburg Vorlesungen für Kinder und Jugendliche an der Kinder-Uni der Julius-Maximilian-Universität. Sie ging im Herbst 2006 in die dritte Vorlesungsrunde.
- Die Stadt Würzburg hat in vier Stadtteilen (Zellerau, Lindleinsmühle, Grombühl, Heuchelhof) Stadtteilbüros eingerichtet, die wohnortnahe Hilfen und Unterstützung für Kinder, Jugendliche und Familien bieten.
- Die Stadt Würzburg und die Umlandgemeinden verhandeln seit etwa dem Jahr 2003 über die Kostenübernahme der Umlandgemeinden für die Kinderbetreuungsleistungen, die Bewohner aus dem Umland in Würzburg abrufen.<sup>63</sup> Laut Aussagen der Ansprechpartner existiert zwischen den Parteien eine ausgeprägte Gesprächskultur, die auf gegenseitigem Respekt beruht und sehr lösungsorientiert ist. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Kommunen bereit, Zahlungen zu leisten.

### 3.8.5 Fazit

Würzburg verfügt über eine mittlerweile mehr als 15-jährige Geschichte der Institutionalisierung familienpolitischer Prüfverfahren. Die Organisationsform, die gekennzeichnet ist

---

<sup>62</sup> Stadt Würzburg: Kids, Jiz & Fiz. <http://www.wuerzburg.de/jizundfiz/> (11.10.2007)

<sup>63</sup> Stadt Würzburg, Fachbereich Jugend und Familie: Tagesbetreuung für Kinder und Jugendliche in der Stadt Würzburg – Würzburg 2004

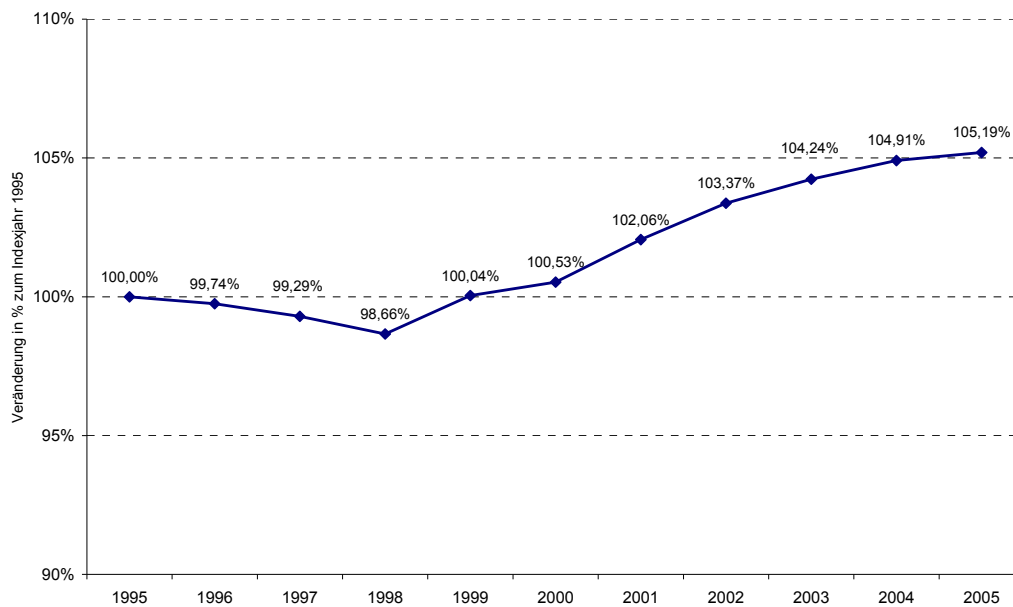
durch einen externen und internen „Auftrag“ für das familienpolitische Gremium der ARGE Familien, hat sich aus Sicht der Befragten bewährt. Das erarbeitete Prüfverfahren von Maßnahmen hinsichtlich ihrer Familienverträglichkeit gewährleistet eine gewisse Objektivität und verpflichtet alle beteiligten Behörden, familienrelevante Aspekte einzubeziehen. Zusätzlich führt die Tatsache, dass es sich bei der ARGE um einen Träger öffentlicher Belange handelt, dazu, dass sie ungeachtet z.B. persönlicher oder parteipolitischer Animositäten o.Ä. einbezogen wird.

Insgesamt ist in Würzburg ein klares Bekenntnis zu Kindern, Jugendlichen und Familien erkennbar. Es gibt einen klaren Partei übergreifenden politischen Willen, Familien in der Stadt zu halten und neue hinzu zu gewinnen. Davon abgeleitet sind eine konsequente Baulandpolitik (Preissenkung) und eine nachfrageorientierte Differenzierung des Angebotsspektrums. Eine wichtige Säule bildet die vielfältige Arbeit durch ehrenamtlich Tätige und ein breites bürgerschaftliches Engagement in Würzburg, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Die Stadt hat die Relevanz des privaten Engagements erkannt und wertschätzt die Arbeit durch starke Kooperationen und eine enge Zusammenarbeit.

**Grundinformationen Würzburg**

Die Stadt Würzburg liegt im Norden Bayerns zwischen den rund 100 bis 140 km entfernt liegenden Großstädten Nürnberg, Frankfurt/Main und Stuttgart. Die Stadt am Main ist Hauptstadt des Regierungsbezirks Unterfranken und traditionelle Universitätsstadt. Sie hat sich - u.a. aufgrund der zentralen Lage und guten Erreichbarkeit - zu einem wichtigen Kongress- und Tagungsort entwickelt. Würzburg ist die viertgrößte Stadt Bayerns und nimmt innerhalb der Region die Stellung des administrativen und wirtschaftlichen Oberzentrums ein.

**Abbildung 29: Bevölkerungsentwicklung 1995 bis 2005 (1995 = 100)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2007

In Würzburg leben gut 133.000 Einwohner (2005). Die Zahl der Einwohner ist seit 1995 (rd. 127.000 Einwohner) um mehr als 5 % gestiegen (vgl. **Abbildung 29****Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Die 130.000-Einwohner-Grenze wurde erstmals 2002 überschritten. Zukünftig geht die Stadt von einer stabilen Bevölkerungsentwicklung aus. Zwar ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung leicht positiv, doch ähnlich wie in anderen traditionellen Universitätsstädten Westdeutschlands werden auch in Würzburg vergleichsweise wenige Kinder geboren. Das Bevölkerungswachstum ist vor allem auf Wanderungsgewinne mit dem übrigen Deutschland (z.B. Bildungswanderung) und dem Ausland zurückzuführen. Dagegen ist der Wanderungssaldo mit dem Umland nach wie vor negativ. Mitte der 1990er Jahre wanderten jährlich mehr als 900 Personen in das Umland ab. Grund dafür war zum einen das starke Preisgefälle zugunsten des Umlandes sowie ein fehlendes bzw. nicht nachfragegerechtes Wohnangebot in der Stadt. Unter den abwandernden Personen war der Anteil der unter 18-Jährigen besonders hoch. Das deutet darauf hin, dass vor allem Familienhaushalte aus der Stadt in das Würzburger Umland zogen. Durch die gute Anbindung an das Oberzentrum und die landschaftlich attraktive Umgebung sind die Umlandgemeinden als Wohn- und auch Wirtschaftsstandort beliebt. In den Folgejahren reduzierte sich die Umlandabwanderung zwar, und in 2001 und 2002 waren es nur noch knapp 200 Personen, die der Stadt den Rücken kehrten. Dennoch ist bislang keine Trendwende erreicht. Im Jahr 2005 wanderten bereits wieder mehr als 350 Personen ab. Der Wohnungsmarkt in Würzburg bleibt angespannt, ein marktaktiver Leerstand ist kaum vorhanden. Dies gilt für sämtliche Wohnungsmarktsegmente und Bautypologien.

#### 4. Anhang: Gesprächspartner

Stadt	Ansprechpartner	Tätigkeit
<b>Aachen</b>	Herr Körfer Herr Zohren Frau Nacken Herr Rombei Herr Wingefeld Frau Reinholz Herr Plum Herr Rau Herr Künzer	Fachbereichsleiter Wohnen Kinderbeauftragter, Koordinator Bündnis für Familien, Jugendamt Dezernentin für Planung Dezernent für Kinder, Jugend, Schulen Leiter Stadtentwicklung Strategisches Immobilienmanagement Planungspolitischer Sprecher der SPD Planungspolitischer Sprecher der Grünen Familienpolitischer Sprecher der CDU
<b>Erlangen</b>	Herr Dr. Ballais Frau Hill Frau Höllerer Frau Willmann-Hohmann Frau Dr. Menter Herr Graf Matuschka Herr Voss Frau Aschmann Frau Buchholz Herr Hornauer Herr von Winning Frau Kirchner Frau Dr. Preuß Frau Baumgärtel Frau Aßmus Frau Hartwig Herr Winkler Herr Walter Frau Troger	Oberbürgermeister Stabstelle kinder- und familienfreundliches Erlangen, Geschäftsführerin Bündnis für Familien Leiterin Jugendamt Leiterin Stadtentwicklungsamt Kinderbeauftragte (ehrenamtlich) Leiter Kultur- und Freizeitamt Leiter Liegenschaftsamt Koordinierungsgruppe familienfreundliches Erlangen; Gleichstellungsbeauftragte Koordinierungsgruppe familienfreundliches Erlangen, Personalamt Koordinierungsgruppe familienfreundliches Erlangen; Personalrat Abteilungsleiter Stadtplanungsamt Wohnungsbauförderung Bürgermeisterin und Sozialreferentin, FDP-Fraktionssprecherin Stadträtin, Fraktionssprecherin CSU Stadträtin, Fraktionsvorsitzende CSU Stadträtin SPD Stadtrat, Fraktionssprecher Grüne Liste Stadtrat, Fraktionssprecher ÖDP ehem. Stadträtin CSU
<b>Frankfurt/ Main</b>	Frau Mankau Frau Brünner Herr Feldmann Frau Polzien	Leiterin Kinderbüro Abteilungsleiterin Wohnungsbauförderung und Stadterneuerung Stadtverordneter, sozialpolitischer Sprecher SPD-Fraktion Stabstelle "Demographische Entwicklung und sozialer Wandel", Sozialdezernat
<b>Fulda</b>	Herr Becker Herr Dr. Dippel Herr Möllene Herr Schäfer	Stadtplanungsamt, Amtsleiter Bürgermeister Amt für Jugend und Familie Stadtrat im Magistrat der Stadt Fulda
<b>Hamburg</b>	Herr Rickert  Herr Mezler Frau Hansen  Frau Nische  Herr Eidenmüller	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU); Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung, Senatsdirektor Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU); Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung; Agentur für Baugemeinschaften Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG); Abteilung Familie und Gleichstellung; Referentin Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG); Abteilung Familienpolitik; Referent/Stellvertretender Referatsleiter
<b>Mainz</b>	Frau Dagmar Sachse Herr Nico Sönnichsen Herr Manfred Wagner Herr Michael Ferner Frau Annegret Bergmann Frau Ursula Bertleff Frau Emilie Sittel	„IV-Ziele“, Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport Referent des Sozialdezernenten Amtsleiter des Amtes für Wohnen und Grundsicherung Stadtplanungsamt, Oberbaurat Frauenbeauftragte der Stadt Kiel/ Referat für Frauen der Landeshauptstadt Kiel Stadtplanungsamt Amt für Wohnen und Grundsicherung
<b>Würzburg</b>	Herr Heribert Düthmann Herr Siegfried Scheidereiter Herr Hans Sartoris Frau Christiane Matzewitzki Frau Doris Mitschka	Baudirektor, Baureferat Abteilungsleiter Stadterneuerung und Stadtentwicklung Koordinator im Sozialreferat Geschäftsführer Stadtbau Fachbereich Jugend und Familie, ARGE Familien ARGE Familien